

# Zentral-Organ für die Interessen

der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.  
Publikationsorgan des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.  
Einzel-Abonnement pro Quart. franzö. geg. franzö. 1,50 M<sup>r</sup>.  
Der Courier ist in die Postzeitungsliste eingetragen.

**Redaktion und Expedition: Berlin S0. 16, Engel-Ufer 21.**  
**Telephon: Munt IV, 950.**

**Redaktionsschluß**  
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.  
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.  
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Mr. 18.

Berlin, den 3. Mai 1908.

12. Jahrg.

# Der Automobilverkehr und seine Gefahren in statistischer Beleuchtung.

Im ersten Vierteljahrshesft zur Statistik des Deutschen Reichs ist eine interessante Ausstellung des Automobilwesens für das Jahr 1907 enthalten. Leider macht sich bei der Durchsicht dieser das Fehlen einer Vergleichsstatistik der übrigen Verkehrsmittel unliebsam bemerkbar. Es ist deshalb keine Möglichkeit vorhanden, die angeführten Zahlen mit dem sonstigen Verkehr in Vergleich zu bringen. Wir müssen uns mit der einfachen Aufführung der gegebenen Zahlen und ihrer Kritik begnügen. Es sind danach am 1. Januar 1908 im Deutschen Reich 36 022 Kraftfahrzeuge zu verzeichnen gewesen gegen 27 026 am 1. Januar 1907. Das bedeutet eine Zunahme der Kraftwagen im Jahre 1907 um 8996 Fahrzeuge. In der Tabelle 1 geben wir eine Übersicht über die Verteilung der Fahrzeuge auf die deutschen Bundesstaaten. Auffallend ist dabei, daß Berlin mit einer Vermehrung von 6 Fahrzeugen verzeichnet steht, dagegen aber die Provinz Brandenburg mit 726. Das mag daher kommen, daß in Berlin die Automobilremissen teurer sind als in den Vororten und die in Berlin verkehrenden Automobile zumeist dort untergebracht und angemeldet sind. Aber auch die große Vermehrung der Automobilroschken im Jahre 1906 mag viel dazu beigetragen haben, daß für 1907 zur weiteren Vermehrung nichts mehr übrig blieb. Es war eben nicht alles Gold was glänzte. Durch die Trennung der Personen- und Güterbeförderungswagen in der Statistik, wie Tabelle 2 zeigt, wird es auch später möglich sein, einen Überblick über das Anwachsen der verschiedenen Motorfahrzeuge, auch im Gütertransport, zu gewinnen. Bemerkenswert ist auch die starke Zunahme der kleinen Wagen bis zu 8 P.S. Motorleistung und der Krafträder, speziell in Vergnügungs-, Sport- und Gewerbebetrieben. Dagegen blieben die schweren Motorfahrzeuge zur Güterbeförderung in der Zunahme gegen die älteren zurück, trotzdem auch hier die Zahl immer höher steigt. Alles in allem sieht man, daß ja die Gesamtzahl der Automobile von Jahr zu Jahr vermehrt und die Motoren den Verkehr auf der Straße immer mehr und mehr erobern. Naturgemäß muß sich dadurch auch die Zahl der Automobilführer häufen. Diese Kollegen in ihrem eigenen Interesse der Berufsorganisation zuzuführen ist eine ernste Aufgabe des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Die Tabelle 3 veranschaulicht die schädigenden Ereignisse im Automobilverkehr. An erster Stelle ist der Polizeibezirk Berlin mit 113,7 p.Ct. an den Unfällen beteiligt, das sind 13,7 p.Ct. mehr als überhaupt Kraftfahrzeuge in Berlin stationiert sind. Danach könnte es — bei oberflächlicher Betrachtung der Zahlen — so aussehen, als ob in Berlin mangelhafter und gewissenloser gefahren würde, als draußen auf dem Lande. Dieses anzunehmen wäre aber ein Irrtum. Die Behörden tragen die Unfälle in dem Polizeibezirk ein, in dem sie passieren, während das betreffende Fahrzeug oft in einem anderen Bezirk seinen Standort hat.

Den Flächeninhalt im Vergleich zur Zahl der Fahrzeuge in Betracht gezogen, sind z. B. in Bayern und Preußen prozentual mehr Unfälle vorgekommen, als im Bezirk Berlin.

III Bezirk Berlin.  
Aber auch für den allgemeinen Verkehr könnten die Zahlen der Automobilunfälle hauptsächlich für Berlin mißverstanden werden, darum ist es notwendig, die Statistik auch auf andere Fuhrwerke, Straßenbahnen usw. auszudehnen. Befolgt man täglich den Berliner Polizeibericht, so kann man wahrnehmen, daß im Durchschnitt auf einen Automobilunfall mindestens drei Unfälle anderer Fahrzeuge kommen.

Also will man den statistischen Spiegel einmal aufzeigen, so wird es gut sein, ihn dem gesamten Straßenverkehr vorzuhalten. Dadurch würde es vielleicht auch für die Interessierten sowie für das Publikum im allgemeinen möglich werden, die notwendigen Lehren und Schlüsse zu ziehen. Durch die Zahlen dieser einseitigen Statistik, welche die Tagesspresse mit den verschiedenen Bemerkungen bringt, kann die öffentliche Meinung leicht irrgeschürt und die Antipathie des Publikums und der Behörden gegen die Automobilführer unnötigerweise gesteigert werden. Die Antipathie gegen die Führer ist aber sowieso schon groß genug. Gerade das Jahr 1907 ist zur Beurteilung der schädigenden Ereignisse für den Automobilismus typisch. Was wir hierbei nicht unerwähnt lassen wollen, ist ein saugender Moloch zieht das Unternehmer- und Ausbeutertum im Automobilwesen diejenigen aus dem Volle heran, welche noch ein paar Mark Geld in die Tasche haben und die das Automobilfahren als eite verlockende Arbeit ansehen. Als im Jahre 1907 die Automobilroschkenführer in Berlin seitens der Unternehmer  $\frac{1}{4}$  Jahr lang ausgesperrt wurden, weil sie sich eine Lohnkürzung nicht ohne weiteres gefallen lassen wollten, da haben sich die Unternehmer den Teufel darum geschert, was für Leute auf ihren Automobilroschken saßen; die Hauptache war, daß sie ein williges Ausbeutungsobjekt abgaben. Ob dieselben Freie sich zum Automobilführer eigneten oder nicht, darum haben die freien Unternehmer nie gefragt! Das hat man da alles für Signale kommen und gehen sehen! Polizei und Unternehmertum waren sich einig. Die Statistik zeigt jetzt, wie "schön" sich dieses "System" bewährt hat. Die Unfälle haben ja die Automobilführer herbeigeführt und sie werden dafür bestraft. Als Ursachen der schädigenden Ereignisse sind unter anderen zu verzeichnen schnelles Fahren oder nicht Signal geben, ferner ungeschicktes, vorschriftswidriges

Tagtäglich steht man ein Heer von neuen Fahrern aufzutuchen; aus allen möglichen Berufen kommen sie zusammen. Sie wollen arbeiten, ohne über genügende Vorkenntnisse der so überaus schwierigen Verkehrsverhältnisse zu verfügen. Ausgerüstet mit einer unübersehbaren Zahl von Betriebs- und Polizeivorschriften sind sie sich nun selbst überlassen und fahren auf gut Glück drauflos, um sich erst im Verkehr selbst auszubilden. Der Schuhmann und der Gendarm wachen darüber, daß keine Vorschrift abhanden kommt; durch ein Strafmandat bringen sie diese dem Führer steiss wieder in Erinnerung.

Das Zustandekommen der Unzeigen hängt wieder von der Beurteilung des Publikums und des Schuhmanns ab. Wie gedankenlos manche Leute über den Fahrdamm gehen, ist oft kaum zu glauben. Solche Bassanten sind dem modernen Verkehr gegenüber überhaupt nicht nur rücksichtslos, sondern auch unvernünftig. Ist aber irgend ein Unglück geschehen, so ist beim Publikum stets die Auffassung vorhanden, daß der Führer zu schnell gefahren ist, weil eben das Publikum der Meinung ist, daß jedes Automobil zu schnell fährt, auch wenn das Unglück bei dem langsamsten Tempo geschehen und der Verunglückte den Unfall durch Unvorsichtigkeit selbst verursacht hat. Diese allgemeine Meinung kommt aber daher, daß sich selten einer in die Technik und die Handhabung des Automobils hineindringen kann. Wenn z. B. ein Kutscher sein Pferd durch ruhige Handhabung der Zügel frei laufen läßt, ist dies für Pferd und Kutscher weniger ermüdend, als wenn der Kutscher fortwährend die Zügel und Bremse anziehen muß, um die Gangart des Pferdes zu verringern. Im letzteren Falle wird dann aber auch die Aufmerksamkeit des Kutschers mehr auf Pferd und Wagen konzentriert, als auf den Verkehr selbst. Genau so verhält es sich bei dem Automobil. Will der Führer den Verkehr übersehen und berechnen, so muß der Motor ruhig arbeiten können. Um die Aufmerksamkeit des Führers nicht auf den Motor zu konzentrieren, gehört zu dessen Arbeit eine gewisse Geschwindigkeit, ohne welche der Führer nicht imstande ist, mit Ruhe und Sicherheit den Wagen zu fahren. Versteht nun der Führer den Motor und die Bremse zu handhaben und ist der Wagen mit der nötigen Sicherung, mit Gleitschub u. dergl. versehen, so ist das Automobil im Verkehr un gefährlicher, als jedes andere Fuhrwerk, weil es unvergleichlich besser lenkbar ist. Einen großen Teil zum Anreiz übermäßiger Geschwindigkeit für die Führer tragen aber auch hochstehende Personen und die Polizei selbst bei. Zum Beispiel haben wir unter anderem das Automobil des Herrn Polizeipräsidenten von Berlin noch nie mit einer Geschwindigkeit von 15 Kilometern fahren sehen, sondern es waren nach unserer Berechnung immer "einige" Kilometer mehr.

Die Führer werden von der Polizei durch die Aufschreibemanie veranlaßt, unter Umständen so schnell zu fahren, daß die Beamten die Nummer nicht sehen können. Das ist sehr zu verurteilen; aber auch hier kann die Polizei wieder lernen, daß allzu scharf schärtig macht. Nur zu dem

## Zabelle 1.

## Bestand an Motorfahrzeugen im Deutschen Reich am 1. Januar 1908.

Tabelle 2.

Verwendungszweck der vorzugsweise zur Personenbeförderung dienenden Kraftfahrzeuge.

### Tabelle 3. Schädigende Ereignisse beim Betriebe von Kraftfahrzeugen in der Zeit vom 1. Oktober 1906 bis 30. September 1907.

ungeschickten Fahren. Auch bissig bezüglich können wir den Behörden einen Vorwurf nicht ganz ersparen. Zur besseren Ausbildung der Automobilfahrer haben sie selber trotz aller unserer Mahnungen bis heute noch nichts getan. Immer noch sind die Lernenden dem rücksichtslosen Missbeutertum der sogenannten Privat-chauffeur-Schulen ausgesetzt, welche mehr auf Geld als auf Lernen und Können sehen. Leider liegen auch die Verhältnisse im übrigen Verkehrswesen so wie hier. Der Verkehr wächst von Jahr zu Jahr, aber zur Erzielung von Geschicklichkeit der Fahrer und Sicherheit des Verkehrs fehlen die von uns schon längst verlangten staatlichen und kommunalen Fahr- und Fachschulen immer noch. Ebenso könnte bei der Behandlung der Fahrstrafen noch manches getan werden, um Unfälle zu verhüten. Oft richten sich hierbei die Behörden nach dem Kalender und nicht nach der Witterung. — Sehr oft sind die Straßen auch in Berlin und in anderen Städten noch mehr schmal und für die Autos gefährlich. Sie sind eben keine liebe Pferde, die Pferde zu haben, und der Autobeführer mit dem einen Gleitgewicht unter den hinteren Rädern ist kaum instande, den Wagen mit den Borderrädern aus dem Künstein zu balanzieren. — Dieses sehen die Behörden jahrelang ruhig mit an; aber außer in den Sommermonaten werden die Straßen nicht gewaschen. Und was mussten nicht erst alles für Unglücksfälle geschehen, ehe man die Anbringung eines Gleitschutzes verordnete? Aus dieser Statistik müssten die Behörden lernen, wie es nicht gemacht werden soll. Und ein übrigens. Warum hat man sich gehütet, die Unfälle der Herrenfahrer von denen der Berufsfahrer zu trennen? Wohl nur, weil die ersten gar zu schlecht dabei abschneiden würden. Dahin möß sich der Ausbau der statistischen Aufnahmen in Zukunft mindestens ebenfalls erstrecken. Erst dann wird sich zeigen, wer vom Automobilrennen befessen ist. Und dann mag man die Schuldigen steinigen. Dagegen aber verwahren wir uns mit gutem Recht, daß die Berufsautomobilfahrer für die Herrenfahrer die Prügelnäbe abgeben sollen.

# Eine Übersicht für die Kasse in bürgerlicher Beleuchtung.

Unser neuwiedackener Arbeitgeberverband hat die Gründung von Betriebskrankenkassen als eines seiner obersten Ziele aufgesezt. Das südwestdeutsche Wölzlein reist allüberall im Lande herum, um die Unternehmer von der Vorfrößlichkeit dieser „Idee“ für ihren Geldsack und als Arbeitereinsatzmittel zu überzeugen. Lestet man die Zeitungen der Herrschaften, dann findet man darin auf jeder zweiten Seite haarscharf nachgewiesen, daß die Ortskrankenkassen gar nichts taugen. Und gar jene Krankenkassen, die von Sozialdemokraten geleitet werden, dort wird den Versicherten, so behaupten die Scharfmacher, das Geld nur so aus der Tasche gezogen, um damit den Partei- und Gewerkschaftsagitatoren ein angenehmes Leben zu garantieren. Das ganze Lügennmagazin der Herren marschiert auf, wenn es gilt, eine Arbeiterklasse zu verleimden. Das aber die Zustände in ihren Betriebskrankenkassen fast ausnahmslos zum Himmel schreien, das bringen diese Leute nicht ans Tageslicht. Nur

hier und da sückert etwas aus diesen Morästen durch und dann halten sich alle Menschen unwillkürlich die Nase zu. Der Chef der unseres Schafsmacherverbandes, der frontte Wimmelbolle, hat für "seine" Arbeiter auch so eine Betriebsklasse eingerichtet, die wohl anderen zu gründenden Krankenkassen der Unternehmer noch zum Muster dienen wird und sicher auch schon gedient hat. Wie diese Klasse nun beschaffen ist, davon wollen wir hier ein kleines aber illustratives Bild geben. An der Sitzung der Aerztelammer für die Provinz Brandenburg vom 25. Januar 1908 hat der bekannte Arzt, Herr Dr. Münter, laut offiziellen Bericht folgende Erklärung zu Protokoll gegeben:

„In der vorigen Sitzung der Ärztekammer habe ich in meinem Referat aus der Vertragskommission zum Vielea dafür, wie notwendig gerade für Berlin ein Schuß der Städtischen durch die Vertragskommission der Ärztekammer ist, die städtischen Verhältnisse in der Betriebskassenfalle bei diesen Mitgliedern. Es ist sehr leicht so zu ermitteln, ob man in die Kasse einen Beitrag für den Städter zu den Kosten aufzunehmen und so eine Summe von 2000 Mk. erhält. Ich wies dabei nach, daß somit bei der Betriebskassenfalle dieser großen und angesehenen Firma für den Städtischen weniger als die Hälfte dessen gezahlt wird, was jetzt in Berlin und den Vororten bei allen Ortskassenfassen üblich ist. Die Firma E. Wolle richtete nun am 18. November 1907 an mich ein Schreiben, in welchem sie auf Grund des Berichtes über die Sitzung der Ärztekammer in der „Böllischen Zeitg.“ mir eine Berichtigung zusandte mit dem Ersuchen, eine entsprechende Richtigstellung in der nächsten Ärztekamersitzung vorzunehmen. Ich habe zwar, da die betreffende Firma sowohl der „Böllischen Zeitung“ als auch der „Ärztekorrespondenz“ Berichtigungen zusandte, in beiden Zeitungen, wie einem Teil der Herren Kollegen wahrscheinlich bekannt sein wird, eingehend auf diese Berichtigungen reagiert, halte es jedoch für lohal, auch an dieser Stelle kurz von dem Bericht des Herrn Wolle Notiz zu nehmen, und danke dem Herrn Borschenden der Ärztekammer, daß er mir durch die Worterteilung dazu Gelegenheit gegeben hat. |

Der wesentliche Inhalt der Bolleschen Berichtsgutung lautet:

1. Bei strahlendauere des Dertieres gehören nicht 2000 Versicherte, sondern 2173 an.
  2. Auf den fixierten Massenarzt entfallen nicht 2000, sondern nur 1614 Mitglieder, während 4 andere Aerzte in den Vororten sich in den Rest teilen und diese stets für den einzelnen Fall bezahlt werden.
  3. Die Anzahl der Familien, welche der fixierte Massenarzt ärztlich zu beorgen hat, beträgt nicht 800, sondern nach der Schätzung des Mandanten etwa 300.
  4. Es haben auch in einem Jahre nicht 1500 Aufnahmeverhandlungen stattgefunden, sondern nur 971 ärztliche Besichtigungen.

Neben dieser tatsächlichen Verichtigung enthält die  
Büschritft der Firma Bolle noch einige Angaben über  
die Person des früheren Massenarztes, über die viele  
freie Zeit, die ihm zu Gebote stand, u. a. über die  
Möglichkeit, Frühstücksshoppen zu veranstalten, was, wie  
ich annahme, die Arztelammer wenig interessiert.

Auf diese angebliche Richtigstellung meiner An-  
gaben bemerkte ich:

1. Meine Darstellung der Kassenärztlichen Zustände dieser Firma stammt aus der noch naheliegenden Zeit, da die Kasse nur den einen Kassenarzt hatte.
  2. Indem ich rückhaltlos die Mächtigkeit der mit gegebenen Auskunft über die jetzigen Kassenärztlichen Zustände querlenne, stelle ich fest, daß der eine fixierte Kassenarzt für 1614 Personen, für mehrere hundert Familien und für eine große Reihe ärztlicher Besichtigungen jährlich 3000 Ml. Honorar erhält. Bleibt man dennach das ärztliche Pauschal in Berlin mit 3,80 Ml. für rein kassenärztliche Leistungen ohne Familien in Betracht, so ersieht man, daß in der in Meide stehenden Betriebskranenkasse nicht einmal die Hälfte des ortsüblichen Honorars wie in allen anderen Orts-, Betrieb- und freien Hilfskassen geübt wird. Eine ist es auffällig, daß die Kasse auf einer einzelnen Ausgaben über die Höhe des Honorars für die Vorortärzte entfällt. Schließlich dürfte die Betriebskranenkasse der Meierei C. Wolle wohl die einzige sein, für deren Mitglieder keine Spezialärzte angestellt sind.

Sch übersasse es somit der Beurteilung des großen  
für Krankenfassen interessierten Publikums sowie spe-  
ziell der Mitglieder dieser Männer, ob meine Behaup-  
tung, daß die Betriebßfrankenklasse der Weiererl C. Wolle  
die allergeringste und minderwertigsten Auswendungen  
für die fassenärztlichen Leistungen macht, durch die  
Berichtigung der Firma in irgend einer Weise wider-  
legt ist. (Beifall.)"

Solche Zustände sind in einer von Sozialdemokraten geleiteten Stasse einfach undenbar. Da würde auch schon die Aufsichtsbehörde dafür Sorge tragen, daß Remedy geschaffen wird. Aber Herr Bolle ist Grosscharfmacher und als solcher augenscheinlich auch für die Aufsichtsbehörde ta b u. Ihm kann keiner an die Münchner Stimmen.

Aus dieser Musterfasse ist zu sehen, was den Kollegen mit der Errichtung von Betriebsklassen geboten werden soll. Hoffentlich finden sich in unseren Kollegenkreisen nicht allzuviel Dumme, die sich leimen lassen. Die Zustände in der Wollseischen Betriebsklasse werden ja gerade noch zur rechten Zeit bekannt, um unseren Kollegen drastisch zu zeigen, daß die Betriebsfrankenklassen nur auf die bessere Füllung des Kapitalsackes und als Nebelzeug für die Arbeiter berechnet sind. Nur Esel von Elefantengröße können also der Errichtung solcher Klassen ihre Zustimmung geben.

# Gewerkschaftliche Rundschau.

Entwicklung der freien Gewerkschaften. Das Jahr 1907 war zweifellos den Gewerkschaften in bezug auf Mitgliederzunahme nicht so günstig wie seine Vorgänger. Die Krise hat das ihrige dazu getan. Wir wollen, um den Lesern einen ungefähren Überblick über die Mitgliederentwicklung zu geben, in folgender Tabelle den Mitgliederstand jener Gewerkschaften, über die bereits Jahresberichte vorliegen, zahlenmäßig nachweisen. Es hatten

	Mitglieder Ende des Jahres 1906	Mitglieder Ende des Jahres 1907	Zu (+) oder Abnahme (-) das Vorjahr	Zweigvereinen . . . . .	11 921,26 Mf.
Bäcker	13 425	17 303	+ 3 878	Kassenbestand in der Hauptklasse . . . . .	42 063,60 "
Bauhilfsarbeiter	84 611	74 567	- 10 044	In der Bank . . . . .	3 486 183,53 "
Bergarbeiter	110 247	111 476	+ 1 229	Kassenbestand in den Gaukassen . . . . .	41 276,81
Waldhauer	4 905	4 360	- 545	Kassenbestand der Lokalklassen und Lokal- fonds in den Zweigvereinen . . . . .	1 178 611,11 "
Brucker	28 602	33 177	+ 4 575	Gesamtvermögen am Schlusse d. Vorj. . . . .	4 800 056,31 Mf.
Buchbinder	29 474	22 059	- 1 588		3 564 171,84 "
Buchdrucker	48 447	53 529	+ 5 082		
Fleischer	2 933	3 066	+ 136	Wehr gegen das Vorjahr . . . . .	1 235 884,47 Mf.
Gastwirtsgehilfen	6 309	6 702	+ 393		
Gemeindearbeiter	23 238	26 207	+ 2 969		
Händels- und Trans- portarbeiter	81 784	88 961	+ 7 177		
Handschuhmacher	3 686	2 935	- 751		
Holzarbeiter	151 717	147 492	- 4 225		
Hutmacher	6 806	6 893	+ 87		
Kürschner	1 906	2 333	+ 427		
Lederarbeiter	7 952	7 874	- 78		
Maler	34 769	40 168	+ 5 399		
Maschinisten	14 859	18 132	+ 3 273		
Maurer	183 747	197 066	+ 13 319		
Metallarbeiter	335 075	362 204	+ 27 129		
Portefeuillier	3 977	3 895	- 82		
Porzellanarbeiter	14 169	14 704	+ 535		
Sattler	6 829	7 010	+ 181		
Schmiede	17 696	18 743	+ 1 047		
Schneider	36 073	40 271	+ 4 198		
Schuhmacher	35 322	38 158	+ 2 836		
Steinarbeiter	17 702	19 175	+ 1 473		
Tapetierer	9 577	10 253	+ 676		
Zimmerer	8 008	8 479	+ 471		
Zivilmusiker	52 377	53 272	+ 895		
	979	1 401	+ 422		
	1 368 201	1 441 865	+ 73 664		

Die 31 Gewerkschalten, über die eine Mitgliederübersicht für das Jahr 1907 vorliegt, hatten also Ende dieses Jahres 1 441 865 Mitglieder gegen 1 368 201 ein Jahr früher. Das entspricht einem Jahresszuwachs von 73 664 oder — berücksichtigt man, daß die Organisationen der Konditoren und Wäschereiarbeiter sich im Jahre 1907 aufgelöst und den Bäckern resp. Schneidern angeschlossen haben, so daß die Mitgliederzahl von 2594 resp. 5061 in jenen Organisationen aufgegangen ist — einen tatsächlichen Mitgliederzuwachs von 66 009 pro 1907. Es ist kaum zu hoffen, daß die in obiger Übersicht nicht vertretenen Gewerkschaften sich verhältnismäßig günstiger entwickelt haben, als die angeführten 31 Organisationen, so daß insgesamt wohl kaum mehr denn 100 000 Zunahme an Mitgliedern pro 1907 zu verzeichnen sein dürfte.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband im Jahre 1907. Die in Nr. 16 der "Metallarbeiter-Zeitung" enthaltene Abrechnung des Hauptvorstandes legt Zeugnis dafür ab, daß der Deutsche Metallarbeiterverband trotz der Unzufriedenheit der wirtschaftlichen Verhältnisse, von denen besonders weite Kreise der Metallarbeiterfamilie im Jahre 1907 betroffen wurden, eine gute Entwicklung genommen hat. Während die Konkurrenzorganisationen im letzten Jahre wenig oder keinen Zuwachs erhalten und der hiesige Dünner Gewerkschaft der Maschinenbau- und Metallarbeiter sogar einen Rückgang von 8000 aufzuweisen hat, nahm der Deutsche Metallarbeiter-Verband um 27 129 zu, so daß er am Jahresende 362 204 Mitglieder zählte. Davon betrug die Zahl der männlichen Mitglieder mit einem Wochenbeitrag von 60 Pf. 344 526, die übrigen 17 678 Mitglieder (3180 jugendliche und 14 498 weibliche) zahlten einen Wochenbeitrag von 25 Pf.

Die Gesamteinnahme der Hauptklasse betrug 9 882 771,70 Mf. (1906: 8 615 771,53 Mf.), die Reineneinnahme 9 524 488,19 Mf. (8 011 509,67 Mf.). Von den Ausgaben der Hauptklasse seien hier nur die bedeutenden Summen für Unterstützungszwecke angeführt; es wurden dafür zusammen ausbezahlt 5 758 267,41 Mf., und zwar für Neissegeld 294 997,82 Mf., Umzugsumunterstützung 100 347,57 Mf., Erwerbslosenunterstützung: a) bei Krankheit 2 152 565,20 Mf., b) bei Arbeitslosigkeit 952 820,50 Mf., Streikunterstützung 1 767 927,84 Mf., Maßregelungen 305 792 Mf., besondere Notfälle 54 666,28 Mf., Sterbegeld 56 165,75 Mf., Rechtschutz 72 984,45 Mf. Außer diesen Leistungen der Hauptklasse sind aus den Mitteln der Lokalklassen noch große Aufwendungen für die gleichen Zwecke gemacht worden, worüber besondere Abrechnung erfolgen wird. Das Vermögen bei der Hauptklasse vermehrte sich um 1 433 820,50 Mf., es betrug am Jahresende 4 033 471,49 Mf.

Durch die Abrechnung wird in bündigster Weise die kürzlich in der bürgerlichen Presse erschienene Notiz widerlegt, nach der der Verband an Mitgliedern abgenommen haben sollte. Die "Metallarbeiterzeitung" sagt deshalb mit Recht: mögen sich an der Jahresabrechnung „nunmehr alle die die Schnabel wegen, die den Deutschen Metallarbeiter-Verband so gern pulvrierten möchten“.

Der Zimmererverband schloß das Jahr 1907 mit einem Mitgliederbestand von 53 272 ab, bei einem Gesamtvermögen von 1 610 232,65 Mf. Für Arbeitslosenunterstützung wurden im vierten Quartal 20 413,75 Mf. verausgabt.

Der Buchbinderverband schloß das Jahr 1907 ab mit einem Mitgliederbestand von 22 059, davon sind 9285 weiblichen Geschlechts. Der Bestand der Verbundsklasse belief sich auf 90 437,49 Mf.

Der Zentralverband der Maurer veröffentlichte in Nr. 14 des "Grundsteins" seine Jahresabrechnung für 1907. Die Mitgliederzahl wird mit 197 066 angegeben gegen 193 606 im Vorjahr. Erfreuliches bringt der Bericht über den Vermögensausweis. Da nach betrug der Bestand an Hauptklassengeldern in den

Zweigvereinen . . . . .	11 921,26 Mf.
Kassenbestand in der Hauptklasse . . . . .	42 063,60 "
In der Bank . . . . .	3 486 183,53 "
Kassenbestand in den Gaukassen . . . . .	41 276,81
Kassenbestand der Lokalklassen und Lokal- fonds in den Zweigvereinen . . . . .	1 178 611,11 "
Gesamtvermögen am Schlusse d. Vorj. . . . .	4 800 056,31 Mf.
	3 564 171,84 "

Wehr gegen das Vorjahr . . . . . 1 235 884,47 Mf.  
Man sieht daraus, daß die Maurer den Kampf gegen das Vorjahr . . . . . 1 235 884,47 Mf.

Man sieht daraus, daß die Maurer den Kampf gegen das Vorjahr . . . . . 1 235 884,47 Mf.

Man sieht daraus, daß die Maurer den Kampf gegen das Vorjahr . . . . . 1 235 884,47 Mf.  
Man sieht daraus, daß die Maurer den Kampf gegen das Vorjahr . . . . . 1 235 884,47 Mf.

Die Abrechnung des Bauhilfsarbeiter-Verbandes für das Jahr 1907 ergibt einen Mitgliederbestand von 74 567 bei einem Verbandsvermögen von 876 875,43 Mf. Die Ausgaben für freikende Mitglieder beliefen sich auf 813 174,14 Mf., für ausgesperrte 51 316,34 Mf. Hierzu kommen noch die Ausgaben für durch die Kämpfe in Mitleidenschaft gezogene sowie für gemäßigte Mitglieder. Die Organisation hat also gerade auf diesem Gebiete den Kampf eine außerordentliche Leistungsfähigkeit erlangt.

Der Deutsche Malererverband im Jahre 1907. Die Jahresabrechnung dieser Organisation legt trotz der ungünstigen Geschäftstonikur Zeugnis von einer erfreulichen Fortentwicklung des Verbandes ab. Die Mitglieder vermehrten sich im Jahresdurchschnitt von 36 626 im Jahre 1906 auf 39 009 im Jahre 1907. Die Lohnkämpfe zeigen, daß der Verband auf dem Posten war, wenn es galt, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Mitglieder durchzusetzen oder schon Errungenes festzuhalten und zu behaupten. Im ganzen wurden im Jahre 1907 in 173 Fällen Verbesserungen zur Verbesserung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses geführt. Sie umfassen 267 Orte mit 5172 Betrieben, in denen 22 816 Arbeiter beschäftigt waren. Durch erfolgreiche Unterhandlungen mit den Unternehmen, also ohne Arbeitseinsatz, fanden

die Erledigung 87 Fälle, die sich auf 122 Orte beziehen und 2314 Betriebe mit 9190 Beschäftigten umfassen. Durch eine Steigerung der Löhne in früher abgeschlossenen Tarifen folgte eine Verbesserung des Arbeitsverhältnisses in 28 Fällen, die sich auf 46 Orte mit 1052 Betrieben und für 4737 Beschäftigte beziehen. Zwecks Verbesserung des Arbeitsverhältnisses, infolge Abwehr von Verschlechterungen durch Streit und infolge von Ausperrungen kam es zum Kampf in 58 Fällen, die sich auf 99 Orte ausdehnen und 1806 Betriebe mit 8889 Beschäftigten bestrafen. Diese Lohnkämpfe setzten sich zusammen aus 27 Angrißstreits mit 5249 Beteiligten, aus 8 Abwehrstreits mit 135 Beteiligten und aus 23 Aussperrungen mit 2121 Beteiligten. Die Angrißstreits dauerten zusammen 1186 Tage, die Abwehrstreits 123 Tage, die Aussperrungen zusammen 676 Tage. Im ganzen waren also 1983 Tage Streit zur Regelung der Differenzen notwendig.

## Aus gegnerischen Gewerkschaften.

Wie christliche Gewerkschaften „gegründet“ werden,

zeigt folgender Brief, den die Sektion Erding des Volksvereins für das katholische Deutschland an die Mitglieder des Deutschen Brauereiarbeiterverbandes geschickt.

Erlaubt.

Leichte 5.

So wie Sie auch Sie sich mit Ihren Freunden von Ihrer Brauerei für eine Standesorganisation, die sogenannten "Gewerkschaften", bestreben interessieren, gestatten Sie Unterschriften, Sie hiermit auf die christliche Gewerkschaft der Brauereiarbeiter ausmerksam zu machen. Es besteht die Absicht, dahier eine Fachstelle zu errichten und würden Sie deshalb freundlich einladen, unsere Bemühungen um die für die Arbeitswelt so wichtigen Gewerkschaftsorganisationen am hiesigen Platze durch Ihren eb. Beirat und Besprechung mit Ihren werten Kollegen zu unterstützen. Wir dürfen Sie wohl bitten, sich behufs näherer Erkundungen hierüber an die Vertrauensmänner Ihrer Kollegen, Herrn Georg Stachl und Herrn Maximilian Ertl, zu wenden, die bereitwillig Aufschluß geben. Auf jeden Fall werden wir nach einer Vorbesprechung sämlicher hiesiger Brauereiarbeiter eine geschlossene Versammlung veranlassen, zu der der arttümliche Arbeitersekretär Herr Albrecht Osthofen um sein Erscheinen gebeten wird. In angenehmer Erwartung und Unterstützung bitten, die Störung freundlich zu entschuldigen und grüßen mit aller Achtung.

Erding, den 29. März 1908.

Volksverein für das kathol. Deutschland, Sektion Erding.

Dr. Raub, 1. Bezirkssarzt, Friedr. Schießl, Kaufm., 1. Vorsitzender | Schriftührer.

Dieser Brief wurde an alle Brauereiarbeiter in Erding geschickt, die Mitglieder des Brauereiarbeiterverbandes sind. Diese haben den edlen Plan der Herren Raub und Konsorten wohl durchschaut. Die Brauereiarbeiter in Erding haben im vorigen Jahre eine Lohnbewegung durchgeführt, wobei die grobigen Missstände abgeschafft wurden. Da hat sich ein Raub und ein Schießl und auch der katholische Volksverein nicht um die Bräuereiarbeiter gekümmert. Im Gegenteil, man hat auf die umzustzedenen Arbeiter geschimpft. Warum hat sich der katholische Volksverein damals nicht der Arbeiter angenommen, wo sie noch in den Hauptklassen lebten?

Ein christlicher Gewerkschaftssekretär für § 7.

Unglaublich, aber wahr: der Reichstaatsabgeordnete Franz Behrens, Generalsekretär des Gewerksvereins

christlicher Bergarbeiter, hat seine Stimme abgegeben für den § 7, für das Ausnahmegesetz gegen die Bergarbeiter! Er, der es als ungerecht empfand, daß die Arbeiterwahlkreise des Industriebezirks keinen Großindustriellen in den Reichstag entsandt haben, ist in die Breche gesprungen, um den Großindustriellen zu helfen gegen die Arbeiterschaft. Er hat mitgeholfen, die Arbeiterschaft zu fesseln und sie dem Unternehmertum auszuliefern. Im Namen des Christentums! — Was hier geschehen ist, steht ohne Beispiel da in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Wir wissen nicht, ob für den Herrn noch eine Stunde lang Platz sein wird in der Zeitung des christlichen Gewerksvereins, und ob der Gewerksverein sich rückgratlos genug zeigen wird, um an seiner Spitze einen Menschen von der verächtlichen Geistlosigkeit eines Behrens zu dulden. Bleibt der Gewerksverein nicht unerbittlich die Konsequenzen und setzt den Arbeitersekretär nicht ungefähr mit einem Zuspruch vor die Tür, so macht er sich einfach zum Mitschuldigen des Judasstreches. Die Zustimmung zu dem infantilen Ausnahmeparagraphen ist umso ungebührlicher, als die Bergarbeiter infolge der starken Auswanderung von Polen am alteren und ländlichen durch ihn getroffen werden. Die gesamte Bergarbeiterfamilie protestiert auf das entschiedenste gegen den Paragraphen, der nach dem Willen der rheinisch-westfälischen Großindustrien in das Gesetz aufgenommen wurde. Der § 7 hat keinen andern Sinn, als die Auflösung von den polnischen Arbeitern fernzuhalten, damit sie bei wirtschaftlichen Kämpfen den Unternehmern als Streitgegner dienen, der kämpfenden Arbeiterschaft in den Rücken fallen. Der § 7, der sich scheinbar gegen die polnischen Arbeiter richtet, ist in Wirklichkeit ein Ausnahmegesetz gegen die Gewerkschaftsbewegung, gegen die gesamte Arbeiterschaft des Industriebezirks. Und dennoch wünscht ihm ein christlicher Gewerkschaftsbeamter seinen Segen zu geben! Die Bergarbeiter werden ihm, gleichviel wie sich die Gewerkschaftsleitung verhält, die verdiente Rüchtigung zuteil werden lassen.

## Unter Christenbrüder.

Die Christlichen, die sonst die Spalten ihrer Blätter mit Fällen von "sozialdemokratischem Terror" füllten, verfügen sich neuerdings zur Abrechnung damit, daß sie jetzt die Anklagen wegen Terrorisimus wider einander richten. In den christlichen Gewerkschaftsblättern kann man wöchentlich lange Listen solcher Schandtaten lesen, die den katholischen Facharbeitern zur Last gelegt werden, und unterrichtet bringt der "Arbeiter" das Blatt der Berliner Richtung, ebenso oft einen düsternen Blütenstrauß christgewerkschaftlicher Greuel. So ist im Fachblatt des christlichen Metallarbeiterverbandes zu lesen:

In Nössel (Ostpreußen) fand kürzlich eine christliche Gewerkschaftsversammlung statt. An der Diskussion beteiligte sich auch der Vorsitzende der katholischen Fachabteilung, Baumeister (II) Fischer. Die Versammlung scheint aber den Herrn nicht gut bekommen zu sein, denn nach Schluss der Versammlung holte er aus dem Vorraum seine "geistigen Waffen", bestehend in einem mit Blei aufgerollten dicken Gummischlauch (Toßhälzer) herbei, um den bösen Christlichen Berliner Fachabteilungsleuten bei zu bringen. Einem unbeteiligten gelang es mit List, dem Mann die durchschlagende Waffe abzunehmen. Als dauer

S. 3. Herr Paul Krug hat insbesonders einen unanständigen christlichen Lebenswandel zu führen und jederzeit eine deutsch-nationale Gesinnung zu betätigen.

S. 4. Da die Volksrechtsauskunftsstelle auch den Schein einer Parteinahe für politische und gewerkschaftliche Richtungen, abgesehen von der Vereinigung jeder sozialdemokratischen Gesinnung, zu meiden hat, so ist Herr Paul Krug verpflichtet, jede agitatorische Betätigung seiner politischen Gesinnung im staatlichen wie im kommunalen Leben zugunsten einer bestimmten Partei zu unterlassen. Ebenso hat jede Parteinahe seinerseits für die eine oder andere auf monarchischem Grunde stehende gewerkschaftliche Richtung zu unterbleiben. Dabin gehört, daß Paul Krug niemals dem Vorstande irgend einer politischen oder gewerkschaftlichen Vereinigung angehört, noch durch Vorträge, schriftliche Abhandlungen und dergleichen sie zu fördern sucht. Dagegen bleibt es Herrn Paul Krug unbenommen, außeramtlich aus das verderbliche Treiben der sozialdemokratischen Bewegung hinzzuweisen.

In dem Falle eines Verstoßes gegen die in den Paragraphen 2 bis 4 enthaltenen Verpflichtungen hat der Vorstand nach vorheriger zweimaliger schriftlicher Verwarnung das Recht, den v. Krug ohne Kündigung seines Amtes zu entheben, ohne daß v. Krug irgend welche Gehalts- oder Entschädigungsansprüche zu erheben hätte.

Das Blatt fügt hinzu: „Es braucht wohl nicht weiter hergehoben zu werden, daß sich Kollege Krug bestens dafür behauptet unter der Anweisung seines „Vorgesetzten“, Herrn Pfarrer Teichert, ein Gesinnungsklump zu werden.“ Der Mann hat seinen Posten mit einem andern verlauscht, der Pfarrer Teichert aber wird nach wie vor tapfer mit einstimmen in das Scharfmachergeheul vom Terrorismus — bei den Sozialdemokraten!

### Aus unserem Beruf.

#### Automobilführer.

Die Reichsverordnung des Befähigungszeugnis für als Chauffeur kann nicht kriminell bestraft werden. Die Verordnung des Oberpräsidenten vom 26. September 1906 bestimmt im § 27: Ungeeigneten Personen, insbesondere solchen, welche die den Führern von Kraftfahrzeugen obliegenden Verpflichtungen verletzt haben, kann das Führen von Kraftfahrzeugen dauernd oder für bestimmte Zeit polizeilich unterblieben werden. Sie haben alsdann das ausgestellte Befähigungszeugnis der Polizeibehörde abzuliefern.“ Der § 28 bedroht die Zu widerhandlungen gegen die Bestimmung der Verordnung mit Geldstrafe. Der Chauffeur Ernst hatte nach Untersuchung durch den Kreisarzt und einen Augenarzt vom Berliner Polizeipräsidium eine Verfügung erhalten, durch die ihm wegen ungenügender Sehschärfe das Führen von Kraftfahrzeugen auf Straßen, Plätzen und Wegen im Landespolizeiberirk Berlin untersagt worden und er aufgefordert worden war, sein Befähigungszeugnis als Chauffeur abzulefern. Ernst ließerte das Zeugnis nicht ab und wurde deshalb in zweiter Instanz vom Landgericht zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Kammergericht hob das Urteil auf und sprach den Angeklagten mit folgender Begründung frei: Mit der Bestimmung über die Herausgabe des Befähigungszeugnisses sollte § 27 nicht etwa eine Strafe androhen. Das könnte er auch nicht, denn die Erziehung von Gewerbeberechtigungen als Strafe kann in vereinfachter Weise nicht. Der § 27 ist offenbar eine Exekutivmaßregel, die sich sehr wohl auf § 20, I, 7 des Allgemeinen Landrechts rüsten lösse, wenn es sollte das Publikum vor solchen Chauffeuren geschützt werden, denen die Gaben fehlten, die ein Chauffeur im Interesse der öffentlichen Sicherheit haben müsse. Es könnte aber nicht durch den Strafrichter entschieden werden, ob die Entziehung des Befähigungszeugnisses mit Recht geschehen sei oder nicht. Darüber könnte nur im Verwaltungsstreitfahren befinden werden. Wenn die polizeiliche Untersuchung weiter als Chauffeur zu fundieren, eine berechtigte sei, dann könnte sie und die Herausgabe des Zeugnisses durch Exekutivstrafen erzwingen werden. Eine richterliche Bestrafung wegen der Reichsverordnung des Prüfungsscheines sei in diesem nicht möglich. Angeklagter müsse freigesprochen werden.

Hamburg. Als im Oktober 1906 das Gericht von der bevorstehenden Einführung elektrischer Droschen in Hamburg aufstaute, meldeten sich auch eine Anzahl Droschkenfahrer als Führer. Von vornherein wurde als Hauptbedingung aufgestellt: keine Handzugshörigkeit. Die Ortsverwaltung beschäftigte sich in mehreren Sitzungen mit der Frage, ob es ratsam sei, unsere Kollegen zu dem dort angebotenen Lohn anzutragen zu lassen. Es wurde geboten: Wochenlohn Mf. 21 und 5 p.C. der Einnahme. Da wir in Hamburg schon mehrere Streife führen müssen um das Prozentsystem abzuschaffen, so bestand jetzt die Gefahr, daß unsere Arbeitgeber nun — da ja gerade unsere besten Verbandsmitglieder dort auf Prozente anlangen wollten — die Wiedereinführung des Prozentsystems im allgemeinen propagieren würden. Wir kamen aber doch zu dem Entschluß, unsere Kollegen dort anzutragen zu lassen, um eben von vornherein einen festen Stamm gut organisierter Fahrer im Betriebe zu haben. Die Zeit hat gelehrt, daß dieses richtig war. Wie oben angegeben, wurden 21 Mf. und 5 p.C. geboten, aber nur 4 p.C. ausbezahlt, während 1 p.C. zurückbehalten wurde bis zur Höhe von 100 Mf. Dieses Geld wurde für jeden Fahrer auf der Sparflasche belegt und ist als Rauton zu betrachten. Jeder Fahrer sollte dieser Rauton verlustig gehen, wenn er die Arbeit ohne Kündigung verließ. Die Arbeitszeit wurde auf 12 Stunden täglich festgelegt, jeder achte Tag sollte ein vollständig freier sein, ohne Lohnstruktur. Anfang 6 Wochen vor der Zeit, in welcher die Droschen im Betrieb gestellt werden sollten, wurden etwa 30 Leute eingestellt, um auf Kosten der Gesellschaft ausgebildet zu werden. Auf Kosten der Gesellschaft soll heißen, daß die Gesellschaft das Lehrmaterial lieferte und den „Lehrlingen“ pro Tag 3 Mf. zahlte. Ehe jedoch die Wagen in den Betrieb gestellt werden konnten, die Wagen kamen aus Paris und trafen sehr unregelmäßig, viel später als erwartet, ein, nutzten die Ausgebildeten auf ihre eigenen Kosten noch wieder drei bis vier Wochen feiern. Anfang Juni konnten die Droschen endlich in den öffentlichen Verkehr gestellt werden, ungefähr 25 Wagen. Es war nun aber nur möglich, 18-20 Wagen laufen zu lassen, da die Gesellschaft den Strom selbst erzeugt und die Maschine im Anfang nicht so viel leistete, wie erwartet. Die Kollegen mussten sich eben diese Zeit über teilweise mit etwas weniger Verdienst an Prozenten pro Woche begnügen. Im Herbst 1907 kamen dann noch zehn neue Wagen aus Bremen hinzu und nach Fertigstellung einer zweiten Maschine wurde der Betrieb hiernach regelmäßig aufrecht erhalten. Die Arbeitsverhältnisse waren im Anfang, da die Fahrer zum größten Teile aus ehemaligen Droschkenfahrern, zum kleineren Teile aus solchen bestanden, die schon irgendwo Benzinfahrer waren, nicht die allerbesten. Die lebhaften fühlten sich wohl als etwas mehr Fachmann und betrachteten die ehemaligen Droschkenfahrer deshalb als nicht ganz ebenbürtig. Dieses änderte sich jedoch verhältnismäßig schnell, als sich auch ein Teil jener Benzinfahrer zur Organisation bewegen ließ. Der Direktor merkte auch bald, daß unser Verband ziemlich stark unter den Fahrern vertreten war und versuchte jetzt, die noch unorganisierten den Verbandsgänzlich fernzuhalten, eventuell zum Wiederaustritt zu bewegen; erfreulicherweise nur mit geringem Erfolg. Er ließ z. B. eines Abends die ehemaligen Droschkenfahrer antreten und räumlich getrennt davon die Benzinfahrer. Er fragt jeden einzeln, ob er dem Verbande angehöre und erreichte mit diesem Vorgehen auch, daß einer der letzteren, der eben bei uns eingetreten war, (Klein), die Erfahrung abgab: er wolle aus dem Verbande austreten; was er auch tat. Der Direktor erklärte weiter: wer nicht innerhalb 14 Tage aus dem Verbande ausgetreten ist, wird entlassen. Zu der angedrohten Entlassung kam es allerdings nicht. Ebenfalls sollten 5 ehemalige Droschkenfahrer, welche besonders agitatorisch tätig waren, entlassen werden, jedoch auch dieses unterblieb, da der Direktor einfach und auch selbst erklärte, daß ihm der Verband zu stark vertreten sei. Schon in der ersten Zeit wählten sich die Fahrer eine Kommission, die aus 3 ehemaligen Droschkenfahrern und 2 Benzinfahrern bestand, welche als Bevölkerung dem Direktor vortragen sollte, womit letzterer sich auch einverstanden erklärte. Diese Kommission ist in letzter Zeit auf 6 Mann verstärkt worden und hat Bezeichnungen der Fahrer gegen die Betriebsordnung und die Meister vorzubringen, ihre Meinung abzugeben, ob verhängte Strafen gerechtfertigt sind, ob bei Karambolagen der Fahrer als schuldig zu betrachten sei etc. Früher wurde die Strafe des Reversverfahrens (Geldstrafen bestehen nicht) verhängt bei Karambolagen oder sonstigen Verfehlungen; jetzt ist das Reversverfahren besser geregelt. Jetzt haben jeden Tag 4 Fahrer regelmäßig Revers, diese erhalten jetzt 4, früher 3 Mf., für diesen Tag. Diese Revers muß überall hin, wo ein Wagen liegen geblieben ist, um Reisediesel zu beseitigen, entweder den Wagen nach dem Depot zu schleppen oder einen anderen Fahrer in einer ersten Reihe zu ersetzen, so daß der Fahrer nicht so lange auf dem Platz steht. Doch zuerst ist es eine Regel, daß ein Fahrer die Runde mit 3,30 Mf. erhöht werden, jedoch behält sich der Direktor vor, den sämlichen Fahrern allmählich und nach seinem Ermessen, diese Lohn erhöhung zu geben, hat aber versprochen, jeder sollte diesen Antrag haben. Ebene liefert die Gesellschaft frei. Jeder achte Tag ist grundsätzlich frei, ohne Lohnstruktur. Die Rundfahrt war früher 14 Tage, ist seit Anfang April grundsätzlich wegfallen. Die Rauton wird nur bei Vertragsfällen nicht ausbezahlt. Jeder Fahrer, der die Tageseinnahme von 35 Mf. überschreitet, erhält im Sommer 50 Mf. und im Winter 1 Mf. pro Tag extra. Jeder Fahrer, der in der Neujahrsnacht nicht karamboliert hat, findet 3 Mf. ausgezahlt worden. Bei Verbandsvergängen wird denselben Fahrern, welche daran teilnehmen, gestattet, am andern Morgen drei Stunden später zum Dienst zu kommen, ebenfalls kann Weihnachtsabend 2 Stunden später angefangen werden. Die Calmon (Gumm) Werke geben für jeden Kilometer, der mit einem Mantel über 4000 Kilometer gefahren wird, eine Prämie von 1/8 p.C. pro Kilometer. Diese Prämie wird vierteljährlich ausgezahlt. In den letzten beiden Monaten haben die Fahrer insgesamt 486 Mf. von den Werken erhalten. Es sind jetzt bei der Bedag 74 Fahrer beschäftigt, davon sind 72 bei uns organisiert. Die beiden fehlenden waren schon bei uns. Der eine ist klein, der andere ist ausgetreten, weil er zu einer Betriebsfirma vom Vertrauensmann nicht persönlich geladen wurde. Es existiert augenblicklich eine gewisse Spannung zwischen den Fahrern und dem technischen Betriebsleiter. Der Durchschnittsverdienst ist 20 Mf. pro Woche, dazu kommt noch etwas Trinkgeld. Die Hamburger Fahrer werden sietz treu zur Organisation halten.

18402 Beiträge à 40 p.C. . . . .	7360,80 Mf.
10852 " à 50 " . . . . .	5426,- "
1002 " à 20 " . . . . .	200,40 "
5 " à 50 " (zum örtl. Fond) . . . . .	2,50 "
2236 " à 30 " (zum Streifond) . . . . .	670,80 "
Dellerammlung . . . . .	32,10 "
Abonnement . . . . .	320,60 "
Diverse Einnahmen . . . . .	16,- "
Zinsen . . . . .	469,30 "
Nestüberschüß . . . . .	160,30 "
Dep. Fahrgeld . . . . .	3,16 "
<b>Summa</b> 43894,48 Mf.	

#### Ausgabe.

Gewerbliche Unterstützung in Sterbefällen . . . . .	525,- Mf.
Extrainterstützung . . . . .	80,- "
Ortszuschuß . . . . .	183,- "
Gehalt u. Versicherungsbeiträge f. Angestellte . . . . .	1905,84 "
Agitation- und Sitzungsentnahmen . . . . .	219,- "
Bureauaufwendungen:	
Miete . . . . .	93,- "
Telefon . . . . .	98,20 "
Reinigung . . . . .	24,- "
Beleuchtung . . . . .	18,28 "
Utensilien . . . . .	17,- "
Porto . . . . .	50,20 "
Abonnement . . . . .	7,- "
Expedition des „Courier“ . . . . .	819,92 "
Dep. Fahrgeld . . . . .	20,10 "
Verbildungskosten . . . . .	87,60 "
Diverse Ausgaben . . . . .	4,77 "
Beitrag zur Arbeitsnachweis- und Bibliothekskommission . . . . .	527,91 "
Säulenanschlag . . . . .	44,- "
Unkosten vom Verbandstag . . . . .	291,86 "
Prozentueller Zuschuß z. Bezirk Groß-Berlin . . . . .	146,33 "
Mehrsammlungskosten . . . . .	14,55 "
Kursverlust . . . . .	868,26 "
Zur Hauptklasse abgesandt . . . . .	955,75 "
Kassenbestand . . . . .	28484,68 "
<b>Summa</b> 43894,48 Mf.	

#### Bilanz.

Einnahme inkl. vorgetragenen Kassenbestand . . . . .	43894,48 Mf.
Ausgabe pro 1. Quartal 1908 . . . . .	15409,95 "

Kassenbestand am 31. März 1908 28484,68 Mf.

Berlin, den 16. April 1908.

#### Die Revisoren:

Richard Noelle, Ernst Thoms, Wilh. Schimke.

Halle a. S. Nachdem sich im vergangenen Quartal ein ansehnlicher Teil der hiesigen Droschkenfahrer organisiert hatte, versuchten diese mit Hilfe der Organisation sich gegen das rigorose Vorgehen der hiesigen Polizeibeamte zu wenden. Sie taten dies in einer Petition, welche von 48 Droschkenfahrern abgetragen wurde. Die Petition hatte nachstehenden Wortlaut:

Um das verehrliche Stadtverordnetenkollegium zu Halle a. S.

Die im Juni 1907 neu in Kraft getretene Verordnung betreffend das Droschkenfuhrwesen in Halle an der Saale, hat es im Laufe der Zeit mit sich gebracht, daß gegen einzelne Paragraphen der Verordnung insbesondere des östlichen Sektors der im Droschkenfuhrwesen tätigen Personen verstoßen wurde, weil die Sabungen genauer Verordnung so gefaßt sind, daß auch beim besten Willen dieselben nicht in aller Form so eingehalten werden können, wie es verlangt wird.

Die oben aufgeführten Maßnahmen sind viele Hunderte derartiger Mandate zustande gekommen und ohne Ausnahme auch durchgeführt worden.

Da nun aber die Droschkenfahrer Halle betreffend ihres geringen täglichen Verdienstes so schlecht bestellt sind, daß sie durch diesbezügliche Strafmandate in ihrer Existenz schwer beeinträchtigt werden; daß weiterhin in vielen Fällen die Erfahrung gemacht worden ist, daß bei zwei resp. dreimaligen hintereinander stattgefundenen Rückschlägen die Fahrzeuge momentan gänzlich unmöglich gemacht werden können; in weiterer Erwagung, daß die hier Geltung habenden Bestimmungen in vielfachen größeren Städten wie Halle einige Berechtigung hätten, hier aber, in Abbruch der immer noch mittelstädtischen Verhältnisse nicht angebracht und auch nicht durchführbar sind; daß weiterhin es zum größten Teil, wie schon gesagt, den in Frage kommenden Droschkenfahrern gar nicht möglich ist, die betreffenden Bestimmungen genau, dem Buchstaben gemäß einzuhalten, so sehen sich die unterzeichneten Droschkenfahrer und -Führer veranlaßt, sich an das verehrliche Stadtverordnetenkollegium mit der Bitte zu wenden, entweder anzuregen, daß das Regulativ für das Droschkenfuhrwesen einer nochmaligen Revision unterzogen wird, oder, daß die Polizeibeamte anzuweisen sind, in weniger krassem Vergehen gegen die Regelativ etwas nachsichtiger vorzugehen, als wie es jetzt der Fall ist.

Unterzeichnete hoffen auf Verständigung ihrer hier vorgebrachten Wünsche, was um so mehr berechtigt ist, indem ja auch sie zu den städtischen Bürgern und Steuerzahler gehören und ihren Nutzen dem Staat und der Gemeinde gegenüber, sowit es ihnen möglich war, nachgekommen sind und auch für die Zukunft nachzukommen gedachten.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
(folgen die Unterschriften.)

#### Droschkenführer.

Kassenbericht der Verwaltung IV Berlin (verein der Droschkenführer Berlins u. Umgegend) pro 1. Quartal 08.

#### Guthaben.

Bestand vom 4. Quartal 1907 . . . . . 29118,53 Mf.  
108 Aufnahmen à 1 Mf. . . . . 108,- "

Die folgerhand eingereichte Petition wurde nach vielen Hin und Wider dem Petitionsausschuss zur näheren Beratung übergeben.

Am Montag, den 13. April erstattete der Referent dieses Ausschusses Bericht darüber. Der Interesse halber lassen wir den Gang der Verhandlung wörthlich folgen:

Wegen Aenderung der Bestimmungen über das Droschkenfuhrwesen haben 48 Droschkenfahrer eine Eingabe an das Kollegium eingereicht. Stadtverordneter Höhner wies darauf hin, daß das Regulativ für das Droschkenfuhrwesen seitens der Polizei zu streng gehandhabt werde. Wegen geringer Verücksie, ja fast ohne Grund, werde den Droschkenfahrern der Fahrchein entzogen; dann verläßt sie ihre Fahrwerke und steigen der Armentverwaltung zur Last. Die Petitionskommission habe beschlossen, der Polizei mitzuteilen, sie möchte die Petenten mit mehr Wohlwollen behandeln.

Stadtv. Emmer stimmt dem Beschlusß der erwähnten Kommission zu und erklärt, daß das Vorgehen gegen die Petenten für unaufrechtfertigt. Leutnant, die vierzig Jahre gefahren haben, sei der Fahrchein entzogen worden. Wie leicht kann ein Droschkenfahrer zu einer Anzeige kommen. Tritt er einmal aus, um seine Mordtät zu verrichten, und es kommt ein verärgerter Polizist, dann hat er eine Klage weg. Solche Kleinigkeiten sollte die Polizei gar nicht annehmen. Die Polizei muß lohaler vorgehen.

Bürgermeister v. Holly meint, es falle ihm etwas schwer, zu der Sache zu reden, da der abwesende Oberbürgermeister als Chef der Polizei vielleicht mir gesagt haben würde — das Gefühl habe er, Redner, wenigstens: „Das ist eine reine Polizeisache“. Man könnte aber die hierzu gemachten Ausführungen nicht univiersprochen lassen, da sie in die Presse lämen und mißliebig ausgelegt werden könnten. „Selbstverständlich“ handle die Polizei dabei nach bestem Wissen und Ermessens. Dass bei den vielen Anzeigen einmal über das übliche hinausgegangen werde, sei schon möglich, aber grundlos sei sicher niemanden der Fahrchein entzogen worden. Gewöhnlich sind in solchen Fällen 40 bis 50 Strafen vorausgegangen. Die Polizei prüft in solchen Fällen wohlwollend, und den Personen, denen der Fahrchein entzogen worden ist, steht dann das Recht der Beschwerde bei dem Regierungspräsidenten zu. Und der Herr Regierungspräsident, „ein gerechter und milder Herr“ hat noch nie in einem solchen Falle eingegriffen.

Stadtv. Neffe verlangt eine humane Behandlung der Bürgerschaft durch die Polizei. — Stadtv. Blume qualt sich mit Kompetenzbedenken; das Kollegium dürfe in der reinen Polizeiaangelegenheit keine Beschlüsse fassen. Uebrigens müsse die Polizei manchmal in solchen Dingen noch schärfer auftreten. Einmal habe er die bestellte Drosche nicht bekommen und ein andermal habe er nichts die „wunderbaren Fahrten“ unternommen. — Herr v. Holly stimmt zu, unser Droschkenwesen stehe nicht auf der Höhe der Zeit. Das Kollegium könne weder einen Druck auf die Polizei ausüben, noch Wünsche an die Polizei richten. Bereite man keine Unangelegenheiten. — Stadtv. Bangert meint, es sei unmöglich, die Polizei in einem Falle zur Milde, im andern zur Strenge zu bestimmen; die Polizei hat nur ihre Pflicht zu tun.

Stadtv. Emmer meint, was die Vorredner sagen, trifft nicht zu; man könne nach Bestimmungen streng und auch gelind verfahren. Ehe die armen Droschkenfahrer gegen eine Anzeige Einspruch erheben, bezahlen sie lieber ihre 3 Ml. Sie haben keine Zeit arbeitsbeschwerden abzufassen. Dass Herr v. Blume bei seiner Nachtdroste verärgert ist, erscheint erklärlich; er sollte das jetzt aber den Droschkenfahrern nicht gelassen lassen. Und wenn er wegen der unüberbareien Nachtfahrt hat einmal 50 Pi. mehr bezahlt müssen, so war das für ihn als Professor auch nicht schlimm. Stadtv. Bangert hat sich mit seinem Vorgehen ein kleines Denkmal gesetzt; er als Beamter sollte nicht so sehr auf Erfüllung des Reglements drängen. Die Wünsche der Droschkenfahrer sind berechtigt.

Die Stadtv. Robert und Lembke erklären die Wünsche der Petenten für berechtigt, und Stadtv. Blume meint, obgleich er die schwierige Stellung der Droschkenfahrer kenne, beantrage Übergang zur Tagesordnung.

Nach längerer Geschäftsausordnungsdebatte wird, zuerst über den Antrag Blume „Übergang zur Tagesordnung“ abgestimmt. Gegen 6 Stimmen wird dieselbe abgelehnt und dann entsprechend dem Antrag des Petitionsausschusses beschlossen.

In einer am Donnerstag, den 16. April stattgefundenen Droschkenfahrerversammlung ließen sich die Interessenten dann über das Schicksal ihrer eingereichten Petition im Stadtverordnetensaal Bericht erstatte. Der Referent schilderte ihnen in ausführlicher Weise den Gang der Verhandlung und das Resultat derselben. Das letztere bedeutet einen moralischen Sieg der Droschkenfahrer, weil dadurch zur Evidenz bewiesen wurde, daß die gemachten Anzeigen seitens der Polizeiorgane nicht einmal den Gef-hmac unserer bürgerlichen Stadtväter fanden, denn die große Mehrheit der selben sprach sich für milde Handhabung der Polizeivorschriften aus. Der Referent führte zum Schlus noch an, daß ja die Zukunft lehren werde, in welcher Weise die Behörde die angeregte Milde handhaben werde. Pflicht aller Droschkenfahrer sei es selbstverständlich, daß sie in ihrem eigenen Interesse alles aufzubieten hätten, um der Polizei die Gelegenheit zum Einschreiten zu nehmen. Werner empfahl der Redner, daß sich alle die, welchen der Fahrchein entzogen worden sei, nochmals an die zuständige Stelle wenden sollten, um den Schein wieder zu erhalten, denn die Wiederauflösung desselben sei die Konsequenz des Beschlusses der Stadtverordneten. — In der Diskussion wurde ein auf die Droschkenfahrer bezüglicher Artikel des hiesigen „Generalanzeigers“ scharf kritisiert und die darin gemachten Vorwürfe gegen die Droschen-

fahrer ins rechte Licht gestellt. Die Ansicht der Versammlten ging dahin, daß ein Blatt wie der „Generalanzeiger“, das die Droschkenfahrer verunglimpft, nicht mehr in die Wohnung eines solchen gehöre, denn in dem eben bestandenen Kampfe gegen die Polizei habe sich's herausgestellt, daß nur das „Volksblatt“ es gewesen sei, welches die Interessen der Droschkenfahrer vertreten habe. — Mit der Mitteilung, daß der Droschkenfahrer Lipinski aus dem Transportarbeiter-Verein ausgeschlossen sei, erreichte die Versammlung ihr Ende.

Hoffentlich werden nunmehr die Habschen Droschkenfahrer alles daran setzen, um sich das Ergrunge zu wahren. Einzelne wären sie nie so weit gekommen, nur die Einigkeit, daß Zusammengehörigkeitsgefühl hält ihnen helfend zur Seite gestanden. Und das dürfen sie nie vergessen, andernfalls würde es nur ihr Schaden sein.

Hamburg. Am den Fuhrwerksbesitzer Herrn Rothenmund, z. St. 1. Schriftführer des Vereins Hamburger Droschkenfahrer von 1888. In einem an den Zentralvorstand des Deutschen Transportarbeiter-Vereins gerichteten Schreiben verlangt obiger „Droschkenfahrerverein“ eine Nichtigstellung eines Versammlungsberichtes der Verwaltung Hamburg II. Es wurde in dem Bericht gesagt: Unsere Verwaltung habe, seit wir dem Verbande angeschlossen, keinerlei geschäftliche Verbindung mit dem „Verein Hamburger Droschkenfahrer von 1888“ gehabt.

Wir bestätigen dem Schreiber des Briefes, an unserem Hauptvorstand, dem Fuhrwerksbesitzer Herrn Rothenmund, z. St. 1. Schriftführer des „Vereins Hamburger Droschkenfahrer von 1888“, von höspitlichen Jungen in Hamburg „Tannenbaumverein“ genannt, daß, wenn dieses als geschäftliche Verbindung betrachtet werden soll, obiger Verein allerdings die Ehre gehabt hat, mit einem modernen Verband in Verbindung gestanden zu haben.

Gleichzeitig fordern die Unterzeichneten den „Verein Hamburger Droschkenfahrer von 1888“ auf, ihre Namen endlich aus dem Mitgliederverzeichnis obigen Vereins zu streichen, da dieselben nicht mehr länger die „Ehre“ haben wollen, als Mitglieder eines „Droschkenfahrervereins“ zu fungieren, der zum allergrößten Teil aus Fuhrwerksbesitzern besteht.

Fritz Kuhle. Carl Nagel. Otto Schulz.

Hamburg II. Bericht von der Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 9. April. Vor Eintreten in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Kollegen Gottspenn und Gerdts in üblicher Weise geehrt. Zum Punkt Maifeier gibt Albrecht das von der Generalkommission, dem Parteidienst und der Landesorganisation beschlossene Verhalten bei der diesjährigen Maifeier bekannt, wonach kein Demonstrationzug stattfindet, sondern jede Gewerkschaft an diesem Tage eine Versammlung abhält. Redner macht den Vorschlag, ebenfalls eine Versammlung abzuhalten. Görs stellt den Antrag, keine Versammlung abzuhalten, sondern lieber Kollege, welcher abkommen kann, schließt sich irgend einer Gewerkschaft oder Parteidversammlung an, über Kontrollstempel wird noch näheres bekannt gegeben, dieses wird einstimmig angenommen. Zum Sommervergnügen wird beschlossen, eine Dampftour zu arrangieren. Über die Lokalfrage entspinnt sich eine rege Debatte; beschlossen wird, am Dienstag, den 23. Juni per Dampfer nach Steinhoff a. d. Lühe zu fahren. Abfahrt 12 Uhr mittags. Herrenkarte 1 Ml., Damenkarte 60 Pfennig. Hierauf stellt Timm mit, er müsse seinen schwachen Sohn als 2. Vorsitzender abgeben und bittet die Freunde, 10 lebhafte Personen zu wählen. Es erfolgt ein großer Majoritätswahl. Als Kandidat gewählt werden die Kollegen Born, Süßen und Körner gewählt. Mit einem kräftigen Appell an sämtliche Kollegen, speziell die Nachtdroste, recht zahlreich, wie bei der vorjährigen Maifeier, auch bei den diesjährigen anberaumten Versammlungen am 1. Mai zu erscheinen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

### Gedenktag.

Dortmund. Am 15. April tagte eine gut besuchte öffentliche Versammlung. Auf der Tagesordnung stand: „Wie verbessern wir die hiesigen Wohn- und Arbeitsverhältnisse?“ Das Referat hatte ein Kollege übernommen. Derselbe ging eingehend auf die hiesigen Verhältnisse ein und fanden seine Ausführungen lebhafter Beifall. Nach anregender Diskussion wurde eine entsprechende Resolution angenommen.

### Handelsarbeiter.

Die Berliner Gelben haben kürzlich in ihrem Blättchen gegen unseren Verband räontiert. Das haben die Herren unsont und wir fanden es auch nicht der Mühe wert, auf die sehr konfusen Ausführungen einzugehen. Nur erucht uns aber ein Kollege, ihm das Wort in der Sache zu gestatten. Wir haben keine Veranlassung, dies nicht zu tun, zumal gerade von den Gelben immer behauptet wird, bei uns hätten die Mitglieder nichts zu sagen. Der Verband hat es noch nie so getrieben wie jene Herren, die ihre Mitglieder, siehe Fall Bewig, gleich auf 3 Jahre aus den Versammlungen ausschließen und ihnen dadurch gründlich das Maul verbinden. Unser Kollege schreibt: „Die Hauptaufgabe der Arbeiterbewegung ist die Verkürzung der Arbeitszeit. Auch in unserem Verbande sind diese Bestrebungen von Erfolg gekrönt gewesen. Die Berliner Verwaltung I, welche die Gruppe der Handelshilfsarbeiter umfaßt, hat sich ebenfalls im vergangenen Jahre die erdenklichste Mühe gegeben, die Arbeitszeit für die Kollegen günstiger zu gestalten. Durch die ausgedehnte Arbeitszeit ist es uns Hausdienern nur mit den größten Schwierigkeiten möglich, unsere Gewerkschafts- und Parteipresse zu lesen. Da wird denn jede freie Minute benutzt, trotzdem ist nicht das Statut vorschreibt, an alle diejenigen gezahlt

doch gezwungen, den Sonntag mit zu Hilfe zu nehmen. Besonders, wenn man, wie ich, auch mit besonderer Vorliebe die Auslassungen gegnerischer Blätter und Schriften verfolgt. Das muß ja überhaupt jeder, der sich in den Gedankengang anderer hineinversetzen will, tun. Und so saß ich am letzten Sonntag wieder und studierte „Der Bund“, Organ für die Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, d. h. der gelben Arbeitervereine, wird ja wohl jeden Kollegen bekannt sein. Auf derselben Höhe stehen auch die anderen Erzeugnisse seines schöpferischen Geistes. „Das falsche Ideal der Sozialdemokratie“ heißt sie sich eine Broschüre, verfaßt vom Stenografin St. Leibius. Was darin alles an Verdrehungen und Verleumdungen der historischen Wahrheit geleistet wird, übersteigt alle Grenzen. Mit einer ausgesuchten Verlogenheit werden unsere hervorragendsten Kämpfer in den Schnitz gezerrt, die kulturfördernde Arbeit der gewerkschaftlichen Organisationen wird in einer Weise ausgelegt, wie sie sich eben in den Köpfen der östlichen Agrarier a la Janischau ausmalt. Ich mußte all meinen Ekel überwinden, diese Sudelbroschüre bis zu Ende zu lesen. Erleichtert atmte ich auf, als ich damit fertig war, mit einem kräftigen Rückwärts ich das Ding in die Ecke, und greife, noch ergrinnert über den Inhalt, mechanisch nach etwas anderem. Eine Zeitschrift, das Titelblatt nach innen gefaltet, läßt nicht erkennen, welcher Parteirichtung sie zuzuzählen ist. Ein Artikel, „Werte Kollegen“ überzeichnet, erweckt mein Interesse. Der Schreiber sagt eingangs, er wolle einige kurze Bemerkungen zu dem Jahresbericht des ehemaligen Vereins Berliner Hausdiener machen. Ich war neugierig, was der Kritiker nun wohl Objektives an der Tätigkeit unserer Verwaltung wird auszuweisen haben, ja, je weiter ich lese, je mehr Zweifel steigen mir auf, daß ich die vorhin gelesene Reichsverbandsbroschüre wohl doch nicht weggeworfen habe, ich sehe nach dem Titelblatt und nun lese ich „Geschäftsdiener“. Organ der Geschäftsdiener und Bäckervereinigung. Nun wußte ich, weshalb ich den Inhalt des Artikels mit dem der Leibius'schen Reichsverbandsbroschüre verwechselt habe. Vielleicht hat der Vertreter nach innen und außen der Geschäftsdiener, der „Nichtkollege“ Haack, den Artikel bei der Redaktion des „Bund“ direkt bestellt; jedenfalls ist das Geschäftsbiel ganz im Sinne des Reichsverbandsstils gehalten. Von einem Eingehen einer objektiven, sachlichen Kritik keine Spur. Sind diese Leute ja auch gar nicht imstande, dazu gehört mehr wie Sommerfest mit Militärmusik und Kanonenläufen zu arrangieren. Und würden sie's tun, dann könnte es ja üble Folgen für sie haben. Einsichtige Kollegen würden sich vielleicht doch sagen, der Transportarbeiterverband hat jedenfalls nicht das Jahr über geschlossen, wie unser Verband. Er hat sich die erdenklichste Mühe gegeben, die Lebenslage seiner Mitglieder zu verbessern. Waren die Erfolge den aufgewandten Mühen nicht entsprechend, dann lag es nur daran, wie auch der Verfasser des Jahresberichtes ganz richtig sagt, der Geist der vereinsduseligen Gelben ein Teil der Kollegenschaft gefangen hält. Die Leutchen freuen sich, daß, um mit dem Schreiber zu reden, sie so guten Einfluß auf die Kollegen in der Konfektionsbranche haben. Ja, warum bewirken sie denn die angeblichen Einfluß nicht, um den Kollegen dieser Branche eine geregelte Arbeitszeit und menschenwürdige Zustände zu verschaffen? Wo bleibt da der Erfolg ihrer einjährigen Tätigkeit „zur Erziehung der Mitglieder zu freien, unabhängigen und selbstständenden Menschen“? Ein nur das, ihr edlen Menschenfreunde aus der Niederwallstraße, von unserer Seite aus wird, soweit ich unsere Führer und unsere Kollegen seien, euch kein Hindernis bereitet werden. Aber das ist ja nur Phrasie, sehen wir uns doch mal die Leute an, denen die Erziehung der Leute obliegt. Die Herren Haack, Loose, Ranke und Konsorten bieten die beste Gewähr dafür, daß von einer Erziehung, wie sie das klassenbewußte Proletariat betreibt, wohl keine Rede sein kann. Ich kann nur sagen, es tut mir in der Seele weh, daß ich die Kollegen in solcher Gesellschaft seh'. Das kann wohl erst anders werden, wenn die Kollegen dieses würdige Kleebatt mit eifrem Wesen aus dem Tempel jagen und sich Leute an die Spitze stellen, die nicht, wenn es sich darum handelt, eine Lohnbewegung durchzuführen, vorher zum Unternehmer laufen und sich untertänigt als Streitbrecher anbieten, wie es Herr Haack getan hat. Wie sagt doch der Dichter so schön:

O du grundtätige Mutter Natur,  
Du Spenderin alles edeln,  
Gib doch dem Menschen nur  
Einen Schwanz zum wedeln!

Wir sind überzeugt, daß nicht alle Kollegen der Bäckervereinigung diese „Verräterschaft“ ihres Führers dulden und guthalten, jedoch, einstweilen sind sie noch zu schwach, um den Traum dieser Glücksritter zu fürzen, dafür sorgt ja schon die famose Erziehung, die die Mitglieder von diesen Leuten empsangen. Aber ihr Freunde, eins lasst euch gesagt sein, eure Mühlen werden sich doch eines schönen Tages als umsonst aufgewandt erweisen, denn: „Das ist der Zeit in seinem Lauf, hält weder Ochs noch Esel auf“. Wir nehmen den Kampf auf gegen alles, was sich uns in den Weg stellt, natürlich nicht den Kampf a la Rückler, sondern mit geistigen Waffen. Wenn es dabei diejenigen, die nicht alle werden und welche in der Geschäftsdiener-Vereinigung augenblicklich das Zepter schwingen, etwas hart an die Nieren geht, so liegt es nicht an uns, sondern an der von diesen ausübten Erziehungsweise. Unsere Führer haben, obwohl sie so leidlich bezahlt werden, auch gezeigt, daß sie auch Verständnis für den Ernst der jetzigen gedrängten wirtschaftlichen Lage und ein Herz für ihre durch diese hervorgerufene längere Arbeitslosigkeit darbende Kollegen besitzen, indem die Arbeitslosenunterstützung um 4 Wochen länger, wie sie

wird, welche bereits aussäteuert sind. Wo bleibt da der Vorstand der Geschäftsdieners-Bereinigung? Für diese Herren scheint es keine Krise zu geben denn deren Geschäftsbildung geht ja auch weiter, genau so, wie das Gehalt der Verbandsangestellten. Von solchen Rückwärtshelden sieht bombenfest, daß, um mit dem Tintenfleckter der Geschäftsdiener zu reden, „sie nicht das geringste Verständnis für das Nottkomitee und die Verbesserung der Lage der Kollegen haben“. Kollegen! Mancher unserer Verbandskollegen wird sagen, weshalb denn solchem Menschen, der noch „ehrenamtlich eine führende Rolle“ im Krieg bereit inne hat, solche Beachtung schenken, auf derartige Unkenrufe, die, fernab von der großen Sturzbewegung, von Zeit zu Zeit aus dem Hintergrund ertönen, könnten wir getrost zur Tagesordnung übergehen. Gewiß, ich gebe zu, daß sich der Tintenfleckter darüber sehr geschmeichelt fühlen wird, aber das tut nichts; lassen wir diesem Herrn das sündliche Vergnügen. Ich habe meine Ausführungen nur gemacht, damit denjenigen Kollegen der Geschäftsdieners- und Buchervereinigung, welche ständige Leser des „Courier“ sind, über ihre sogenannte „Führer“, oder besser Verführer, ein Licht aufgestellt wird. Ich bin überzeugt, daß, wenn man diesen Kollegen in geeigneter Weise die richtige Aufklärung zuteil werden läßt, sie ohne Schwierigkeiten der großen kämpfenden Proletarierarmee zugesellt werden können. Wenn jeder Verbandskollege seine Schuldigkeit tut, dann wird auch das Heer der Indifferanten im Handelsgewerbe auf ein Minimum zusammenschmelzen und es wird uns dann besser wie bisher gelingen, unseren Berufskollegen ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen.

Berlin. Die Arbeitsverhältnisse der Hausdiener und Bader in der Damenmantel- und Kinderkonfektionsbranche sind gerade nicht die günstigsten, so daß die Kollegen auf ihr Erscheinen in der Branchenversammlung verzichten könnten. Es hat den Anschein, als ob die Frage des 6 Uhr-Postschlusses, sowie die weitere dringend notwendige Agitation für die Sonntagsruhe einen großen Teil der Kollegen nicht interessierte. Soll die Besorgung der Sonntagnachmittags-Paletpost weitere Blüten tragen? Wir müssen jahtaus, jahrein und namentlich der jewigen Gesetzgebung gegenüber, öffentlich unsere Stimmen erheben. Ein früherer Postschalterschluß wird nicht eintreten, wenn die Kollegen Hausdiener und Bader sich so wenig um ihre Organisation und Versammlungen kümmern; nur dadurch ist es uns möglich, kürzere Arbeitszeit zu erreichen, wenn wir energisch in Versammlungen dafür eintreten und Abänderungsvorschläge an der Gewerbeordnungss-Novelle bringen, um die sich als arbeiterfreundlich gehärdenden Parteien in die Zwietrübe zu bringen; Zentrum und Freisinn befennen Farbe. Wie sieht es mit deren Arbeiterfreundlichkeit aus, mit der Erweiterung sozialer Reformen? Ein bestimmter Protagonist unserer Kollegen Konfektions-Hausdiener ist heute aber leider in einer farblosen Vereinigung. Der „Geschäftsbäcker“, das Blättchen dieser „Farblosen“, versucht, gegenüber unseren Standartshelden in der Schuhenstraße, durch ihre Schriftleitung das beste, was abzulaufen geht, zu bringen. Über zur Teilnahme an öffentlichen Fragen sind die Herrschaften nicht zu haben. Man versucht, derartige Interessenvertretungen anderen zu überlassen, um nicht bei den „Konfessionär-Inserenten“ anstößig zu werden.

Hat diese „Politik“ der „Karblosen“ einen Zweck gegenüber einem Unternehmertum, welches immer tüpfelstichsloser wird? Die Agitationsskommission für den 6. Uhr-Postschluß, sowie die Commissions- und die Kommission wird arbeiten, bis der 6. Uhr-Postschluß eine Gesamtkollegenchaft. Das es bei einer solchen Entfernung vorwärts geht, beweist der Erfolg der Maßnahmen bei der Firma Wilh. E. Pfeiffer, Kronenstraße, wo die Stolzegen vorstellig wurden und eine Lohnzulage erreichten. Also die Schafsstützgkeit herunter ihr Kommissionshausdiener!

Bremen. Die Fahrräder- und Fahrradteile-Handlung Hörstmann beschäftigt einen Hausdiener, von dem der Chef kürzlich verlangte, daß er zwei Fahrräder und ein Paket zugleich nach dem 15 Minuten entfernten Hauptbahnhof tragen solle. Desgleichen wird von diesem Kollegen verlangt, daß er 50—60 Kilogramm schwere Kisten nach dem ebenso weit entfernten Güterbahnhof tragen müsse. Zum Ausgleich für alle diese Zumutungen weigert sich aber der Chef, die unserer Kollegen versprochene Lohnzulage zu zahlen, wie dies aus folgendem Schreiben hervorgeht:

Bremen, den 3. April 1900

Herrn St. Hinsseldor Bremer. Ich nehme Bezug auf unsere Unterredung gelegentlich unseres Engagements und bedaure, Ihnen mitteilen zu müssen, daß ich Ihren Wochenlohn von 22 Ml. bestehen lassen muß und nicht wie j. St. versprochen, auf 25 Ml. erhöhen kann.

## Hochachtend

gez.: Joh. H. Horstmann.  
Weint gelüstet es unter solchen Umständen nicht,  
die von unserem Kollegen gelündigte Stelle einzunehmen. Vielleicht findet sich ein Niese-Gollat, der  
die vor kommenden Arbeiten gratis macht?

## Transportarbeiter.

Berlin. Der Allerweltsmann, Herr Emil Beck hat kürzlich im „Wort“ wieder einen Leitartikel verbrochen und diesen, damit alle Welt lacht: „Der Wahrheit eine Gasse“ überschrieben. Selbstverständlich ist dieses Federragout arrücklaster Natur nur das sondif-  
tische Gegenteil aller Wahrheit, wie das ja von diesem Scharfsinacher gar nicht anders erwartet werden kann. Herr Beck baut da wieder seinen beliebten großen Kieselfelderlohl über unsere Organisation an und wir wollen ihn in seinen Illusionen nicht stören.

Was ist nur für die Gleitersverfassung einer gewissen  
Sorte „Arbeitgeber“ bezeichnend, die verartiges Art-  
weitergebräuchlich für pure Tatsachen nehmen. Freilich  
nichts ist so blöde und so dummkopf, daß es nicht säufse  
ein Spaltlichtum!

Flöha b. Chemnitz. Haarschäubende Verhältnisse herrschen in unserem Orte. Nicht nur, daß wir alle bekannten beruflichen Missstände, lange Arbeitszeit, langer Kahn, Sonntagsfieberei usw. zu verzeichnen haben, unsere Arbeitgeber glauben für sich auch noch das Recht der körperlichen Züchtigung in Anspruch nehmen zu können. Speziell der Inhaber der Firma Liebscher, Steinbruchbesitzer, Fuhr-, Expeditions- und Möbeltrans.-Portgeschäft ist dafür bekannt, daß er seinen Arbeitern und Geschirrführern schon wiederholt „schlagende Beweise“ seiner Arbeitersfreundlichkeit geliefert hat. Nun sind aber gerade bei Liebscher Zustände vorherrschend, die jeder Beschreibung spottieren. Auf dieselben wollen wir aber heute nicht eingehen, wir werden später darauf zurückkommen. Heute soll uns ein tödlich verlaufen Ungleßfall, seine Ursachen und Folgen beschäftigen. Es war in der zweiten Hälfte des Januar, als ein Geschirrführer Liebschers in Chemnitz beim Düringersfahren tödlich übersfahren wurde. Betrübender Geschirrführer, Mat Zacher mit Namen, soll anzeblich seit morgens 3 Uhr gearbeitet haben. In der späten Abendsunnde ist der Unglüßfall passiert. Leichter trug sich aber in Chemnitz zu; der Stolzige hätte dennoch auch noch nach Flöha (ca. 2 Stunden) fahren müssen. Die Firma Liebscher scheint demnach auch zu jenen Firmen zu zählen, welche meinen, daß, wenn nicht von morgens 3 Uhr bis abends 10 Uhr gearbeitet wird, so ist der Tag nicht voll. Mit diesem Unglüßfall hat sich nun aber auch der Gemeinderat von Flöha zu beschäftigen. Ein Gemeinderatsmitglied hat nachstehende Interpellation an denselben gerichtet:

„Der Unglücksfall des Geschirrführers Marzacher hier hat insofern öffentliches Interesse erregt, weil man annimmt, daß eine vorausgegangene Beleidigung auf den Krankheitszustand des Benannten nicht ohne Folgen geblieben ist.“

Seit einem Sturz, der sogar eine Strafenshausbehandlung nötig machte, soll Zacher mit Schwindelanfällen behaftet sein.

Bei der diesjährigen Schützenparade bei Hohenlohe-Schützenagilde war Zacher als Stützler beschäftigt. Hierbei soll er seinem Herrn (?) zur Unzufriedenheit Anlaß gegeben haben. Deshalb soll Zacher von seinem Arbeitgeber Schläge in das Gesicht erhalten haben.

Da berartsche Erschütterungen gewöhnlich die früher bestehenden Gehirnkrankheiten verschärfen, so könnte das auch hier der Fall gewesen sein. Da diese Umstände bei dem Unglücksfall Bachers mitvergetragen haben können, so erlaubt sich die Arbeiterenschaft die Frage: „Welchen Standpunkt nimmt die Gemeinde ein, wenn die Familie Bacher aus Gemeindemitteln Unterstützung erhalten muß?“

N.B. „Bacher hat bei der Schleiferpartie Schläge bekommen; dies ist auch vom Gemeinderatsmitglied Schmidmeister Barthel in der damaligen Sitzung bestätigt worden.“

Wir glauben, jedes Kommentar ist hierzu überflüssig. Wir wünschen nur, daß der Gemeinderat den noblen Arbeitgeber zu den Kosten heranzieht. Ihnen dort beschäftigten Kollegen rufen wir aber zu: füllen euch eurer Organisation an! Habt ihr damit das getan, so werden solche Spitäler von selbst entstehen. Es kostet nicht viel Arbeit und es kostet auch nicht viel Geld. Wiederholen Sie und erzählen Sie, wenn Sie darüber sprechen, in der Presse, in den Zeitungen.

Frankfurt a. M. Der Gau mit Geschäft und  
des Arbeitswilligen. Ein Führmann, wie  
er als Wüster vom den Unternehmern angesehen wer-  
den dürfte, ist zweifellos der bei der Firma Fr. Wilh.  
Hofmann beschäftigte Johann Stausmaun. Im Herbst  
vorigen Jahres fand der Kollege Fuchs auf dem Fuß-  
boden in der Güterhalle einen Gummischlauch. Fuchs  
nahm den Schlauch an sich und zeigte denselben in der  
darauf stattgefundenen Betriebsversammlung allen an-

wesenden Kollegen, ohne irgend eine weitere Absicht zu haben. Der Schlauch gehörte dem unorganisierten Führmann Straußmann. Lebigerer hatte in verschiedenen Wirtschaften geäußert, die organisierten Arbeiter der Firma Hofmann sollten mit diesem Schlauch nähere Bekanntschaft machen. Der Schlauch selbst ist 30 Centimeter lang, 2 Centimeter dick und mit einer 10 Centimeter langen Stahleinlage versehen, ein richtiger Totschläger. Straußmann erstattete Anzeige wegen Diebstahl und Fuchs, der bisher unbescholtener war, wurde vom Schöffengericht zu drei Tagen Gefängnis verurteilt. In der Revisior vor der Strafklammer erfolgte am 14. Oktober seine Entlastung, ohne weiteren Prozeß.

14. April seine Freisprechung ohne weitere Zeugenvernehmung. Nur Kaufmann als Belastungszeuge wurde vernommen. Auf die Frage des Präsidenten, wozu er ein solches Werkzeug bei sich geführt habe, sagte er, daß er den Arbeitern vom Eintritt in den Verband abgeredet hätte, er wollte bei der Lohnbewegung nicht mitmachen und dabei wollte er den Schlauch zu seinem persönlichen Schuh gebrauchen. Wir fragen nun: Warum werden Träger solcher Mordwerkzeuge nicht bestraft? Wäre es ein organisierte Arbeiter gewesen, dann hätte man in allen Zeitungen von Terrorismus, der von diesen ausgeübt wird, hören können. Da es aber ein Schwarzbein, ein Nichtorganisierter war, hört man davon nichts. Auch ein Reichen der Zeit. — Die Kollegen bei obiger Firma aber müßten aus dieser Verhandlung die Lehre ziehen, daß man unbedingt mit seinen Arbeitsbrüdern solidarisch fühlen und denken muß. Unsere Arbeitgeber haben ein großes Interesse an unserer Unzulässigkeit. Diese Gerichtsverhandlung wäre nicht notwendig gewesen, wenn alle Kollegen, die heute noch abseits unseres Weges stehem, von der Motivwendigkeit der Organisation durchdrungen sein würden.

Gössar. Recht eigenartige Verhältnisse scheinen beim Wahnspediteur Erbsen zu herrschen. Dieser Betrieb zeichnet sich vor allen anderen dadurch aus, daß hier wohl die niedrigsten Löhne bezahlt werden. Aber auch auf gerade nicht einwandfreie Weise werden auch die dort beschäftigten Stollegen um ihr Geld gebracht. So hatte vor einiger Zeit ein Kollege genannter Firma einen Umzug per Achse nach Selzen a. S. zu beförbern, ein Weg, zu dem hin und zurück mindestens 10 Stunden gebraucht werden. Für den Stutscher war nun von dem Ausstraggeber dem Spediteur Erbsen ein Trinkgeld von 2 Ml. bezahlt worden. Als der Stutscher nun dieses Geld forderte, erklärte Herr Erbsen nichts erhalten zu haben, trotzdem das Gegenteil bewiesen werden kann. Ein anderer Fall: Für das Tragen einer Leiche von der Wahn zum Wagen waren 2 Ml. berechnet, von der Leichenhalle zum Grabe 2,50 Ml. pro Träger; dieses Geld hatte Erbsen erhalten. Der Stutscher dagegen, der mit als Träger bemüht wurde, erhielt 1 Ml., das übrige Geld steckte Herr Erbsen in seine Tasche. Ferner hatte E. 1 Ml. Trinkgeld unter 3 Stollegen zu verteilen, er mache die Sache kurz, indem er jedem Stollegen 30 Pf. gab und 10 Pf. für sich behielt. Wenn dieser Betrag auch nur gering ist, so sieht man aber doch, daß Herr Erbsen, königlicher Wahnspediteur, in allen Sätteln zu reiten versteht.

Den dort beschäftigten Kollegen aber können wir nur dringend ans Herz legen, treu zur Organisation zu halten, dann können auch diesem Herrn verartige Gelüste, sich auf Kosten der Mütcher zu bereichern, ausgetrieben werden. — Nehrlich wie hier, liegen auch die Verhältnisse in den übrigen Betrieben. Deshalb haben auch die Goslarischen Kollegen alle Ursache, sich etwas mehr um die Organisation zu bemühen. Es genügt nicht, wenn man die Beiträge bezahlt und dann Gott einen guten Mann sein läßt. Nein, mitarbeiten müssen die Kollegen an der Ausbreitung der Organisation. Ein großer Teil der Kollegen sieht uns noch fern, sorge ein jeder dafür, daß diese herangeholt werden, dann wird es uns auch möglich sein, mit den Herren Unternehmern einmal ein ernstes Wort zu reden. Notwendig ist es jedenfalls, deshalb muß es auch ein jeder als seine Ehrenpflicht betrachten, mindestens einen Kollegen der Organisation zuzuführen, dann sind wir am Schlusse dieses Quartals schon die doppelte Zahl. Ebenso läßt auch der Besuch der Versammlungen sehr zu wünschen übrig. Auch hierin muß ein Wandel eintreten. Es gibt so manche wichtige Sache zu besprechen, dazu ist in den Versammlungen der richtige Ort. Außerdem werden auch öftmals lehrreiche Vorträge gehalten, wichtige Berufssfragen besprochen; kurzum, alles Sachen, die jedem Kollegen interessieren. Hauptsächlich werden diese Zeilen genügen, um hierin Wandel zu schaffen.

Großenhain. Deshalb stellt man die Transportgeschäfte nicht unter eine Gewerbeaufsicht? In den Tageszeitungen war vor kurzem folgendes zu lesen: Mit einem Möbelwagen schwer verunglückt ist der Geschirrführer Alfred Diehle. Letzterer fuhr mit seinem Wagen den steilen sogenannten Schenksberg hinunter. Da der Schnee den Weg sehr schlüpfrig gemacht, am Wagen aber keine Eisringe angebracht waren, so kam es, daß der Wagen nicht zu halten war und mit aller Gewalt den Berg hinunterstürzte. Der Geschirrführer wurde gegen einen Baum geschleudert, wobei ihm beide Füße schwer verletzt wurden. Pferde und Wagen stürzten in den riesigen Straßenorakel. Nach mehrstündigem Schlagzeugerfolg geriet es. Pferde und Wagen sind nun nicht mehr zu gebrauchen. „Die Firma ist schuld daran, daß sie die Pferde nicht besser geschult hat, wenn sie sterben sollten. Wenn sie sterben sollten, dann wäre es nicht passiert.“ So, nun weiß man's. Die Firma ist natürlich, wie immer, unschuldig. Es wird diese Ausrede auch so lange wiederkehren, bis daß man das Transportgewerbe einer Aufsicht unterstellt, die ähnlich der der Gewerbeinspektion beschaffen ist. Aber die Herren führen eben die Folgen und wenden sich deshalb dagegen.

Guben. Ein Opfer seines Berufes ist der Stolzlege Johann geworden. Ein Pferd schlug ihn so vor den Leib, daß eine Darmzerreißung eintrat und der Stolzlege unter unsäglichen Schmerzen sein Leben lassen mußte.

Mößlau. Endlich einmal sind auch in dem spießbürgerschen Elbstädtchen unsere Berufskollegen zu der Einigkeit gelangt, sich gewerkschaftlich organisieren zu müssen. Schien es doch vor noch nicht allzu langer Zeit, als ob wir hier niemals Eingang finden sollten; aber Geduld und Langmut haben hier ihre Feuerprobe bestanden und so ist es denn gekommen, daß hier eine nicht unbedeutende Anzahl Kollegen sich uns angeschlossen haben, vornehmlich sind es Spelchereiarbeiter, die Geschirrführer stehen leider noch in einem zu sehr patriarchalischen Verhältnis zu ihrem Arbeitgeber, andererseits herrscht aber auch noch ein gewisser Dummkopf unter ihnen, der nur dann erst, leider zu spät, sein Ende erreicht, wenn der Betreffende schon vor der vollendeten Tatsache steht. So äußerte sich neulich ein herrschaftlicher Kutscher, den aber auch jede beliebige andere Fuhre mitmachen muß, anstatt immer nur mit Wichtelpopp und bewappneten Knöpfen auf dem Bockstiel zu hocken, eines in Mößlauer Arbeitnehmerkreisen wohlbekannten Siegelschreibers, „er sei viel zu stolz seinem Chef, bei dem er schon so lange Jahre ist, um eine Lohnzulage anzusprechen“, nach wenigen Tagen, nachdem er diesen Ausspruch getan, bekam er von seinem Chef eine nicht unbedeutende Zulage in Form seiner Entlassung. Ob er wohl nun auch noch so stolz wie zuvor auf seine herrschaftliche Rosselenkerpersönlichkeit sein mag? — Darum Kollegen, auch diese stolzen Indifferenzen greifen wir noch mit unseren Fangarmen, zumal wir ein ergiebiges Maß von Geduld nach dieser Richtung hin besitzen. Haben wir erst einmal den Faden zu spin-

nen angefangen, entscheiden lassen wir denselben unsern Händen so leicht nicht wieder. Kollegen! Räumt endlich mal auf mit dem alten euch ungloßen patriarchalischen Verhältnis zwischen euch und eurem Arbeitgeber! Geht hin und sagt es ihnen, daß ihr nicht mehr länger kommen seid, euch an ihnen anzuhalten, auch wenn ihr in Anhalt lebt! Hin aus aus den von Schmarotzern wimmelnden Kriegervereinen und hinein in eure Berufssorganisation, dem Deutschen Transportarbeiter-Verband. Dann Kollegen, wird auch für euch eine neue Zeit anbrechen, in der ihr sagt: Wir haben nicht mehr nötig, uns noch nach altherkömmlicher Sitte so schamlos auszubauen zu lassen! Euch stolzen Indifferenter sind wir besonders gern behilflich, den in eurem Hirn so fest eingerosteten Nagel zu ziehen. Sollt ihr denn durchaus genötigt, für etwa eine zwei Pfennig-Zigarre, 'ne Flasche Bier oder gar für einen Tütel noch stundenlang nach Feierabend, soweit ihr solchen überhaupt habt, frönen zu müssen? Denkt an die schöne Frühlingssonne, die jetzt in die Herzen der Natur eindringt, lasst auch sie in eurem Innern eindringen! Denkt, daß ein neuer Zeitschritt für euch und eure Familie eintritt in bezug auf eine wesentliche Verbesserung eurer so tiestraumigen wirtschaftlichen Lage, wenn ihr euch dem Deutschen Transportarbeiter-Verband angegeschlossen habt.

**Stuttgart-Cannstatt.** Den schlechten Geschäftsgang berührend, um ihre Betriebe von den ausführerischen Elementen zu säubern, haben die Herren P. v. Maur und Gust. Kürk eine Reihe von Entlassungen vorgenommen. Wie schlecht sie aber über die Zugehörigkeit ihrer Arbeiter zur Organisation unterrichtet waren, beweist, daß eben unter den Entlassenen auch solche sind, die es bis heute nicht für notwendig befunden haben, sich zu organisieren. Oder hat man absichtlich auch Unorganisierte entlassen, damit die Arbeiter es nicht so merken sollen, was man im Schilde führt? Die Herren können versichern, daß Arbeiter kennen die Gründe, warum sie entlassen worden sind und sie werden zur gegebenen Zeit den Herren antworten mit einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig läßt. Eine Antwort, wie sie die Unternehmer wohl nicht erwartet haben, ist ihnen von der Generalversammlung am 12. April erteilt worden. Wir schmeißen einen Teil aus den Betrieben hinaus, dann treten die anderen von selbst aus dem Verbande aus. So kalkulierten die Unternehmer. Die Arbeiter aber sagten: Wir wissen, wo es hinaus will, es ist auf die Vernichtung unserer Verwaltungsstelle abgefeuert, man will uns für alle Zeiten rechtlos machen. Wir müssen den Kampf aufnehmen, und um ihn erfolgreich durchzuführen zu können ist es notwendig, daß wir auch unsere Ortskasse stärken. Der Antrag auf Erhöhung lautete: Abschaffung der Orts- und Streitfondsmarken und Einführung eines einheitlichen Wochenbeitrages von 50 Pf. Das Resultat der Abstimmung. Annahme des Antrages mit allen gegen eine Stimme, wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Anwesend waren mehr als 300 Kollegen.

Ob dieses Resultat auch erreicht worden wäre, wenn unser unfreiwilliger Bundesgenosse Herr P. v. Maur, Regl. Postpediteur, in der letzten Zeit nicht so vortrefflich für uns gearbeitet hätte? Wir bezweifeln es. Die Unternehmer werden dieses für sie gewiß nicht angenehme Resultat dadurch abzuschwächeln suchen, daß sie die Organisationsleitung verleumden, ihren Arbeitern weiß zu machen suchen, wie sich die Angestellten des Verbandes nun erst recht mästen können usw. Aber auch dieser Ladenhüter zieht nicht mehr und zum Schrecken der Unternehmer müssen wir ihnen sagen, daß die Erhöhung des Beitrages nicht von der Leitung ausgeht, sondern diese von den Mitgliedern gefordert worden ist, um eine Stärkung der Kreisfahrt in die Wege zu leiten. Ja, es ist zum Verhütmen für die Unternehmer, das ganze Jahr schreien die Kreise langt nicht, und nun gehen sie her und erhöhen die Beiträge.

Einen bösen Streich hat diese Versammlung den Freunden der Firma P. v. Maur gespielt durch den Beschluß, eine Agitation zur Befestigung des Trinkgelderunwesens zu enthalten. Die Herren Ulber, Hipp, Haug, Wengertmann usw. haben nun wieder Gelegenheit, "Flünder" zu sammeln und der Stuttgarter Geschäftswelt durch die "Württemberger Zeitung" Land und zu wissen zu tun, daß man mit dem Lohn, den ihr Herr bezahlt, ohne Trinkgeld nicht auskommt. Nachdem unser Vorhaben diesen Auchkollegen bekannt war, gaben sie sofort zu, daß, wenn es kein Trinkgeld mehr gibt, der Lohn nicht reicht um Leben zu können. Dazu ihnen selber von der Firma P. v. Maur alle Geschäfte zugewiesen wurden, wo es noch Trinkgeld gab, und die Mehrzahl der Kollegen aufs Trockene gesetzt wurden, fanden diese "edlen Seelen" ganz in der Ordnung, lobten ihren Herrn über den Schellenkönig, jetzt aber geben sie selber zu, wenn durch verschämten Bettel ein Nebenverdienst nicht mehr zu erreichen ist, mit dem Lohn, den ihr "Herr" zahlt, ein Arbeiter nicht leben kann.

Uns genügt es, konstatieren zu können, daß selbst diejenigen, die vor wenigen Wochen noch ihrem "Herrn" öffentlich das Zeugnis ausstellen wollten — böse Jungen behaupten, müssen — sie seien zufrieden, heute zu geben, ohne Trinkgeld können wir nicht leben. In dieser Sache wurde folgende Resolution mit allen gegen 2 Stimmen angenommen:

"Die am 12. April im Gewerkschaftshaus tagende Generalversammlung beauftragt die Leitung des Verbandes, in tunlichster Weise eine Agitation zur Befestigung des Trinkgelderunwesens einzuleiten. Da erfahrungsgemäß jetzt schon in einigen Geschäften diese Unsitte so gut wie abgeschafft ist, dafür aber in den Kreisen der Arbeiter noch vielfach Trinkgeld gegeben wird, soll, um dies zu verhindern, die Unterstützung der Vereinigten Gewerkschaften angegangen werden. Ferner soll jetzt schon eine nachhaltige Agitation unter den Stuttgarter Geschäftsmännern zu dem Zwecke veranstaltet werden, die bestehende Weihnachtsbettelei engros, wie sie einzelne Geschäfte eingeführt haben, zu befeitigen. Dies soll erreicht werden: Durch Eingaben an die Handelskammer, sowie an alle Vereinigungen der Stuttgarter Geschäftsmänner, durch Verbreitung von Flugblättern, Inanspruchnahme der Presse usw. Die Versammelten verpflichten sich, selbst alles aufzubieten, um das Trinkgeldunwesen

abzuschaffen, weil sie der Überzeugung sind, daß dessen Fortbestand eine schwere Gefahr für eine gesunde Fortentwicklung zu besseren Verhältnissen darstellt."

Uns Vorliegendem erscheint die Scharfmacher im Transportgewerbe Stuttgart, daß es mit unserer Ausrottung noch gute Wege hat und siegesicher rufen wir ihnen zu: Wir sind der stärkere Teil. Gute Willkommen imponieren uns nicht.

**Wicker.** Auch in die kleinsten Orte dringt nach und nach die Kunde, daß für die Fuhrleute eine Vertretung ihrer Interessen vorhanden ist. Einen schönen Beweis für diese Behauptung bildet der Streit der Mehlfuhrleute in der Straßennähle bei Wicker. Dortselbst waren 6 unorganisierte Kollegen beschäftigt und zwar für einen niedrigen Lohn. Als einer der dort Beschäftigten aufhörte, erfuhrn die übrigen Kollegen, daß der Wegangang 2 Mt. mehr Lohn hatte und sie forderten von ihrem Prinzipal gleichfalls eine Zulage, die den Fuhrleuten nicht bewilligt wurde. Sie legten hierauf einmütig die Arbeit nieder und wandten sich an unsere Mainzer Ortsverwaltung, von der sie gehört hatten, daß sie sich der Unterdrückten in jeder Weise annehmen würde. Der Kollege Greb begab sich sofort an Ort und Stelle und erklärte den Leuten auch, daß sie sich früher hätten in unserm Verbande angeschlichen müssen, dann wäre die Lohnbewegung eine andere geworden, denn die Unternehmer wissen ganz genau, daß Leute, die keine Unterstützung bei einem Streit bekommen und auch keine gute Vertretung bei Verhandlungen haben, schnell nachgeben, bald wieder in den Betrieb hineingehen und so gedemütigt nicht so leicht wieder an einen Streit denken. Wir nahmen uns nun dieser Bewegung an und lichten herauszuschlagen, was nach Lage der Sache irgendwie möglich war. Der Kollege Greb begab sich sofort zu der Firma Stern, konnte aber keine Einigung herbeiführen. Der Gauleiter verhandelte telefonisch mit Herrn Stern, fuhr am andern Morgen nach Mainz zu einer weiteren Verhandlung mit dem Profuristen Schwarz. Am 11. April kam es dann endlich zu einer Verständigung und so nahmen sämtliche Kollegen die Arbeit wieder auf und die Streitbrecher mußten das Feld räumen. Haben wir bei diesem Streit auch nur 1 Mt. Lohnherhöhung durchgedrückt, so werden wir uns das übrige noch fessende später holen. Bei besserer Vorbereitung und mit geschulten Kollegen läßt sich mehr erreichen, das werden wir schon beweisen. Unsere neugewonnenen Kollegen werden aber auch den Wert und Nutzen der Organisation zu schätzen wissen und hoffentlich treue Anhänger unseres Verbandes bleiben.

## Oeffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

**Berlin.** Eine Versammlung der Ledergerüstarbeiter lagte am Sonntags im Gewerkschaftshaus. Der außerordentlich gute Besuch der Versammlung ließ erkennen, daß der Geist der Gerüstbauer zur Organisation, trotz der nicht so erfolgreichen Lohnbewegung im Jahre 1907, ein guter ist. Eine scharfe Kontrolle der Mitgliedsbücher, welche stattfand, ergab, daß die Gerüstbauer die Alten gehalten sind und treu zur Organisation halten, trotz alledem und alledem. Bevor zur Neuwahl der Sektionsleitung geschritten wurde, fand eine Versprechung der Vertrauensleute statt und wurden Wahlhälften der Kollegen der Sektionierung als die besten gewählt. Es folgte eine Abstimmung, ob es vorschlag sei, einen neuen Sektionsleiter Hermann Walter, Junghof, 61, als 2. Sektionsleiter Franz Schmöller, Willibald-Ullrichstraße 41 und Johann Peppermüller, Tempelhofer Ringbahnhofstr. 49 als Schriftführer, Paul Hammann, Klaasstr. 101, als Kassier der Unterstützungsstiftung. In der nun folgenden Diskussion teilte der Bücherkontrolleur Ballent mit, daß sich in der Versammlung einer einigtheitlichen habe, welcher beim letzten Streit als Streitbrecher bei der Firma Boga gearbeitet habe, und ob es die Kollegen dulden wollen, daß derselbe sich noch fern in unserer Versammlung aufzuhalten dürfe. Unter großer Unruhe wurde beschlossen, daß der Streitbrecher sofort die Versammlung zu verlassen habe. Nach einem kräftigen Appell seitens des Kollegens Krante an die Versammelten: Mitglieder des Wahlvereins und Abonnenten des "Vorwärts" zu werden, sowie mit einzutreten für ein gleiches und geheimer Landtagswahlrecht, fand Schluß der Versammlung statt.

**Halle a. S.** Die Generalversammlung vom 1. Quartal fand am 11. April statt. Der Geschäftsführer hielt einen instruktiven Vortrag über Rechte und Pflichten der Mitglieder. An der Hand des Statuts erläuterte derselbe die einzelnen Paragraphen, welche leider ein großer Teil der Mitglieder weder kennt noch demokratisch handelt. Infolge allzu großer Fülle dieses Materials mußte der Vortrag abgebrochen werden, augleich wurde aber beschlossen, denselben in der nächsten Generalversammlung zu Ende zu führen. Der Geschäft- und Kassenbericht vom 1. Quartal gab ebenfalls der Geschäftsführer. Danach haben im Quartal drei Lohnbewegungen stattgefunden, an welchen 38 Mitglieder beteiligt waren. Der Erfolg war durchgehängt für jeden Beteiligten eine Mark Lohnzulage pro Woche. Abgehalten wurden ferner 7 öffentliche, 3 Mitgliederversammlungen, sowie eine ganze Reihe Sitzungen und Versprechungen verschiedener Art. Der Mitgliederzugang betrug rund 100, der Abgang 98, so daß am 31. März 952 Mitglieder vorhanden waren. Der Kassenbericht war folgender: Einnahme insgesamt vom 1. Januar 5267,95 Mt. Ausgaben 4385,35 Mark, Bestand am 1. April 862,60 Mt. Die Revisoren bestätigten, daß Bücher, Kasse und Belege in Ordnung befunden worden sind. Zu Punkt 3 wird mitgeteilt, daß die Maifeier der Transportarbeiter wie in den früheren Jahren, so auch diesmal wieder durch

Versammlung mit nachfolgendem gemütlichen Beisammensein gefeiert werden soll, dessen ungeachtet ist es deshalb aber trotzdem Pflicht jedes Kollegen und jeder Kollegin, daß sie, wenn es ihnen möglich ist, auch die Tagesfeier durch Arbeitsruhe und Beteiligung an den anderwärts getroffenen Veranstaltungen wahrnehmen. Weiter wurde bekannt gegeben, daß das Pfingstvergnügen der Bahnhofs-Halle am 1. Pfingstfeiertag in beiden Sälen des Volksparks abgehalten werden soll. — Auf Antrag wurde weiterhin beschlossen, das Mitglied Droschkenfischer Nochus Lipinsko wegen Demission dem Hauptvorstand zum Ausschluß aus dem Verband zu empfehlen. Hierauf schloß der Vorsitzende mit einer regen Mahnung zur Mitarbeit die leider schwach besuchte Versammlung.

**Herford i. W.** In der letzten Mitgliederversammlung wurden wir durch das Wahlszen der Organi-sation zu einem erfreulichen Beschluß gedrängt. Unter altes Versammlungsort war zu klein geworden. Wir beschlossen daher, in den Gasthof des Herrn Führmann zur Hansabrücke überzusiedeln, was die Kollegen zur Kenntnis nehmen wollen.

**Kempten.** In der am Ostermontag abgehaltenen Mitgliederversammlung referierte ein Kollege über das Thema: Der Kapitalismus und das soziale Glück der Massen. Redner beleuchtete die Vorherrschaft, welche das Kapital nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im politischen Leben einnehme. Die Folgen dieser sogenannten Alleinherrschaft zeigten sich in der Rechtslosigkeit und der Verarmung der Arbeiterklasse. Nur durch Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation und durch Beitritt zur sozialdemokratischen Partei, so meinte Redner, könne der kapitalistischen Wirtschaft ein Ende gemacht werden. Im zweiten Punkte kam der Vorsitzende auf die brutalen Maßregelungen der letzten Zeit zu sprechen. Redner betonte, daß die Käsehändler zwei Fliegen mit einem Schlag erlegen wollen. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Lohn- und Arbeitsverhältnis soll durch Unterdrückung der Organisation ausgeschaltet werden. Der im Jahre 1905 durch unsern Verband errungene Lohn ist den Herren längst ein Dorn im Auge, deshalb müssen die Organisierten aus den Betrieben hinaus oder sich durch Unterschrift verpflichten, aus dem Verbande auszutreten, um den Arbeitgebern in bezug auf Lohn vollständig freie Hand zu lassen. Leider, so betonte der Vorsitzende, gibt es auch bei uns Kollegen, welche ihr Erstgeburtsrecht gegen ein erbärmliches Einsengericht vertauschen und so dem Unternehmertum die Hand lassen, mit welcher sie später wieder geziertzt werden. Der Vorsitzende ist der Meinung, daß die Gemeinschaften bei seinem Käsehändler um Arbeit fragen sollten, da es jetzt anderweitig auch Verdienst gebe. Bekannt gegeben wurde die Zusage unseres Gauleiters zu einer öffentlichen Versammlung für das Transportgewerbe. Der Punkt Maifeier wurde nach der vom Hauptvorstande überwiesenen Resolution erledigt und zu reger Teilnahme aufgefordert. In bezug auf Zahlung von Unterstützungen wies der Vorsitzende zum wiederholten Male auf die im Statut vorgegebene Anmeldefrist und Klarzeit hin und bemerkte, daß sich die Ortsverwaltung an ihre Vorschriften halten müsse. Als Schriftführer wurde einstimmig der Kollege Fidel Kuhn gewählt, nachdem der bisherige Schriftführer sein Amt wegen Maßregelung niedergelegt mußte. Nachdem noch zu reger Agitation und zu fleißigem Versammlungsbefuch aufgefordert war, schloß der Vorsitzende mit der Mahnung, treu zum Verbande zu halten, die anregend verlaufene Versammlung.

**Landsberg a. W.** Am 20. April fand eine Versammlung statt, woran auch einige Frauen teilnahmen. Ein Kollege von der Bezirksleitung Groß-Berlin, welcher beobachtete sich in der Nähe der Stadt aufhielt, sprach über das Thema: "Die Arbeitgeber-Verbände in dem Transport- und ähnlichen Gewerbe". Redner zeigte an der Hand verschiedener Beispiele, in welch raffinierter Weise die Unternehmer es verstehen, auch vielfach angehalten werden, ihre Angestellten nach allen Regeln auszunutzen, ohne daran zu denken, daß ein müder, abgeraderter Körper bringend der Ruhe bedarf. Betont wurde, daß die Arbeitgeber sich zu koalieren ohne weiteres als ganz selbstverständliche betrachten und umgelehrte, mit allen möglichen Mitteln ihren Arbeitern das gesetzlich geroährt Recht versuchen zu bereiteln. Desgleichen alle Bestrebungen des Arbeiterschutzes mit ganz sonderbaren egoistischen Argumenten bekämpfen. Aufgabe eines jeden Berufskollegens muß es daher sein, agitatorisch und organisatorisch unermüdlich tätig zu sein, sowie für die Ideen und die Ausbreitung des Verbandes Sorge zu tragen, um, wenn dieses Ziel erreicht ist, ernstlich an die Verbesserung der äußerst miserablen Bezahlung und Behandlung der Arbeitsbedingungen durch tariflich festgelegte Bestimmungen zu denken. Die Ausführungen des Referenten, sowie die anschließende Diskussion beweisen, daß zum Teil eifriges Interesse vorhanden ist. Der Bezug vom Lande sowohl als auch die oftmals besser unerbleibenden Grenzstreitigkeiten bilden vielfach ein Hindernis zur schnelleren Entwicklung. Verschiedene Anregungen in bezug auf eine erfolgreiche Agitation wurden gegeben und der Wunsch laut, in den Versammlungen außer den Berufsfragen auch andere Themen zu behandeln. Erörterungen persönlicher Art jedoch besser zu unterlassen. Nach Schluss der Versammlung verweilten noch mehrere Kollegen, um über verschiedene innere Verbandsangelegenheiten sich zu unterhalten.

**Matz.** Am Sonntag, den 23. März fand eine gut besuchte Möbelarbeiter-Versammlung statt. Der Geschäftsführer sprach über das Thema: "Die Arbeit und das Leben." Redner betonte, daß man uns in der Schule schon gelernt habe, wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen. Wenn dieser Satz wahr wäre, dann hätte die arbeitende Bevölkerung keine Nahrungs-sorgen; aber gerade das Gegenteil sei der Fall, denn

dienstigen, die die Arbeit nur dem Namen nach kennen, genießen das Leben in voller Hülle, während die große Masse des Volkes, und das seien die Arbeiter, weder vom Sozialen, noch von einem wirklichen Leben reden können. Die Schuld an diesen so traurigen Zuständen trage die Arbeiterschaft selbst. Denn das beweisen die Ortschaften, wo eine gute Organisation vorhanden ist, wo alle Arbeiter auf organisiert sind, da sind auch die Löhne und Arbeitsverhältnisse besser wie in den nicht oder schlecht organisierten Orten. Meiner führte ferner an, was helfen dem Möbelspediteur die Möbelwagen und Pferde, wenn nicht die Arbeiter waren, welche das optimal lebendig machen. Der Arbeiter müsse nicht denken, daß der Arbeitgeber ihn ernährt; im Gegenteil, der Arbeiter müsse den Prinzipal ernähren. Ferner betonte Redner, es seien eine Reihe Schutzgesetze vorhanden, z. B. Vogelschutz, Tierschutz usw., von einem Arbeiterschutz, wie es notwendig wäre, könne keine Rede sein. Es wird nicht danach gefragt, kann der Arbeiter die Arbeit leisten oder nicht, im Gegenteil heißt es, er muss sie leisten und wenn sich zehnmal der Arbeiter Schaden zufügt, sollte diese Missstände zu beseitigen, sei nur dann möglich, wenn alle Kollegen sich organisieren würden. Alle Diskussionsredner sprachen sich im Sinne des Referenten aus. Alsdann wurde Kollege Hilpert als Sektionsleiter gewählt; ferner wurde von jedem Betriebe ein Vertrauensmann bestimmt. Auch wurde einstimmig der Beschluss gefasst, am Montag morgen müsse jeder Arbeiter sein Verbandsbuch mitbringen; diejenigen, welche mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, sowie die Unorganisierten seien entsprechend zu belangen. Ein Kollege führte an, daß bei einer Firma mitgeteilt wurde, sämtliche seitherige Arbeiter sollen nicht mehr beschäftigt werden; wenn dies der Fall ist, so müsse in diesem Betriebe die Arbeit ruhen. Zunächst ermahnte der Geschäftsführer die Kollegen, besser wie bisher zur Organisation zu halten; nicht nur der Organisation beitreten und in zwei oder drei Wochen wieder den Rücken zu zeigen, sondern im Gegenteil tüchtig mit agitieren zu helfen, um auch den letzten Mann in die Organisation zu bringen. Der Referent forderte die anwesenden Kollegen auf, an den heutigen Beschlüssen festzuhalten und soweit sie noch nicht organisiert seien, dem Verband beizutreten. 4 Mann liehen sich aufnehmen, alsdann folgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Oldenburg.** Am Freitag, den 17. April fand unsere Generalversammlung statt. Nachdem die Tagesordnung bekannt gegeben war, wurde von dem provisorischen Schriftführer das Protokoll der letzten Mitgliederversammlung verlesen und genehmigt. Über den ersten Punkt der Tagesordnung referierte ein Kollege aus Bremen über das Thema: "Die wirtschaftliche Krise, ihr Entstehen und ihre Bedeutung". Der Kollege entledigte sich seiner Aufgabe in einer kürzlichen Rede. Die Rechnungsablage gab Kollege Nienaber durch Verlesen des Kassenberichts vorwurflosen Klärer Decharge erstellt wurde und die Versammlung sprach ihre Entrüstung darüber aus, daß von den Revisoren keiner in der heutigen Versammlung erschienen.

#### Einnahme:

Bestand vom vorigen Quartal	273,78 M.
Aufnahmegerühren à 1 M.	44,00 "
Aufnahmegerühren à 50 Pf.	8,00 "
1715 Stück Beiträge à 35 Pf.	600,25 "
115 Stück Beiträge à 20 Pf.	23,00 "
1830 Stück Buschuhbeiträge (à 5 Pf.)	91,50 "
Gestellverschluß	1,00 "
<b>Sonstige Einnahmen:</b>	1,00 "
<b>Summa:</b> 1044,38 M.	

#### Ausgaben:

Ortszuschl. z. Gemeindegelten-Alterstützung	34,50 M.
Extra-Unterstützung	15,00 "
Reise-Unterstützung	3,00 "
Persönliche (Gehalt, Entschädg., Proz. ic.)	119,05 "
Für Versammlungen, Annoncen, Referate, Drucksachen ic.	21,50 "
Kartell- und Sekretariatsbeiträge	22,50 "
Porto und Telegramme	15,55 "
An die Hauptklasse gesandt	547,49 "
Kassenbestand	209,79 "
<b>Summa:</b> 1044,38 M.	

#### Für die Hauptklasse veranschlagt:

An Arbeitslosenunterstützung	75,00 M.
An Krankenunterstützung	136,50 "
Gemeindegeltenunterstützung	172,50 "
Extra	15,00 "

Bezüglich des Termins des Eintritts in die erste Beitragsklasse wurde der 1. Juli festgesetzt. Bezüglich der Maister wurde der Erfolg des hiesigen Kartells anerkannt. Hierauf wurde noch das Gesuch der Arbeiter des Konsumvereins an die Verwaltung des Oldenburger Konsumvereins, betreffend Freigabe des 1. Mai, erörtert und konstatiert, daß die Absehung ohne Begründung erfolgt sei.

Den 5. Punkt der Tagesordnung: Kartellbericht, erstattete K. Wetter. Der Bericht wurde ohne Diskussion quittgeheissen. Unter verschiedenes wies Wetter noch auf die Organisationsgeschichte hin und forderte die Kollegen auf, sich dieses Buch anzuschaffen. Hierauf trat Schluß der Versammlung ein.

**Weimar.** Mitgliederversammlung vom 12. April. Die Abrechnung vom 1. Quartal ergab an

#### Einnahme:

Bestand vom 4. Quartal	11,50 M.
Zwei Aufnahmen à 1 M.	2,00 "
212 Wochenbeiträge	74,20 "
15 Streifsonderbeiträge	4,50 "
Für Kalender	3,30 "
<b>Summa:</b> 95,50 M.	

	Ausgabe:
Für Weisunterstützung	2,00 M.
" Entschädigung	5,46 "
" Reise	5,42 "
" Kalender	4,80 "
" Porto	1,85 "
" Kartellbes.	1,80 "
An die Hauptklasse gesandt	60,50 "
<b>Nener Kassenbestand</b>	<b>13,27 "</b>
<b>Summa:</b> 95,50 M.	

Hierauf gab der Delegierte den Kartellbericht. Unsere nächste Versammlung findet erst am 17. Mai im Wollshaus statt. Die Mitglieder erklärt sich einverstanden. Es wurde noch zur reichen Teilnahme an der Eröffnung des Wollhauses aufgerufen.

**Peine.** Der Besuch unserer letzten Mitgliederversammlung war dank der Loyalität der Kollegen leider ein recht trauriger. Wenn das so weitergeht, dann werden wir wohl in absehbarer Zeit nicht an eine Verbesserung unserer tristen Arbeitsverhältnisse denken können. Wir richten deshalb an dieser Stelle nochmals die ernsthafte Mahnung an die Kollegen, es mit ihrer Interessenvertretung etwas ersteres als bisher zu nehmen, nicht nur die Beiträge zu bezahlen, sondern auch die Versammlungen zu besuchen und an dem Aufbau der Organisation kräftig mitzuwirken.

**Stolp i. P.** In unserer letzten Mitgliederversammlung sprach der Gauleiter über gegenwärtige Gewerkschaften. Der Vortrag wurde mit Beifall ausgesprochen. Zum Schriftführer wurde Kollege Grau und zum Revisor Kollege Hildebrand gewählt. Die Kollegen wurden aufgerufen, für ihre Organisation recht fleißig zu agitieren.

#### Allgemeines.

**Hannover.** Als einen Musterbetrieb im wahren Sinne des Wortes kann man die hiesige Wach- und Schleißgesellschaft betrachten. Das Institut ist ein gewerbliches, militärisches Unternehmen und haben die Wachleute ihren "Vorgesetzten" mit "Achtung" zu begegnen. Also sieht geschrieben im Anhang zu den Bestimmungen der Wachleute. Um das Militärische auch nach außen hin zu dokumentieren, sind die Wachleute uniformiert und mit Revolver und Seitengewehr ausgerüstet. Die "höheren" Herren "Vorgesetzten" tragen den Schleppfahsel. Strenge Pflichtfüllung und "unbedingter" Gehorsam sind unerlässlich zur ordentlichen Verwaltung, ebenso Achtung und Ehrerbietung. Die Beamten haben sich unter militärischen Formen zu bewegen und auch in ihre Meldungen zu machen.

Angenommen werden nur solche Leute, die gedient haben und mindestens 1,70 Meter groß sind, also "Kardemah" haben. Um die so notwendige "Disziplin" aufrecht zu erhalten, sind selbstverständlich auch Strafen vorgesehen. Mit Geldstrafe oder Entlassung werden die Wachleute bestraft, wenn sie sich folgende Dienstvorschriften zuschulden kommen lassen:

#### Geldstrafen:

1. Zusätzliche Bezahlung beim "Appell" 0,50 M.
2. Wer zum Dienst ohne vollständige Ausrüstung geht 0,50 M.
3. Unentbürtliches Fortbleiben vom Dienst 2 M.
4. Wer läuft in den bei Gefahrzug 1 M.
5. Eine Woche inhaft

1. Langsam fahrend oder "unbeherrschig" Verhalten gegen einen "Vorgesetzten".
2. Ungehobenheit im Dienst.
3. Eigennächtige Nebennahme von Befehlungen aus Ersuchen der Abonnenten, die diese nicht haben.
4. Vorsätzlich falsche oder unterlassene Meldung.
5. Vorsätzlich und schlässig Schädigung der Uniform und Waffen oder Verhältnisschädigung der zur Erhaltung notwendigen Sorgfalt, auch wird in solchen Fällen der zugefügte Schaden von der Haftung gedeckt.
6. Wiederholt unerschuldiges Fortbleiben vom Dienst oder wiederholt unzeitiges Melden von Krankheit.
7. Wachleute, die ohne Wissen der Direktion den Abonnenten ihre Dienste anbieten.
8. Wer ohne triftigen Grund sein Revier verläßt.
9. Wer auf seinen Posten schlafend gefunden wird, oder Dörnen und Büchtern Worschub leistet, oder sonst einen unehrenhaften Lebenswandel führt.

Es fehlt nur noch, daß ein "Vater Philipp" eingekreitet wird, um unbekämpfte Wachleute hinter versperrten Fenstern über ihr "unmilitärisches" Verhalten nachdenken zu lassen.

Doch in diesem "militärischen" Betriebe auch militärische Löhne gezahlt werden, ist selbstverständlich; ebenso sind auch die sonstigen Verhältnisse militärisch. Der Lohn beträgt 80 M. steigend nach vier Jahren auf 90 M. monatlich. Einen freien Tag gibt es nicht, es sei denn, daß jemand Urlaub erhält, hierfür werden dann jedoch 2,50 M. abgezogen. Jeder Wachmann hat beim Eintritt 25 M. Haftung zu zahlen und verpflichtet sich, mindestens 3 Monate beim Institut zu bleiben. Trifft er früher aus, so werden ihm 10 M. für Nutzung der Uniform abgezogen. Am Schluss des Anhangs heißt es dann, die Anstellung erfolgt, wenn die Direktion ihn für "brauchbar" hält, bis dahin erfolgt tägliche und nach der Anstellung ständige Kündigung. Die Direktion scheint noch einmal die klaren Bestimmungen der Gewerbeordnung zu kennen, sonst müßte sie wissen, daß solche ungleiches Vereinbarungen über Kündigung null und nichtig sind.

Aus alledem geht zur Genüge hervor, daß die Hannoversche Wach- und Schleißgesellschaft wirklich ein Musterbetrieb ist. Ohne irgend welche Entschädi-

gung muß monatlich die Klassierung vorgenommen werden, die sich manchmal bis 5 Uhr nachmittags ausdehnt. Ebenso werden auch sonstige Tageswagen, wie Schlüsselabholen, Abonnenten besuchen, im Büro erscheinen und dergleichen mehr nicht bezahlt.

Dass alte Anordnungen im Kommando erfolgen, fällt weiter nicht auf. Da heißt es einfach, Sie müssen zur Samariterausbildung oder Übung treten am Tage zum Büro kommen; und wehe dem, der sich misst. Natürlich wird auch bei jeder sich bietenden Gelegenheit betont, die Wachleute seien doch "Beamte", das sei doch ganz etwas anderes wie jeder gewöhnliche Arbeiter, hiermit will man anscheinend die "Beamten" über ihre traurigen Verhältnisse hinwegtäuschen.

Vom 1. April bis Ostern haben denn auch dreizehn Kollegen den "Beamtenrock" wieder mit dem Arbeitstitel vertauscht. Ja, ja, wenn dem Esel zuwohl wird, geht er auf's Eis!

Nun Kollegen, ihr seht es ja alle Tage und spürt es am eigenen Leibe, wie die Verhältnisse sind. Gar mancher unter euch hat schon eine Faust in der Tasche gemacht, hat geschimpft über die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse, aber bis heute ist hier nichts verändert. Und woran liegt denn dies? An der Unfähigkeit der Kollegen selbst! Ihr habt es selbst in Händen, diese Verhältnisse zu beseitigen. Freilich genügt es nicht, wenn ihr die Faust in der Tasche habt, nur mit der Tat kann hier etwas erreicht werden. Das Leben zeigt es uns alle Tage, daß der einzelne völlig machtlos darstellt; nur wenn die Arbeiterklasse, nur wenn ihr euch zusammenschließt, könnt ihr eure Lage verbessern. Ihr seid es eurer Familie schuldig. Darum Kollegen, tretet ein in unsere Reihen, schließt euch Mann für Mann dem Transportarbeiterverbande an, so können auch für euch menschenwürdige Zustände geschaffen werden.

#### Mitteilungen des Vorstandes.

Trotz dringender Aufforderung hat eine größere Anzahl Ortsverwaltungen das Adressenverzeichnis der Verbandsfunktionäre noch nicht eingesandt. Da die Frist der Einsendung bereits am 15. April d. J. verstrichen ist, so ersuchen wir nochmals wiederholt dringend das Versäumte nachzuholen, da wir außerstande sind, spätere Eingänge als Nachträge zu bringen resp. diese im "Courier" zu veröffentlichen.

Verloren gegangen ist das Mitgliedsbuch des Kollegen Langer, Bruno Hpt. Nr. 151697 der Verwaltungsstelle Oldenburg, eingetreten daselbst am 2. April 1906. Falls dieses Buch gefunden oder vorgezeigt wird, ist es anzuhalten und an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden.

#### Mit kollegalem Gruß

#### Der Vorstand.

J. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Hof 11, Hof 1 Tr.

Der Vorstand ist bei Stadt- oder Agitation bestellt oder Schriftstücke hat an abige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen Carl Staehler, Berlin SO. 16, Engel-Hof 11, Hof 1 Tr., einzusenden.

#### Bekanntmachung.

Den Bewerbern am die in Nr. 14 des "Courier" vom 5. April d. J. ausgeschriebenen Stellen von Beitragsklassierern für die Beitragsleitung Groß-Berlin zur Kenntnis, daß diese Posten besetzt sind.

#### Der Vorstand.

**Gewerkschaftssekretariat Mark-Redwitz.** Für den östlichen Teil von Oberfranken und die Oberpfalz als Gewerkschaftssekretär gewählt, habe ich bereits meine Tätigkeit begonnen.

Alle Büchsen wegen Versammlungen und Organisationsangelegenheiten und Auskunftserteilung bitte ich an untenstehende Adresse zu richten.

Zur mündlichen Auskunftserteilung, welche an alle Personen ohne Unterschied des Berufes, der Konfession und des Wohnortes erteilt wird, ist vorerst der Freitag jeder Woche festgesetzt und zwar: Vormittags von 9 bis 1 Uhr, Nachmittags von 4 bis 8 Uhr.

Die ersten Sprechstunden finden Freitag, den 10. d. Mts., statt.

Alle Anfragen und Büchsen sind zu richten an Mich. Weiß, Mark-Redwitz Nr. 377.

Berantwortl. Redakteur: Franz Nettig, Berlin, Verlag der Buchdr. "Courier", O. Schumann-Berlin, Druck: Maurer u. Dimmich, Berlin, Adalbertstr. 37.

## Aus dem Reichsversicherungsamt.

Wie die Opfer des Kapitalismus kämpfen müssen, um für ihre gezeichneten Knochen und ihre verlorene Gesundheit eine Entschädigung heranzutreiben, dafür gibt uns der Reichsgerichtsrecht des Reichsversicherungsamtes für 1907 ein typisches Bild. Dieser soeben einer Spruchkammer, wie Posadowitsch das Amt einmal genannt hat, beschäftigt 70 höhere und 342 niedrige Beamte. Außerdem wirken an ihm 6 Mitglieder, die vom Bundesrat ernannt sind und je 130 Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber und endlich noch 88 richterliche Beisitzer.

Zur Durchführung der Unfallversicherung bestanden im Jahre 1907 111 Berufsgenossenschaften und 535 Ausführungsbehörden für Reichs-, Staats-, Provinzial- und Kommunalbetriebe. Der Unfallversicherung unterstanden ca. 20,7 Millionen Arbeiter und Arbeitnehmer. An Renten wurden im Jahre 1907 150763 595 M. ausgegeben. Diese Summe ist gegen das Vorjahr um rund 8 Millionen gestiegen. In die Rentensumme hatten sich 124871 Personen zu teilen.

Die Haupttätigkeit des Reichsversicherungsamts lag auf dem Gebiete der Rechtsprechung in Rentenprozessen. Von den Versicherungssträgern der Unfallversicherung waren 417957 berufungsfähige Bescheide erlassen. Die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung hatten insgesamt 101947 Berufungen zu bearbeiten, von denen sie 90827 erledigten. Von diesen führten 2805 (3,09 p.C.) zu einem Vergleich, 18595 wurden durch Urteil des Schiedsgerichts zugunsten des Rententrägers und 62782 zugunsten der Versicherung entschieden. 80575 dieser Urteile können mit Rücksicht angefochten werden, aber nur in 19601 Fällen wurde von dem Rechtsmittel Gebrauch gemacht. Die absolute Zahl der Rücksicht ist um ein geringes gegen früher zurückgegangen. Wie immer und wie auch bei den großen Anzahl ihnen ungünstiger Urteile der Schiedsgerichte selbstverständlich, griffen die Versicherten häufiger zum Rechtsmittel als die Versicherungssträger. Es wurden von den Versicherten 14624 Rücksicht, von den Berufsgenossenschaften usw. 4980 Rücksicht angemeldet. Das Reichsversicherungamt erledigte insgesamt 18188 Rücksicht und hiervon durch Urteil 16268. Auf Bestätigung der Entscheidung der Vorrinstanz lauteten 11631 Urteile und nur 4480 brachten eine andere Entscheidung. Von diesen 4480 Urteilen waren 2312 solche, die den Rentenfürsorger entweder ganz oder doch teilweise entsprachen und 2168 Urteile wurden auf Antrag der Versicherungssträger zu deren Gunsten gefällt. Absolut ist also die Zahl der den Versicherten günstigen Urteile etwas höher als die, die dem Verlangen der Berufsgenossenschaften usw. willfähig. In Verhältnis zu der von jeder der beiden Parteien erhobenen Rücksicht gezeigt, ändert sich dieses Bild aber ganz erheblich. Die 2312 Erfolge, die die Versicherten errangen, verteilen sich auf 12157 von ihnen angemeldete Rücksicht, was einen Prozentsatz von 19 ausmacht. Die Versicherungssträger hatten dagegen von 4111 Rücksicht, die zur Entscheidung kamen, 2168 oder 52,7 p.C. Erfolge. Sie haben also bedeutend mehr Erfolg als die Rententräger, nicht weil sie häufiger im Rechte waren als diese, sondern weil sie mehr zur Durchsetzung ihres Rechtes auswenden können.

Noch geringer war der Erfolg der Versicherten in Invalidenversicherungssachen. Von 181858 berufungsfähigen Bescheiden wurden insgesamt 25923 mit Beurteilung angesucht. Die Schiedsgerichte erließen 22183 Urteile, von denen 4138, gleich 18,7 p.C., den Versicherten und 18045, gleich 81,3 p.C., den Versicherungssträgern günstig waren. An das Reichsversicherungamt kamen 5555 Revisionen und zwar von den Versicherten 4917 und von den Versicherungssträgern 638. Erledigt wurden vom Reichsversicherungamt insgesamt 5223 aus früheren Jahren 6323 Revisionen und hiervom durch Urteil 5799. In 4548 Fällen wurde die Vorrinstellung bestätigt und nur in 173 abgeändert. In die erste Instanz zurückgewiesen wurden 1078 Sachen. Von den 173 voll erfolglichen Revisionen entfielen auf die Versicherten 49, was nicht gegen 1 p.C. ihrer Revisionen ausmacht, auf die Versicherungssträger dagegen 124, was bei der kleineren Zahl der Revisionen dieser Partei 17 p.C. ergibt.

Der Geschäftsjahrsbericht erklärt aufs neue, daß die gebrochenen Schiedsgerichte, deren Befestigung die in den Berufsgenossenschaften organisierten Unternehmer seit langer Zeit erstreben, sich durchaus bewährt haben.

Vedauert wird die Lückenhaftigkeit und Unklarheit der gesetzlichen Bestimmungen über das Verhältnis der Krankenkassen zu den Berufsgenossenschaften in solchen Unterstützungsfällen, die mehr als 13 Wochen in Anspruch nehmen. Die Genossenschaften greifen oft nicht rechtzeitig mit ihrer Unterstützung ein und die Kassen müssen weiter unterstützen, ohne vollen Ersatz von den Genossenschaften erlangen zu können.

Die Junker, denen jede Arbeiterfürsorge ein Dorn im Auge ist, haben natürlich auch auf dem Gebiete der Unfallversicherung es verstanden, sich Abhilfe und Erleichterung zu verschaffen. Auf ihr Verlangen haben nämlich nicht nur, wie schon seit einigen Jahren bei der Invalidenversicherung, Nachkontrollen der Rentenempfänger durch Mitglieder des Reichsversicherungsamtes stattgefunden, sondern es haben sich an diesen Kontrollen auf Wunsch d.s. Staatssekretärs des Innern auch zwei Vertreter des Reichsamtes des Innern beteiligt, weil, wenn die Befreiung der unteren Verwaltungsorgane zur Einschränkung der Renten nicht führt, "auch gesetzgeberische Maßnahmen ins Auge gesetzt werden sollen, welche unter Bemidigung eines Rücktritts in der vom Gesetz beabsichtigten sozialen Fürsorge, zur Befreiung vorgefährdeter Mittstände vorzuschlagen wären." Die landwirtschaftlichen Arbeiter können sich also auf eine Versicherung der für sie besonders erbarmlichen Unfallversicherung gesetzt machen.

Die Kontrolle hat, so hieß es weiter im Geschäftsjahrsbericht des Reichsversicherungsamtes, schon ergeben, "daß es in zahlreichen Fällen an der für die

zutreffende Beurteilung der Erwerbsunsicherheit erforderlichen Ausklärung der medizinischen und sonstigen Verhältnisse gefehlt hat, daß insbesondere bei der Kontrolle der laufenden Renten vielfach bessere Beratungen getroffen werden sollten, als bisher." Das Reichsversicherungamt erklärt es als wahrscheinlich, daß die Renten heute wesentlich höher sind, als sie bei Befestigung der angeblichen Mängel sein würden. Wir werden nun wohl ein Rückschlag der Unfallversicherung für landwirtschaftliche Arbeiter erleben, ähnlich dem Rückgang, der vor ein paar Jahren nach den berühmten Kontrollen der Invalidenrentner eingetreten ist. Es ist unbegreiflich, wie Kenner des Elends der landwirtschaftlichen Unfallversicherung einer Minderung dieser Renten das Wort reden können. Eine durchgreifende Besserung unserer an allen Enden reformbedürftigen Arbeiterversicherung ist gerade für die landwirtschaftlichen Arbeiter am meisten nötig. Was wird der Blockkriegstag tun, wenn die agrarischen Blocksträger ihm die Rummung füllen, die Unfallversicherung zu verschlechtern?" Tedenfalls soll mit dieser Verschlechterung Bülow's Wort, daß er nach dem Siegerkreis der Sozialdemokratie "erst recht" Sozialpolitik treiben wolle, eingelöst werden.

## Ein konsumgenossenschaftlicher Musterbetrieb.

Zwar nicht der größte, aber der in wirtschaftlicher Hinsicht am weitesten fortgeschrittenen deutsche Konsumverein ist die vor neun Jahren gegründete Hamburger "Produktion". Die Schöpfer der "Produktion" waren von Anbeginn an klar darüber, daß sie in ihrer Genossenschaft nicht nur ein "Geschäft" zum Einkauf billigerer und besserer Waren für die Mitglieder zu erreichen hätten, sondern weit darüber hinaus eine Institution, die ein Schutz in Not und Elend für die Genossen sein, und die zugleich die Reime einer Neuordnung der Dinge in sich tragen sollte. Darauf folgendes wurde, wie schon der Name der Genossenschaft andeutet, von vornherein ein großes Gewicht auf den Ausbau der Eigenproduktion, auf die Errichtung von Wohnhäusern, auf die Schaffung von Einrichtungen für in Not geratene Mitglieder usw. gelegt.

Der soeben errichtete Geschäftsjahrsbericht der Genossenschaft für das Jahr 1907 beweist, daß dieses Jahr, das der gesamten deutschen Genossenschaftsbewegung eine solche außerordentliche Entwicklung beschert hat, auch die "Produktion" ein mächtiges Stück vorwärts gefördert hat. Die durch den unerfreulichen Ausgang der Reichstagswahlen angepornte organisatorische Energie der Arbeiterschaft einerseits, die immer ungünstiger werdende wirtschaftliche Lage, die zu Ersparnissen auf allen Gebieten zwingt, andererseits führten den Genossenschaft mehr Mitglieder zu, als in irgend einem vorhergehenden Jahre. Die Mitgliederzahl stieg von 22995 am 1. Januar 1907 auf 27999 am 1. Januar 1908, hat sich also um 5004 vermehrt. Auch der Betriebsumsatz wuchs von 3908 092 M. im vorhergehenden Jahre auf 5746 167 M. in 1907 oder um 41,9 p.C. Erzielt wurde dieser Umsatz in 47 Verkaufsstellen, von denen 7 im Laufe des letzten Jahres eröffnet wurden. Auf den Kopf des laufenden Mitglieds berechnet ergibt sich aus diesen Ziffern ein Durchschnittsumsatz von 351 M. oder 35 M. mehr als im Vorjahr. Erstaunlich ist es, daß von den Mitgliedern 13090 oder über 45 p.C. überhaupt keine Mitglieder gezogen werden, die die Fazette, daß vielleicht in einer Fazette kein ad S. e. verrechnet wird, jedo. als mit einer sehr unangemessene Erklärung bietet.

Der erhöhte Gesamtumsatz hat natürlich zu einer relativen Abnahme der Speisen geführt, so daß im letzten Jahre der Überschuss nicht nur absolut, sondern auch prozentual höher war als in allen früheren. Er betrug 349369 M. oder 143964 M. = 70,8 p.C. mehr als im Jahre 1906. Darauf folgendes wird diesmal eine überraschende Rückvergütung zur Verteilung kommen gegen 4½ p.C. im Vorjahr. Diese Rückvergütung kommt jedoch nicht voll zur Auszahlung; sie wird vielmehr jedem Mitgliede, sobald sein Geschäftsantritt voll erreicht ist, zu einem persönlichen Rottfonds in Höhe von 100 M. gutgeschrieben. Es hat sich bereits jetzt gezeigt, daß diese von der "Produktion" zuerst eingeführte Einrichtung eine große Bedeutung für die Mitglieder gewonnen hat und noch mehr gewinnen wird.

Aus diesem Fonds, der am Schlusse des Geschäftsjahrs in einer Gesamthöhe von 429524 M. bei 8351 beteiligten Mitgliedern verrechnet wurde, sind im Jahre 1907 von 1914 Personen 49695 M. abgehoben worden. Durch diese Summe sind die betreffenden Mitglieder oft vor der bittersten Not, in der sie infolge Arbeitslosigkeit, Krankheit, Todesfall oder anderer Ursachen geraten waren, und vor dem Zwang, sich in die Schuldnechtshälfte der Krämer zu stürzen, bewahrt worden. Für Mitglieder, die noch keinen Rottfonds haben oder diesen schon aufgebraucht haben, existiert außerdem ein Warenvorschußfonds, aus dem im letzten Jahre für 3950 M. Vorschüsse gewährt wurden. Auch über den Rottfonds hinaus vertrauen viele Mitglieder der Genossenschaft ihre Ersparnisse an.

Im Jahre 1907 schloß die Sparkasse mit 7419 Konten ab, auf die zusammen 2875635 M. eingezahlt waren. Die Sparzeiten sind im Rottgeschäft selbst keine Verwendung; sie sind zum Teil in den eigenen Grundstücken der Genossenschaft, zum Teil bei der Großhandlungsgesellschaft angelegt. Auf diese Weise werden größere Summen, die sonst die Privatwirtschaft befriedigen würden, der Genossenschaftsziele dienstbar gemacht.

Wir wollen nun noch einen Blick auf die verschie denen Betriebszweige der Genossenschaft werfen. Wie schon betont hat die "Produktion" von jeher ein großes Gewicht auf die Entwicklung der Eigenproduktion gelegt und namhafte Teile des Reinigungswesens wurden

jährlich für diesen Zweck reserviert. Der bedeutendste Produktionszweig der Genossenschaft ist eine ungünstig eingerichtete Bäckerei und Konditorei, die im vergangenen Jahre einen Umsatz von 793545 M. d. i. 40 p.C. mehr als im vorangegangenen hatten. Bäckerei wurden 9705 Sacz Weizennmehl, 11440 Sacz Roggennmehl, 13810 Pfd. Hefe und 20994 Pfd. Butter. Obwohl die Genossenschaft sich durch rechtzeitige Abschlüsse vor dem vorübergehenden Preistreibereien der Spekulation geschützt hatte, hatte die Bäckerei doch unter den hohen Mehlpreisen zu leiden. Da die Verwaltung es für angemessen hielt, die Mitglieder vor der allgemeinen einsetzenden Brotteuerung möglichst zu bewahren, so ist diesmal der Überschuss der Bäckerei sehr klein ausgesunken; er betrug nur 22262 M. oder 2,8 p.C. des Umsatzes. Dafür kann sich aber auch die Genossenschaftsbäckerei rühmen, daß ihre Produkte in bezug auf Breite und Qualität von keinem andern Hamburger Betrieb erreicht bzw. übertroffen werden. In der Bäckerei sind 34 Bäcker in drei je 8stündigen Arbeitsschichten, außerdem ein Expedient und 5 Arbeiterrinnen beschäftigt. Volle Sonntagsruhe ist durchgeführt; die Entlohnung geschieht nach den zwischen dem Centralverband deutscher Konsumvereine und dem Centralverband der Bäcker abgeschlossenen Tarifvertrag. Zum Transport der fertigen Bäckware sind 8 Gepanne und ein Motorlastwagen eingestellt.

Einen noch größeren Umsatz als die Bäckerei hatte im letzten Jahre die Schlächterei, die sich in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum zu einem der größten Betriebe des nördlichen Deutschland entwickelt hat. Besonders ist der Schlachtbetrieb einer der schwierigsten Zweige der genossenschaftlichen Eigenproduktion; zahlreich sind bereits die Fälle mißglückter Versuche auf diesem Gebiet. Die "Produktion" hat es verstanden, die schweren Aufgabe glücklich zu lösen. Ihre Schlächterei, ein stattliches vierstöckiges Gebäude, ist mit den denkbar vollkommensten Maschinen, mit Kühl-, Koch- und Frischräumen ausgestattet, die der Geschäftsbetrieb in gelungenen Lichtbilddern uns vor Augen führt. 45 Personen sind in neunstündiger Arbeitszeit in diesem Betrieb beschäftigt. Es wurden im vergangenen Jahre geschlachtet und verarbeitet 247 Kübel und 6895 Schweine. Der Umsatz der Schlächterei an Fleisch- und Wurstwaren betrug 1162712 M., das sind 22,4 p.C. des Gesamtumsatzes der Genossenschaft.

Eine außerordentliche Entwicklung erfuhr im vergangenen Jahre die Bautätigkeit der Genossenschaft. Die "Produktion" ist trop ihres jugendlichen Alters bereits Gründbesitzerin großer Stiles. Schon im zweiten Jahre ihres Bestehens erwarb sie zwischen Wendenstraße und Kanal ein großes Grundstück, auf dem sie im Laufe der Zeit ein mächtiges Speichergebäude in gelungenen Lichtbilddern uns vor Augen führt. 45 Personen sind in neunstündiger Arbeitszeit in diesem Betrieb beschäftigt. Es wurden im vergangenen Jahre geschlachtet und verarbeitet 247 Kübel und 6895 Schweine. Der Umsatz der Schlächterei an Fleisch- und Wurstwaren betrug 1162712 M., das sind 22,4 p.C. des Gesamtumsatzes der Genossenschaft.

Eine außerordentliche Entwicklung erfuhr im vergangenen Jahre die Bautätigkeit der Genossenschaft. Die "Produktion" ist trop ihres jugendlichen Alters bereits Gründbesitzerin großer Stiles. Schon im zweiten Jahre ihres Bestehens erwarb sie zwischen Wendenstraße und Kanal ein großes Grundstück, auf dem sie im Laufe der Zeit ein mächtiges Speichergebäude in gelungenen Lichtbilddern uns vor Augen führt. 45 Personen sind in neunstündiger Arbeitszeit in diesem Betrieb beschäftigt. Es wurden im vergangenen Jahre geschlachtet und verarbeitet 247 Kübel und 6895 Schweine. Der Umsatz der Schlächterei an Fleisch- und Wurstwaren betrug 1162712 M., das sind 22,4 p.C. des Gesamtumsatzes der Genossenschaft.

Eine außerordentliche Entwicklung erfuhr im vergangenen Jahre die Bautätigkeit der Genossenschaft. Die "Produktion" ist trop ihres jugendlichen Alters bereits Gründbesitzerin großer Stiles. Schon im zweiten Jahre ihres Bestehens erwarb sie zwischen Wendenstraße und Kanal ein großes Grundstück, auf dem sie im Laufe der Zeit ein mächtiges Speichergebäude in gelungenen Lichtbilddern uns vor Augen führt. 45 Personen sind in neunstündiger Arbeitszeit in diesem Betrieb beschäftigt. Es wurden im vergangenen Jahre geschlachtet und verarbeitet 247 Kübel und 6895 Schweine. Der Umsatz der Schlächterei an Fleisch- und Wurstwaren betrug 1162712 M., das sind 22,4 p.C. des Gesamtumsatzes der Genossenschaft.

Eine außerordentliche Entwicklung erfuhr im vergangenen Jahre die Bautätigkeit der Genossenschaft. Die "Produktion" ist trop ihres jugendlichen Alters bereits Gründbesitzerin großer Stiles. Schon im zweiten Jahre ihres Bestehens erwarb sie zwischen Wendenstraße und Kanal ein großes Grundstück, auf dem sie im Laufe der Zeit ein mächtiges Speichergebäude in gelungenen Lichtbilddern uns vor Augen führt. 45 Personen sind in neunstündiger Arbeitszeit in diesem Betrieb beschäftigt. Es wurden im vergangenen Jahre geschlachtet und verarbeitet 247 Kübel und 6895 Schweine. Der Umsatz der Schlächterei an Fleisch- und Wurstwaren betrug 1162712 M., das sind 22,4 p.C. des Gesamtumsatzes der Genossenschaft.

Ein anderes Organ, das die Mitglieder zur täglichen Anteilnahme am genossenschaftlichen Leben heranzieht, ist der Mitgliederausschuß. Er wird in der Weise gebildet, daß die Häuser jeder Verkaufsstelle je drei Mitglieder ernennen, denen die Kontrolle der Verkaufsstellen, Mitwirkung bei Inventuren und die für Ausbreitung der genossenschaftlichen Idee notwendigen agitatorischen Maßnahmen übertragen werden. Auf diese Weise wird das genossenschaftliche Leben zentralisiert und der bei einer so großen Körperschaft drohenden Uniformierung und Bürokratisierung vorbeugeht.

Endlich sei noch erwähnt, daß die "Produktion" Ende 1907 die statliche Zahl von 469 Personen beschäftigte, davon 31 in der Verwaltung und Kontor, 244 in den Verkaufsstellen, 52 im Hauptrager, 40 in der Bäckerei, 45 in der Schlächterei, 21 in der Eisfabrik, 23 in der Klempnerei, 12 im Maschinenbetrieb und Schlosserei und 1 im Restaurant. Alle diese Anstellten sind zufriedenstellend besoldet; sie erhalten, wenn seit Anfang des Berichtsjahrs beschäftigt, eine Woche Sommerferien unter Fortzahlung des Gehalts und sind bei der Unterstützungstätigkeit des Centralverbandes deutscher Konsumvereine versichert.

So steht die Hamburger Genossenschaft heute da, ein Beweis dafür, was gemeinsame Energie und gemeinschaftliche Treue in kurzer Zeit zu Leisten imstande sind; ein starker Hort für alle, die sich ihr angehören haben, eine Schöpfung, auf die die Hamburger Arbeiterschaft mit Recht stolz sein kann.

## Die deutschen Genossenschaften im Jahre 1906.

Zu den alljährlichen vom Preußischen Statistischen Landesamt herausgegebenen „Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik“ bearbeitet von Dr. A. Petersius findet sich ein reichhaltiges und gut verarbeitetes Material. Zum großen Teil ist dieses Material freilich nicht neu, bereits in den Veröffentlichungen der einzelnen Revisionsverbände enthalten. Seinen Wert erhält es jedoch durch die systematische Zusammenstellung, die nach mehrfachen Gesichtspunkten erfolgt. Die Systematik der Genossenschaften ist keine leichte, und schon seit Schulz-Delitzsch Zeit hat man wieder und immer wieder versucht, der widersprüchlichen Materie auf den Leib zu rücken. Es ist dabei interessant, daß es eine Frau, die englische Genossenschafterin Beatrice Webb-Potter war, die zuerst den fundamentalen Unterschied zwischen städtischen und ländlichen Genossenschaften festlegte, auf dem alle späteren Untersuchungen von Oppenheimer, Kaufmann und Hey ausgebaut sind.

Wir wollen in folgendem aus den soeben erschienenen „Mitteilungen“ für 1906 eine Gruppierung der deutschen Genossenschaften am 1. Januar 1906 nach den von Hey ausgestellten Gesichtspunkten, die uns die fortgeschrittenen erscheinen, wiedergeben. Hey unterscheidet entsprechend Webb-Potter zunächst die beiden Gruppen der Genossenschaften der Produzenten und der Konsumanten. Die Genossenschaften der Produzenten sind neben der Unterscheidung als gewerbliche bzw. landwirtschaftliche in Eigenbedarfsgenossenschaften und in Fremdbedarfsdeckungsgenossenschaften gegliedert. Zu den ersten gehören die Genossenschaften, die ihre Mitglieder mit Produktionsmitteln versehen, also die Kredit-, die Rohstoff-, ein Teil der Werk-, die Maschinen, ein Teil der Produktivgenossenschaften (z. B. die Brauereigenossenschaften der Basmire) und andere Genossenschaften. Zu den Fremdbedarfsdeckungsgenossenschaften der Produzenten gehören die für den Markt produzierenden Produktivgenossenschaften, die landwirtschaftlichen und gewerblichen Magazinengenossenschaften, die Verarbeitungsgenossenschaften der Landwirte. Die Genossenschaften der Konsumanten sind nur Eigenbedarfsgenossenschaften. Danach wären am 1. Januar 1906 vorhanden:

Genossenschaften	Mitglieder
A. Genossenschaften d. Produzenten	21983 2629965
1. Eigenbedarfsgenossenschaften und zwar	18 073 2 809 000
Kreditgenossenschaften, gewerbliche	1 981 893 925
Kreditgenossenschaften, landwirtschaftl.	18 127 1 194 656
Rohstoff- u. Einkaufsgenossenschaft,	820 18 060
gewerbliche	1 609 145 989
Rohstoff- u. Einkaufsgenossenschaft, landwirtschaftliche	89 4 620
Werkgenossenschaften, gewerbliche	322 9247
Maschinengenossenschaften, gewerbliche	4 530
Maschinengenossenschaften, landwirtschaftl.	6 490
Rohstoff- u. Magazinengenossenschaft, gewerbliche	124 4 105
Produktivgenossenschaften, gewerblich	23 4 258

Genossenschaften	Mitglieder	solut gesetzmäßig diese Erscheinung ist, geht aus folgender Aufstellung hervor:				
Zuchtgenossenschaften, landwirtschaftl.	154 11 891					
Sonstige landwirtschaftliche und gewerbliche Genossenschaften	321 25 003					
2. Fremdbedarfs-Deckungsgenossenschaften und zwar	8 915 820 956					
Werkgenossenschaften, gewerbliche	71 11 088					
Magazinengenossenschaften, gewerblich	69 3 055					
Magazinengenossenschaften, landwirtschaftl.	271 35 615					
Produktivgenossenschaften, gewerblich	192 7 271					
Produktivgenossenschaften, landwirtschaftl.	8 264 247 803					
Sonstige landwirtschaftliche und gewerbliche Genossenschaften	76 11 422					
B. Genossenschaften der Konsumanten	2658 1181953					
Konsumvereine	1920 1 085 795					
Wohnungs- u. Baugenossenschaften	714 185 253					
Produktivgenossenschaften	22 10 486					
Verkehrs- u. Unfallgenossenschaften	2 884					

Die Genossenschaften der Produzenten übertreffen also die der Konsumanten an Zahl fast um das achtfache, an Mitgliederzahl dagegen nur um das doppelt. Unterschiedet man nach städtischen und landwirtschaftlichen Genossenschaften, so stehen 5634 vorwiegend städtischen Genossenschaften mit 2 152 398 Mitgliedern, 19 012 ländliche mit 1 659 525 Mitgliedern gegenüber.

### Fazit.

Zur Frage der Konzeptionsbeschränkung in Arbeitersfamilien. Der Berliner Augenarzt G. Hamburger hat auf Grund außerordentlich sorgfältig gesammelten und bearbeiteten Materials Untersuchungen über die Zeichnungen zwischen Kind in der Stadt und Kind in der ländlichen Familie in den einzelnen Familien angestellt, deren Resultate er kürzlich in einer Versammlung der „Gesellschaft für soziale Medizin“ darlegte. Dr. H. hat im Laufe zweier Jahre 1912 dem Arbeiterstande angehörige Frauen, die wegen Augenleidens oder zur seelsprichtigen Untersuchung ihrer Kinder zu ihm kamen, also gesunde Frauen — genau bestagt, wie oft sie geboren haben, wieviel lebende und wieviel Fehlgeborene sie hatten. Er hat dadurch ein Material von ca. 7300 Konzeptionen erhalten, das er nun auf die Frage hin verarbeitet hat, wieviel Kinder aus den Frauen mit verschieden hoher Konzeptionszahl durchschnittlich überleben, d. h. das 16. Lebensjahr überschreiten, so daß ihre Konzeption sich nationalökonomisch rentiert hat. Da jedoch nur bei den wenigsten der untersuchten Frauen das jüngste Kind bereits über 16 Jahre alt war, so hat H. als „überlebend“ alle Kinder angenommen, die überhaupt noch leben, oder die das 16. Jahr erreicht hatten, auch wenn sie nachher starben. Hierdurch wird das Resultat besonders für die ländlichen Familien etwas zu günstig gefärbt.

Das sozial außerordentlich bedeutungsvolle Resultat dieser Untersuchungen ist nun die Bestätigung der empirisch längst bekannten Tatsache, daß nämlich die Zahl der Konzeptionen direkt mit der Zahl der betreffenden Ehe wächst. Wie ab-

Von den Kindern	S	S	S	S	solut gesetzmäßig diese Erscheinung ist, geht aus folgender Aufstellung hervor:	
					pro Eltern	pro Eltern
1 gebürtigen Ehen	2,9	20,6	23,5	76,5	0,76	
2 gebürtigen Ehen	8,4	21,7	33,1	60,0	1,20	
3 gebürtigen Ehen	9,7	21,9	31,6	68,4	2,05	
4 gebürtigen Ehen	9,7	29,2	38,9	61,1	2,44	
5 gebürtigen Ehen	12,3	27,7	40,0	60,0	3,00	
6 gebürtigen Ehen	15,0	29,6	44,6	55,4	3,32	
7 gebürtigen Ehen	15,1	31,0	46,1	58,9	3,77	
8 gebürtigen Ehen	19,2	32,3	51,5	48,5	3,88	
9 gebürtigen Ehen	15,9	36,1	52,0	48,0	4,32	
10 gebürtigen Ehen	20,0	35,0	55,0	45,0	4,50	
11 gebürtigen Ehen	20,3	34,7	55,0	45,0	4,97	
12 gebürtigen Ehen	20,5	36,1	56,6	43,4	5,21	
13-15 gebürtigen Ehen	22,9	37,0	59,9	40,1	5,5	
über 15 gebürtigen Ehen	30,8	38,5	69,3	30,6	6,8	
Von sämtl. Kindern	17,9	82,7	50,6	49,4	8,44	

Insgesamt gelingen also von den 741 Konzipierungen 17,9 v. Eltern (fast 1/3) durch Geburten, 32,7 v. Eltern (fast 2/3) durch Tod, zusammen also 50,6 v. Eltern, d. h. sicher die Hälfte, vorzeitig wieder zugrunde. Bei den Einkinder-Ehen beträgt der Prozentsatz der zugrunde Gehenden nur 23,5; er steigt bei den 8 gebürtigen Ehen bereits auf 51,5, aber über die Hälfte, um bei den mehr als 15 gebürtigen Ehen, die groteske Höhe von 80,6, also fast 2/3 aller konzipierten Kinder zu erreichen. Wesentlich tritt in die Steigerung der Fehlgeburten: von 2,9 auf 30,8 v. Eltern, ein Beweis für die durch zu viele Konzeptionen geschwächte Konstitution der betreffenden Frauen. Ausfolge des wachsenden Präparates der vorzeitig zugrunde gehenden Kinder nimmt die absolute Zahl der Überlebenden, wie man sieht, nur ganz langsam zu. So bleiben z. B. in 12 gebürtigen Ehen kaum zwei Kinder mehr leben (5,21) als bei den 8 gebürtigen Ehen (3,32).

Die Ursachen dieser Erscheinung liegen auf der Hand. Die Arbeitersfamilie, die möglicherweise nur über ganz beschränkte Existenzmittel verfügt, ist, von Zusicherungen abgesehen, nicht instand, eine größere Kinderzahl genug aufzubringen. Das Einkommen, das vielleicht noch ausreicht, um 4 Kinder einzermassen genug zu ernähren, zu Kleidern, zu behandeln, und das in sozialen Familien häufig auch noch durch die Willkür der Frau vergrößert wird, wird durch den immer größeren Zuwachs prozentual und absolut verkleinert. Räumliches Vertragen verschlingt die alljährlich wiederkehrenden Ausgaben für Kleidung, Säuge, Beerdigungen. Auch ist die durch fortwährende Geburt und Beerdigung geschwächte Mutter immer weniger in der Lage, einen lebensfähigen Nachwuchs zur Welt zu bringen.

Aus alledem geht hervor, daß die heute in unseren Arbeiterschichten fast überall noch anstrengende übergröße Geburtsrate eine ungeheure Verschwendungsart ist und Blut und Blut im wörtlichsten Sinne darstellt. Der größte Teil der so empfangenen, unter Leidern und Schmerzen quagelnden und gehörigen, unter Wühlen und Krämpfen gepeinigten Kinder geht zu gründe, ohne jemals der Gesellschaft eine produktive

bis vollendete Unendlichkeit in diesen Kreis nicht paßt. Vorher also die Erde Erde war, ist sie etwas anderes, eine andere Welt gewesen, oder Teile davon waren. Diese andere Welt, so wie sie heute aufzuhalten scheint, kann nicht mehr sein, da die Zahlen eines neuen Berichts, das noch nicht veröffentlicht ist, dennoch zuverlässig sind, ist, wenn sie noch leben und durch die lebendige Rückgründung in Nachlebenden deren Geist ist noch besseren Daten vorbereitet.

Viele Leute glaubten, gegen ein dauerndes Fortschreiten des Weltstoffs zu impfen. höherer Entwicklung die Einwendung machen zu können, daß ja die Welt als Ganzes bereits unendlich lange gelebt, sich also inzwischen schon längst zu unendlicher Vollkommenheit ausgebildet haben müsse, wenn die Entwicklung wirklich von Kreislauf zu Kreislauf fortschritte. Da aber diese gegenwärtige Welt keineswegs vollkommen sei, so müsse auch ihre fernere Entwicklung unmöglich sein. Diese Leute gehorchen aber auch hier wieder offenbar denselben primitiven Fehler der Philosophen, indem sie eine vollendete Unendlichkeit in ihre Gedankenreihen einspielen, mit welchen man bekanntlich auch das Widerstreitende beweisen kann, also — garnichts!

Ganzlich großes Stück Welt, so wie wir es bewohnen oder übersehen können, hat jedenfalls unendlich lange zu tun, bis es unendlich vollkommen geworden ist. Das gilt ebenso im physischen Sinne wie im moralischen. So hatte in ersterer Beziehung beispielsgemäß der Umstand einigen Naturphilosophen unnötig viel Kopfzerbrechen verursacht, daß viele Kreisläufe der physischen Kräfte, welche sich ineinander verwandeln, nicht vollkommen unterscheiden sind, so daß auf einer Seite immer ein Übergang stattfindet, der sich in Ewigkeit vermehren muss. Die Weltkörper verzehren sich beständig und stricken ihre Wärme ins Weltall aus und müssen also fortwährend füllter werden. Die kleinen führen beständig auf die größeren und vereinigen sich mit ihnen. Dadurch wird aus der mechanischen Arbeit des Stoffes wieder eine Menge Wärme frei gemacht, aber die Weltkörper machen zugleich entsprechend dabei, und schließlich müssen doch die ganze Materie des Weltalls einmal zu einem einzigen Klumpen zusammengeballt sein, auf den keine anderen Weltenteile mehr fallen können; dersebe muß dann fastlich restungslos erklaffen. Seine Teile ziehen sich zu maximalen Dichten zusammen, so daß endlich allen seinen Atomen jede Wirkung unmöglich wird; alle lebendige Kraft in angehoben und die Welt bleibt nun alle folgenden Unendlichkeiten

### Der ewige Kreislauf des Werdens.

Von Dr. M. Wilhelm Meyer.\*\*

In der verdenden Natur ist die Seele, und in unserm Geistesvermögen also nicht nur die Seele, sondern wie die Erde, das soll nun nicht die Erde sein, wachsen, wachsender Weltentwicklungen entgangen. Denn daß die Erde eine Entwicklungsgeschichte in aufsteigender Linie hinter sich hat, lehrt der auffällige Augenschein. Selbst seit historischen Zeiten zeigt sich ja ein deutlicher Fortschritt in der Kultur der Menschheit. Über der Paläontologie lehrt uns, daß das Menschengeschlecht die Erde erst seit sehr kurzer Zeit betreten hat, wenn man diese vergleicht mit den ganz unberechenbar langen Schöpfungsperioden, welche diefer großen Epoche vorangingen und in denen immer niedriger organisierte Geschöpfe den Erdball dann aber umso individuenreicher bevölkerten, je weiter zurück wir unsere Alte wenden, und schließlich kommen wir dabei auf eine Zeit zurück, da es noch keine lebenden Wesen auf der Erde gab, weil ihre noch zu heiße Oberfläche deren Existenz nicht gestattete.

Diese Entwicklung der Erde als selbstständiges, planetarisches Wesen muß offenbar im großen und ganzen eine kontinuierliche gewesen sein. Wir müssen also bei dieserfolgung dieses Entwicklungsverlaufs auf einem Punkte ankommen, da die Erde entsteht, da aus dem dunklen Schoße der Unendlichkeit dieses Atom unter den Weltkörpern geboren wurde, welches die Quelle all unserer Freuden und Leiden werden sollte. Wie sah die Welt aus in diesem vorhängenden Augenblick? Woher entsprang die Erde? Die Meinung der alten Philosophen war es, daß das allgemeine Chaos sie geben. Wir aber können an dieses allgemeine Chaos, welches zu Anfang gewesen sein sollte, nicht mehr glauben. Die Welt als Ganzes kann überhaupt keinen Anfang genommen haben, oder, besser gesagt, wir können über die Welt als Ganzes gar nichts aus sagen und denken, weil eben

\*) Mit Genehmigung des Verlages von Hermann Paetz in Berlin drucken wir aus dem Buche von Dr. M. Wilhelm Meyer „Die Entstehung der Erde und des Kosmos“ zur Illustration für die Vorlesungen dieses als schönes Geschenkwerk für Freunde der Naturwissenschaften zu empfehlenden wunderbaren geschiedenen und poetischen Werkes, das obige Kapitel, allerdings sehr stark gekürzt ab.

\*\*) Mit Genehmigung des Verlages von Hermann Paetz in Berlin drucken wir aus dem Buche von Dr. M. Wilhelm Meyer „Die Entstehung der Erde und des Kosmos“ zur Illustration für die Vorlesungen dieses als schönes Geschenkwerk für Freunde der Naturwissenschaften zu empfehlenden wunderbaren geschiedenen und poetischen Werkes, das obige Kapitel, allerdings sehr stark gekürzt ab.

Arbeit geleistet zu haben. Die Eltern, die unter der Last ihres kinder„Segens“ zusammenbrechen, werden um jeden Lebensgenuss betrogen, die Mütter im besonderen, die bedauernswertesten von allen, durch die vielen Wochenbetten und Neugeborenen, während deren sie nicht die genügende Erholung und Pflege erhalten, geschwächt, unterleibsleidend, häufig tuberkulös, wobei sich mit jedem neuen Kind die anfangs noch vorhandene Illusio auf Heilung vermindert.

Sollte sich die Niedrigkeit der S. schen Feststellungen durch Untersuchungen im großen Stil bestätigen, so würden diese Tatsachen berechtigen, einer allgemeinen Sonderaktion beizustimmen in Arbeiterschaften das Wort zu reden. Auch S. tut das. Er kommt auf Grund ziemlich komplizierter Berechnungen, die uns jedoch weniger einwandfrei erscheinen, als seine vorhergehenden Untersuchungen zu dem Schluß, daß ein System von durchschnittlich 4 Konzeptionen ausreichen würde, um die Bevölkerungsstziffer nicht nur konstant zu erhalten, sondern noch einen jährlichen Zuwachs von rund 400 000 Überlebenden ergeben. Wir glauben, daß diese Aussicht etwas zu optimistisch ist. Bei 4 Konzeptionen „Überleben“, wie obige Tabelle aufweist, durchschnittlich 2,44 Kinder. Unter diesen befinden sich aber auch solche, die noch nicht das 16. Jahr erreicht haben. Da von diesen wie auch von den über 16 Jahren alten natürlich noch ein weiterer Teil stirbt, so dürften zur Geschleitung und Fortpflanzung von jenen 2,44 Kindern kaum 2 kommen. Nur in diesem Falle würde aber die Bevölkerung konstant bleiben, indem so jedes Elternpaar schließlich wieder 2 Kinder hinterlässt. Dabei wäre allerdings die Zahl der Unverheirateten noch nicht mit in Betracht gezogen. Um diese zu ersehen und auch einen Überblick herbeizuführen, bedürfte es also einer noch höheren ethischen Konzeptionsziffer, etwa der von 5, die nach der Tabelle 3 „Überlebende“ ergibt.

Andererseits ist freilich auch damit zu rechnen, daß infolge der allgemeinen hygienischen Fortschritte und der Erhöhung des sozialen Niveaus der Arbeiterklasse die Kindersterblichkeit immer mehr abnehmen wird, so daß dann auch eine kleinere Konzeptionsziffer bereits genügen würde, um die genannten Forderungen zu erfüllen. Doch scheint eine solche genaue Festlegung, weil in der Praxis doch nicht durchführbar, überhaupt von geringerer Bedeutung. Das eigentlich Wertvolle der besprochenen Untersuchung ist der Nachweis, daß die jetzige hohe Konzeptionsziffer in Arbeiterschaften volkswirtschaftlich durchaus unökonomisch ist. Je größer die Zahl der Kinder in einer Familie, desto teurer kommt die Gesamtheit jeder Überlebende, d. h. jeder Produzent zu stehen. Damit wird die im Interesse der individuellen Wohlfahrt zu erhebende Forderung einer Einschränkung der Kinderzahl zu einer auch vom Standpunkt der Ökonomie der Gesellschaft aus berechtigten.

## Oeffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Berlin. Die in den Engros-Geschäften der Papier- und Pappnbranche tätigen Hofsdiener, Pader, Deutscher &c., hielten am 16. 2. und 12. 3 ihre Mo-

hindurch eine vollkommen tote Masse; sie hat alles in sich zur Vollkommenheit vereinigt und ist dadurch ein vollkommenes Nichts geworden, weil keine Kraft mehr von ihr ausgeht, welche ihre Existenz fortsetzen könnte. Diesen Zustand nennen jene Philosophen der „Entropie“ und fürchten ihn gar sehr.

Und so betümert derselbe sehr wenig. Gegenwärtig ist er jedenfalls nicht vorhanden; er kann also auch in Ewigkeit vorher nicht gewesen sein, und das ist eben der sicherste Beweis, daß er auch in einer künftigen Ewigkeit nicht eintreten kann. Das genügt uns. Und so begreifen wir denn, daß es neben jenem Geiste von der Erhaltung der Energie, welches gegenwärtig unsere ganze Naturforschung beherrscht, ein anderes ewiges wunderbares Gesetz gibt, welches man füglich ganz wohl das Gesetz von der ewigen Vermehrung des Wertes der Kraftwirkung nennen könnte. Während zwar jedes Atom an Kraft weder ab- noch zunehmen kann, vermehrt sich dagegen beständig die Gesamtwirkung vieler Atome, indem sie sich unaufhörlich zu immer günstigeren, immer ökonomischer arbeitenden Kombinationen verbinden, um die Weltordnung immer vielgestaltiger, zweckmäßiger, vollkommen zu gestalten. Überall wo wir hinschauen, spricht sich dieses Gesetz aus. In der Naturentwicklung haben wir es in den sich stets erweiternden Kreisläufen der Materie entdeckt, und unserer Kultur hat es ihren aufsteigenden Weg vorgeschrieben.

Mit mächtiger überzeugender Wirkung aber erkenne ich dieses Gesetz in unserer eigenen, ruhenden empfindenden Praxis. Sollte uns denn all unsere Empfindung, seit Menschen um eine Krone ringen, schmählich betrügen und aller Drang nach Vollkommenheit, dem wir die peinvolle Arbeit unseres Lebens widmen, dem wir bereitwillig alle Freuden des Augenblicks opfern, eine großer fürchterliche Lüge des ewigen Geistes des Natur sein, und wir alle, vom blädestenkreis bis zum scharfsinnigsten der weltumfassenden Geister, ein gleich nutzloses Dasein mit der Arbeit der Dangids ausfüllen? Wer das aus Überzeugung glaubt, ist ein schmachvoller Feigling, sobald er auch nur noch bis morgen lebt!

Nein, wir wollen und müssen an diese Kreisläufe glauben, die sich stets in immer größeren, schöneren Kurven wiederholen, in denen wir ewig einer nie erreicht werdenkönnen Vollkommenheit entgegenstreben. Und jeder unter uns, der mit mir strebt und Gutes tut, der legt mit Hand an dieses große Werk der Weltvollendung. Er hat nicht umsonst gelebt! —

natsversammlungen ab. Während in ersterer über Zeitsfragen diskutiert, wurde in der zweiten der Vortrag eines Kollegen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserer Branche eingegangen. In beiden Versammlungen konnte man das alte Lied, daß die Erwachsenen immer ein und dieselben seien, hören. Trotzdem aber darf kein Kollege ermüden, daß die nächsten Versammlungen dahin zu wirken, daß jede Sammlung, welche es vermeiden, durch Diskussionen ihr Wissen zu bereichern, immer wieder daran gehindert werden, zu was sie als Kollegen ihren Mitarbeitern gegenüber verpflichtet sind.

In dem Vortrage wurde darauf hingewiesen, welch ein schweres Arbeitsfeld die Sektionsleitung zu bedienen hatte. Liegen doch die Betriebe unserer Branche sehr zerstreut. Zur Feststellung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse waren 45 Fragebögen herausgegeben. Von diesen sind, was sehr zu bedauern ist, nur 22 zurückgegeben, so daß ein ganz genaues Bild über die herrschenden Verhältnisse nicht gegeben werden konnte. Jedoch wurden wohl auch die Fehlenden an dem trüben Ergebnis nichts ändern. Bei dieser Gelegenheit möchten wir den Kollegen dringend ins Gedächtnis rufen, bei Fragen, welche die Statistik betreffen, bereitwillig Auskunft zu geben. Ist doch die Statistik bei Lohnverhandlungen ein sehr dankbares Objekt, grund welcher wir manchen Arbeitgeber heimlich können, was ohne Statistik manchmal in Frage gestellt ist. Durch die Fragebögen wurde festgestellt, daß in den 22 Betrieben 157 ältere und 17 jüngere Kollegen beschäftigt waren. Der Durchschnittsverdienst betrug für Männchen 27,30 Mark, für Stäbler 25,42 Mark, für Hausdiener 24,83 Mark und für Burschen 18 Mark. Als längste Arbeitszeit wurde festgestellt pro Tag 11 Stunden, als kürzeste 8½ Stunden, im Durchschnitt also 9½ Std. In 14 Betrieben wurden Überstunden geleistet. In 7 Betrieben wurden dieselben bezahlt mit 40—70 Pf. pro Stunde. Verheiratet waren 103 Kollegen, welche 134 Kinder unter 14 Jahre besaßen. In 10 Betrieben mit 103 Kollegen gewährten unter Weiterzahlung des Lohnes Urlaub und zwar von 2 Tagen bis 1 Woche. Das Organisationsverhältnis der Kollegen, hoffentlich hat es sich in der Zwischenzeit zu unsern Gunsten verbessert, war folgendes: 123 Centralverband, anderen Verbänden 12, unorganisiert 40 und bei 7 nicht zu ermitteln.

Kollegen, diese Zahlen müssen revolutionierend auf Euch einwirken, außländisch bei den indifferenzen Kollegen tätig zu sein. Tue ein jeder seine Pflicht, so werden sich auch in unserm Berufe die Verhältnisse bessern.

Nach dem Vortrage gab die Sektionsleitung den Jahresbericht. Es fanden statt: 41 Versammlungen resp. Besprechungen. Die Wahl der neuen Sektionsleitung ergab folgendes Resultat: Die Kollegen Herbst, Bauer, Geppert, Hecht, Papenkopf, Schulz und Saam bildeten die Leitung.

Berlin. Die Sektion der in der Textilbranche beschäftigten Handelsarbeiter hielt am Donnerstag, den 9. April ihre Jahreshauptversammlung ab. Nach einem Vortrage des Gewerks Wermuth über den „Kulturmarsch der Proletarier“, gab die Sektionsleitung den Jahresbericht. Nach diesem wurden neben drei großen Versammlungen 32 Betriebsbesprechungen (d. h. kleine Agitationsversammlungen, zu denen immer mehrere benachbarte Betriebe geladen wurden) und sechs Sitzungen der Sektionsleitung abgehalten. Der Erfolg dieser ersten Sitzung ist nicht gerade dem Gewerkschaftsbericht zu entnehmen. Die Kollegen müssen sich jetzt darum bemühen, ihre Betriebsangelegenheiten sowie diejenigen der Agitation mehr und mehr, wie die Handelsarbeiter, in dazu bestimmten Zusammenkünften zu erledigen.

Zwecks Aufnahme einer Statistik wurden Fragebögen ausgegeben. Beantwortet wurden dieselben von 324 Kollegen, die sich auf 26 Betriebe verteilen, und zwar arbeiten in sechs Betrieben bis zu 3 Kollegen 11, in 12 solchen bis 10 Kollegen 72 und in 8 Großbetrieben, die über 10 Handelsarbeiter beschäftigen 241 Kollegen. Von diesen sind 163 gleich 50 p.C. im Deutschen Transportarbeiterverband organisiert. In anderen Organisationen 38 und gar nicht organisiert 125 Kollegen. Hierzu ist zu bemerken, daß kaum die Hälfte aller in Betracht kommenden Kollegen die Fragebögen beantwortet und ausgefüllt haben, was (zum Teil wenigstens) seine Erklärung darin findet, daß so etwas wie eine Statistik für sehr viele aus unseren Reihen eben noch etwas ungewohntes, und extrem Zweck nach noch häufig ganz falsch verstandenes ist. Doch auch das wird sich mit der Zeit überwinden lassen. — Eine Arbeitszeit bis zu 9 Stunden hatten in 7 Betrieben 74 Kollegen, bis 10 Stunden 182 Kollegen in 9 Betrieben, und 68 Kollegen in 7 Betrieben eine solche von mehr als 10 Stunden, die in einigen Betrieben bis auf 13 Stunden hinaus geht. Bei den übrigen 3 Firmen war es den dortigen Kollegen nicht möglich, ihre tägliche Arbeitszeit anzugeben. (?) Auch hier zeigt sich wieder mal deutlich, daß immer die kleineren Firmen die rückständigsten sind, nämlich die längste Arbeitszeit haben. Mit aller Macht muß daher gestrebt werden, die noch viel zu ausgedehnte Arbeitszeit zu verkürzen. Wenn das in der Industrie möglich war, dann muß es auch im Handel gehen. Und bei Lichte besteht geht es bei uns weit besser als in der Industrie. Wer in verschiedenen Engroshäusern gearbeitet hat, weiß ja, wie wenig rationell da unter der Arbeit eingesetzt wird. Und unsere Chefs sind doch Kaufleute, die zu rechnen verstehen! Bei einer einheitlichen, nicht durch große Pausen unterbrochenen Arbeitszeit läßt sich diese sehr gut und nicht unbedeutend verkürzen. Was nicht einem Proletarier, der an der Peripherie oder noch darüber hinaus wohnt eine Mittagspause von zwei Stunden? Dafür er nach seiner Wohnung, kostet's nicht recht was. Nur wenn der Arbeiter früh Feierabend hat, kann er die paar freien

Stunden, die ihm auch dann noch bleiben, so ausnutzen, wie es zur Gesunderhaltung seines Körpers, sowie zur Weiterbildung seines Geistes unbedingt notwendig ist. Von einem besseren, schöneren Familienleben, wie es die meisten der unsrigen nur dem Namen nach kennen, gar nicht erst zu reden. Wenn gegen die sogenannte englische Arbeitszeit in größeren Kreisen unserer Kollegen noch ein gewisser Widerwille herrscht, so kommt das daher, weil die vorgeschriebene Arbeitszeit sehr schlecht eingehalten wird, doch ist das bei der veralteten Arbeitszeit ebenso gut der Fall. Es ist eben Sache der Kollegen, auch hier die Schafsmühe endlich abzuwerfen und etwas mehr als bisher selbst Hand ans Werk zu legen.

Ali Lohn erhielten bis 20 Mt. gleich 5 Kollegen, bis 23 Mt. gleich 40 Kollegen, bis 25 Mt. gleich 87 Kollegen, bis 27 Mt. gleich 59 Kollegen und 22 Kollegen erhielten über 27 Mt. Dazu kommt noch ein Betrieb mit 122 Kollegen, in welchem laut Tarif ein Lohn von 26,50 bis 32 Mt. gezahlt wird, und einer mit 16 Kollegen, die Monatsgehalt und zwar 105 bis 110 Mt. beziehen.

Bezugspunkt des Verhältnisses der kleineren zu den größeren Betrieben gilt hier dasselbe, was oben bei der Rubrik „Arbeitszeit“ gesagt wurde. Nur in den paar größeren Häusern wird ein einigermaßen befriedigender Lohn gezahlt, der aber auch angehoben werden noch steigende Preise für die notwendigsten Lebensmittel als wirklich ausreichend nicht bezeichnet werden kann. Auch muß als eine der nächsten Aufgaben betrachtet werden, eine größere Einheitlichkeit auch im Lohn unserer Kollegen herzuführen.

Private Arbeiten, d. h. Kleiderreinigungen u. dgl. wurden in 6 Betrieben von 49 Kollegen verlangt und gemacht. Es wird allmählich Zeit, daß unsere Kollegen daran gehen, mit diesem alten Kopf aus einer vergangenen Zeit ganz aufzurücken. Bei nur einem guten Willen der einzelnen ist das wirklich kein unmögliches. Aber — das Kllassenbewußtsein fehlt noch zu sehr.

Überstunden, bezahlt mit ganzen 40 bis 50 Pf., werden gemacht von 105 Kollegen in 7 Betrieben, 19 Kollegen in 4 Betrieben arbeiten Überstunden gratis. In drei kleineren Betrieben gibt's ein Abendbrot; ob nach Auswahl der Chefss oder der Kollegen, war nicht zu ermitteln.

In 11 Betrieben mit 113 Kollegen wurden die Beitragsentnahmen ganz abgezogen; in 4 Betrieben mit 162 Kollegen (darunter 1 Betrieb mit 122) nur zum Teil, in den übrigen wurden die Beiträge nicht vom Lohn abgezogen, sondern vom Chef mitbezahlt. Nebenverdienst hatten in 4 Betrieben 13 Kollegen durchschnittlich 2 Mt. wöchentlich. Wer die Verhältnisse der Branche kennt, den drängt sich die Vermutung auf, daß viele der befragten Kollegen die Rubrik nicht so gewissenhaft als die andern ausgefüllt haben. Es beweist dies aber, daß die Kollegen langsam einzusehen beginnen, wie unpärdig es ist, einen Teil des verdienten Lohnes in Form von Trinkgeldern oder auch Polit- und Wissengeldern zu empfangen.

Von noch ärgerlicher, heimlicher Korrumpernder Wirkung auf die Kollegen sind die Weihnachtsgratifikationen, die in 20 Betrieben mit 156 Kollegen noch „gewährt“ werden und zwar in der Tabelle Stufenleiter von 10 bis zu 160 Mt. Es ist ohne weiteres klar, daß Kollegen, die das ganze Jahr ihr Weihnachtsgeschenk gewissmachen als Lockpfeife hingehalten bekommen, daß solche Kollegen sehr schwer für die eigentümliche Kernfrage des Organisationsgedankens, die Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu interessieren sind. Bisher haben das nur in einem Betrieb die Kollegen eingesehen und die Abschaffung dieses Überbleibels von anno Toback gefordert und durchgesetzt.

Ganz ansehnliche Fortschritte sind bezüglich des Sommerurlaubs zu verzeichnen. Denfelsen erhalten in 20 Betrieben 313 Kollegen, also die übergroße Mehrzahl und zwar über 1 Woche 251 Kollegen in 14 Betrieben und weniger als 1 Woche 45 Kollegen in sechs Betrieben; die übrigen Kollegen (in 1 Betrieb) hatten je nach Dauer ihrer Tätigkeit 3 bis 14 Tage. Es ist sehr erfreulich, daß diese für die Erhaltung der Gesundheit, also der Arbeitsfähigkeit der Handelsarbeiter so notwendige Einrichtung so fast allgemein durchgeführt ist. Für die wenigen, die bisher noch nicht so glücklich waren, eine Weile aussparen zu dürfen, wäre dringend zu wünschen, daß die Herren Chefs sich hier mal, wo es ihnen doch nichts kostet, von einer modernen Seite zeigen. Denn nicht nur wird die Arbeitsfähigkeit aufgerichtet, sondern auch die Arbeitsfreudigkeit überhaupt erhoben. In letzter Linie ist es also der Chef selbst, der den Nutzen davon hat.

Zeigt auch dies ganze eben aufgerollte Bild im ganzen mehr dunkle als lichte Partien, so ist doch ein kleiner Schritt nach vorwärts nicht zu verfehlern, und muß es Sache aller tätigen Kollegen sein, dafür zu sorgen, daß auch für unsere meistens noch im schönsten Schlummer hindusende Kollegenschaft dieses Bild in Zukunft ein anderes Aussehen bekommt. Aber — g e w e c k t müssen sie werden.

Bei der dann folgenden Neuwahl der Sektionsleitung wurden die Kollegen Farwig, Knapp, Langfeld, Smits, Lendel und Kerlich gewählt.

Bremen. Am Donnerstag, den 9. April fand im Gewerkschaftshause unsere Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrt die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Gessell durch Erheben von den Blumen. Sodann erstattete der Vorsitzende, Kollege Verdons, den Geschäftsbericht vom letzten Quartal.

Es haben stattgefunden: 8 Ortsverwaltungsversammlungen. Außerdem fanden 3 Bezirksversammlungen und 12 Betriebsbesprechungen statt. Aufgenommen wurden im letzten Quartal 271 Kollegen. Ausgetreten sind 164. Der Mitgliederbestand am 1. Januar betrug 1760, davon 102 weibl. und jugendliche Mitglieder. Der Bestand am 1. April betrug 1867, 105 weibl. und 12 jugendliche Mitglieder. Der geschäft-

liche Verkehr gehaltene sich folgendermaßen: Es gingen ein: 13 Briefe, 3 Drucksachen, 113 Pakete. Abgesehen wurden 25 Briefe, 214 Drucksachen und 4 Pakete. Aus unserer Bibliothek wurden von den Kollegen zu Kasse geliehen. Der Arbeitsnachweis kostete schlecht. Gemeinde wurde eine Stelle für jen, die dann auch sofort belegt werden konnte, sodann wurden noch einige Stellen zur Auskunft besetzt. Strand meldeten sich 97 Kollegen, dieselben erhielten an Strandunterstützung aus der Hauptkasse 818 M., und 60 Pf. Außerliche Strandunterstützung wurden 77,50 M. ausgezahlt. Gemahnenunterstützung erhielten 5 Kollegen, Rechtschutz wurde in 2 Fällen gewährt, Sterbenunterstützung wurde in drei Fällen ausgezahlt. Die Rentenprüfer traten in einer Kasse zusammen, welche jedoch auf gütlichem Wege bei gelegt wurde. Es kam ein neuer Tarif zu stande, welcher auf 2 Jahre Gültigkeit hat. Der neue Tarif brachte den Kollegen ab 1. April d. J. eine Lohn erhöhung von 1 M. pro Woche, dann ab 1. April n. J. wiederum 1 M. Der Höchstlohn beträgt demnach 30 M. Die Arbeitszeit bleibt wie bisher neun Stunden. Der 1. Mai kann gefeiert werden mit der Begehung, daß rechtzeitig dem Arbeitgeber Bescheid gegeben wird.

Den Kassenbericht erstattete Kollege Schmidt. Die Einnahmen betrugen 13 249,51 M., die Ausgaben beliefen sich auf 9410,89 M. Hieran an die Hauptkasse gesandt 6432,10 Pf. Der Kassenbestand beträgt 3838,62 M.

Werte Kollegen! Das wäre in kurzen Zügen der Geschäfts- und Kassenbericht vom letzten Quartal. Trotz der wirtschaftlich schlechten Konjunktur ist es uns doch gelungen, unsere Mitgliedervorstellung zu erhöhen. Wenn auch nicht in dem Maße, wie wir es bisher gewohnt sind, so wollen wir doch mit dem Resultate zufrieden sein und eifrig weiter arbeiten an dem Riesenbau unserer Organisation. Für uns die Lösung: Vorwärts immer, Rückwärts niemals. Daß die Situation eine so große ist, ist ja bedauerlich, aber wir können leider in dieser Krisenzeite nichts daran ändern, wir müssen uns mit den Verhältnissen abfinden. Alter eins, Kollegen, muß unbedingt mehr beachtet werden und das betrifft unsern Arbeitsnachweis. In Eurem eigenen Interesse liegt es, wenn ihr mehr wie bisher den Arbeitsnachweis ausbaut. Jeder arbeitslose Kollege muß sich sofort im Büro melden und jede freierwerdende Stelle muß sofort gemeldet werden. Nur auf diese Weise sind wir in stande, die Betriebe mit organisierten Kollegen zu besetzen. Wird der Arbeitsnachweis nicht beachtet, dann sind unter Umständen die organisierten Kollegen längere Zeit arbeitslos und die unorganisierten nisten sich in die Betriebe ein. Benutzt also in Zukunft besser den Arbeitsnachweis, denn der ist unsere beste Waffe im Falle eines Lohnkampfes. Die Benutzung der Bibliothek hat sich erfreulicherweise gebessert. Man kann daraus ersehen, daß die Kollegen gewillt sind, sich immer mehr Wissen anzueignen. Und das ist recht so, Kollegen, nur durch Wissen kommen wir vorwärts. Wissen bedeutet für uns Arbeiter die Macht.

Danzig. In der Mitgliederversammlung vom 12. April 1908 gab zunächst Kollege Wandross den Kassen- und Geschäftsbuch vom 1. Quartal. Die Einnahme und Ausgabe balanziert mit 525,48 M. An Unterstützungen wurden gezahlt 400,25 M. Die Zahl der Mitglieder stieg von 66 auf 108. Im Quartal fanden statt 1 öffentliche, 4 Mitgliederversammlungen und 30 Besprechungen und Sitzungen. Der geschäftliche Verkehr wies auf an 1500 Briefe und Karten, 15 Drucksachen, 21 Briefe und 100 Karten. Am Ausgangen 42 Briefe und 100 Karten Drucksachen. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Vorsitzender einstimmig Decharge erteilt. Zu Verbandsangelegenheiten wurde noch eine örtliche Extraunterstützung für den extraurbanen Kollegen Kunischewski bewilligt. Gleichzeitig wurde beschlossen, in nächster Zeit unser erstes Stiftungsfest stattfinden zu lassen. Da unsere Mitgliederzahl auf 108 gestiegen ist, wurde Kollege Wandross als 2. Delegierter für das Gewerkschaftstagsfest gewählt. Mit einem kräftigen Appell an die Mitglieder, tüchtig für den Verband mitzuarbeiten, wurde die Versammlung geschlossen.

Dortmund. Die am 12. April stattgefundenen Generalversammlung war gut besucht. Den Kassenbericht gab Kollege Frank und stellt sich dieser wie folgt:

#### Einnahme:

Kassenbestand vom vorigen Quartal . . . . .	10,81 M.
74 Aufnahmen (à 1 M.) . . . . .	74,00 "
1818 Beiträge (à 40 Pf.) . . . . .	647,20 "
49 Beiträge (à 20 Pf.) . . . . .	9,80 "
74 Beiträge (à 25 Pf.) Ortsfonds . . . . .	18,50 "
151 Beiträge zum Streiffonds . . . . .	45,30 "
Nebenschuß vom Fest . . . . .	94,20 "
<b>Summa</b> 899,81 M.	

#### Ausgaben:

Rechtschuhkosten . . . . .	10,00 M.
Extra-Unterstützung . . . . .	2,00 "
Reise-Unterstützung . . . . .	12,50 "
Personl. Einschädigung j. Einl. . . . .	72,99 "
Gästliche Materialien (Büro-Gut) . . . . .	118,29 "
Veranstaltungen und Drucksachen . . . . .	34,10 "
Zeitschriften . . . . .	6,10 "
Post- und Sekretariatsbeiträge . . . . .	29,56 "
Posto und Telefon . . . . .	30,33 "
An die Hauptkasse . . . . .	571,20 "
<b>Summa</b> 899,81 M.	

Der Kasslerer führte noch an, daß in diesem Quartal 599 Stück Beitragsmarken mehr verbraucht sind als im 4. Quartal 1907. Alle Kollegen hätten aber die Pflicht, mit tätig zu sein, daß diese Steigerung

auch in Zukunft zu verzeichnen sei. Dem klassischer wurde Decharge erteilt.

Den Tätigkeitsbericht gab Kollege Dettmoring, es fanden im einen Quartal statt: 1 öffentliche und 11 Mitgliederversammlungen, 46 Sitzungen und Versprechungen, die durchweg gut besucht waren. Redner gab noch ein anschauliches Bild über das Verhalten und Verabreden des Christlichen Transportarbeiterverbandes; wie derselbe gerade in Dortmund große Strafanstrengungen mache, um noch über Wasser zu bleiben. Das dabei alle Mittel angewandt werden, versteht sich bei diesen Leuten von selbst, aber alles kostet viel und die Entwicklung so weiter geht, wie bisher, werden wir hier zu einer ganz ansehnlichen Macht gelangen.

Im Mittelpunkt der Stadt ist ein Büro geschaffen, wo jeder Kollege mit seinen Angelegenheiten sich hinwenden kann. Das Büro befindet sich in der Grenadierstraße 14, parterre und ist für den Verkehr jeden Verlag, vormittags von 10-12½ Uhr, geöffnet. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Magdeburg. Eine gutbesuchte Autscherversammlung tagte am 28. März. Über die jetzigen Löhne der Autschervermögens und welche Forderungen haben wir den Fuhrherren zu übermitteln? referierte der Gauleiter. Redner erörtert eingehend die wirtschaftliche Lage der Autschervermögens vor zehn Jahren im Vergleich zu heute. Löhne von 15-17 Mark pro Woche bildeten damals die Regel. Erst seit dem Jahre 1903, seit dem Eingreifen des Verbandes gelang es, die Löhne nach und nach den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen einzigermaßen anzupassen. Steingesetzt aber haben sie mit den Preiserhöhungen, die eine Folge der in Deutschland betriebenen famosen Polizeipolitik seien, Schritt gehalten. Die bestens fuhrherren scheinen zurzeit wieder anzunehmen, die Zeit sei gekommen, Lohnerhöhungen statt Lohnabschüttungen vorzunehmen. Auch die Behandlung ihrer Autschervermögen läßt in letzter Zeit wieder sehr viel zu wünschen übrig. Hieraus ergibt sich mit Notwendigkeit, daß die Wünsche der Autschervermögen eine Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne zu erlangen, sehr wohl berechtigt seien. Nach kurzer Debatte gelobten sich die Versammlung, unablässige für Gewinnung neuer Mitglieder tätig zu sein, damit in allerdringlicher Zeit die Wünsche der Autschervermögen zur Geltung gebracht werden könnten.

München. In der am 12. April 1908 stattgefundenen gut besuchten Quartalsversammlung erstattete Kollege Eisenberger den Kassenbericht über das verflossene Quartal. Derselbe weist bei einem Bestand von 3322,24 M. am Schlusse vorigen Quartals, eine Einnahme von 32 549,91 M. und Ausgaben von 27 650,74 M. auf, somit verbleibt am Schlusse des letzten Quartals ein Kassenbestand von 4899,91 M. An die Hauptkasse wurden gesandt, vielmehr verrechnet 22 861,73 M. An Unterstützungen wurden ausgezahlt: Für Streik- und Gemahnenunterstützung 17 662,50 M., Arbeitslosenunterstützung 664 M., an Krankenunterstützung 1307,50 M., Extraunterstützung 100 M., Beerdigungsbeiträge 260 M., für Rechtschutz 1008,45 M. Die Mitgliederzahl hob sich von 3287 Ende vorigen Quartals auf 3519 Ende letzten Quartals. Nachdem auch der Markenumfang des letzten Quartals sich wieder bedeutend gehoben habe, obgleich Markenfaller, doch die Ziffern mit 1500 Briefen und Karten, 15 Drucksachen, 21 Briefen und 100 Karten. An Ausgängen 42 Briefe und 100 Karten Drucksachen. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Vorsitzender einstimmig Decharge erteilt. Zu Verbandsangelegenheiten wurde noch eine örtliche Extraunterstützung für den extraurbanen Kollegen Kunischewski bewilligt. Gleichzeitig wurde beschlossen, in nächster Zeit unser erstes Stiftungsfest stattfinden zu lassen. Da unsere Mitgliederzahl auf 108 gestiegen ist, wurde Kollege Eisenberger als 2. Delegierter für das Gewerkschaftstagsfest gewählt. Mit einem kräftigen Appell an die Mitglieder, tüchtig für den Verband mitzuarbeiten, wurde die Versammlung geschlossen.

Stuttgart. Am 12. April 1908 gab zunächst Kollege Frank und stellt sich dieser wie folgt:

#### Einnahme:

Kassenbestand vom vorigen Quartal . . . . .	10,81 M.
74 Aufnahmen (à 1 M.) . . . . .	74,00 "
1818 Beiträge (à 40 Pf.) . . . . .	647,20 "
49 Beiträge (à 20 Pf.) . . . . .	9,80 "
74 Beiträge (à 25 Pf.) Ortsfonds . . . . .	18,50 "
151 Beiträge zum Streiffonds . . . . .	45,30 "
Nebenschuß vom Fest . . . . .	94,20 "
<b>Summa</b> 899,81 M.	

#### Ausgaben:

Rechtschuhkosten . . . . .	10,00 M.
Extra-Unterstützung . . . . .	2,00 "
Reise-Unterstützung . . . . .	12,50 "
Personl. Einschädigung j. Einl. . . . .	72,99 "
Gästliche Materialien (Büro-Gut) . . . . .	118,29 "
Veranstaltungen und Drucksachen . . . . .	34,10 "
Zeitschriften . . . . .	6,10 "
Post- und Sekretariatsbeiträge . . . . .	29,56 "
Posto und Telefon . . . . .	30,33 "
An die Hauptkasse . . . . .	571,20 "
<b>Summa</b> 899,81 M.	

Der Kasslerer führte noch an, daß in diesem Quartal 599 Stück Beitragsmarken mehr verbraucht sind als im 4. Quartal 1907. Alle Kollegen hätten aber die Pflicht, mit tätig zu sein, daß diese Steigerung

wohl mit der Absicht, etwaige Wissbegierige vor Unruhen zu bewahren.

An seinem Vortrage über: "Wodurch verschaffen wir uns besseren Lohn und kürzere Arbeitszeit?" hielt ein Kollege aus Matzendorf den erstaunlichen Kollegen ihre ganze erbärmlich schlechte Lage vor Augen und zeigte ihnen an Beispielen, daß ihre Lage nur dadurch verbessert werden könne, wenn sich die Kollegen dem Verbande anschließen; nur durch diesen wäre es möglich, an die Arbeitgeber heranzutreten, um höhere Lohn und kürzere Arbeitszeit zu fordern, zu erlangen. Der einzelne ist wehrlos; ihn wirkt der Arbeitgeber aufs Straßenplaster, dagegen werden die Arbeitgeber der geschlossenen Massen gegenüber nachgeben, ihre Forderungen bewilligen müssen.

Redner streiste dann die Matzendorfer Lohn- und Arbeitsverhältnisse und führte aus: Wenn hier die Arbeitgeber ihren Kutschern und Arbeitern nicht mehr wie 10-12 M. Wochenlohn zahlen, so werden die Arbeiter dadurch in Versuchung geführt, sich mit unter an fremdem Eigentum zu vergreifen. Wenn jedoch ein Fall vorkommt, schreien diese christlichen Arbeitgeber Zeter und Mordio, wie erst der Fall Hempel bewiesen hat. Ein Arbeiter vergriß sich an fremdem Eigentum, hin und wieder gab er auch Kollegen Hempel eine Kleinigkeit, ohne daß es Hempel wußte, daß es gestohlen war; der Arbeitgeber aber ließ sofort zum Staatsanwalt und Leute Sünden wurden angeklagt. Hier wurde Kollege Hempel, trotzdem ihm nicht bewiesen werden konnte, daß er gewußt, daß die erhaltenen Kleinigkeiten gestohlen waren, zu der horrenden Strafe von 2 Jahren zu Buche schlug, während eigentlich der betreffende Arbeitgeber auf die Aussagebank gehört hätte.

Hier bewahrheitet sich wieder der Dichterspruch, der sagt:

Zur Stütze in's Leben ihn hinein,  
Zur Last den Armen schuldig werden,  
Dann übergeht Ihr ihm der Wein,  
Denn jede Schuld rächt sich auf Erden.

Kollegen, aber Ihr selbst seid an diesen Zuständen mitschuldig. Ihr habt die Macht dazu, diese Missstände aus der Welt zu schaffen. Warum tut Ihr es nicht, warum seid Ihr mit 10 und 12 M. Lohn zufrieden? Noch ist es nicht zu spät, zögert nicht länger. Tretet dem deutschen Transportarbeiterverband bei und auch in Matzendorf werden die Arbeitgeber merken, daß ihre Arbeiter Menschen sind, als Menschen behandelt und bezahlt werden müssen.

Wandsburg. Unsere letzten Versammlungen waren sehr schlecht besucht, und auch zu der am Dienstag, den 14. April einberufenen Mitgliederversammlung halten sich nur 9 Kollegen eingefunden; es ist deshalb angebracht, den Mitgliedern die beizüglich einmal ins Bewußten zu reden. Wo soll solche Gleichmäßigkeiten und Laufhüten hinführen? Das Beitragszahlen allein genügt nicht, es heißt auch agitatorisch tätig sein, wenn wir vorwärts wollen. So findet im Monat Mai eine Agitation unter den Autschern und Lagerarbeiter statt, und wollen wir hören, daß jeder Kollege, welcher Zeit hat, diese auch für uns aufstellt, um sich bereit stellt, daß wir eine Erfolg haben und sagen können, es wird jetzt vor uns geben. Also wacht auf, Kollegen, und kommt regelmäßig zur Versammlung, damit wir sie in Matzendorf noch nicht aufspüren. Es ist eine Sache, daß die Arbeitnehmer nicht mehr auf die Arbeit gehen, und wollen wir hören, daß die Arbeitgeber hier, die noch 10 und 12 M. Wochenlohn zahlen bei diesen kurzen Zeiten. Der Kollegen sind beschäftigt auch Frauen für einen Tagelohn von 1,60 M., obwohl sich gegen die Bezahlung von Frauen, soweit es sich um geistige Arbeit handelt, nichts einwenden läßt, so muß es besonders befremden, wenn Herr Hennig Frauen beim Wochenabladen beschäftigt. So verrichtetet in der letzten Zeit eine Frau beim städtischen Krankenhaus diese Arbeit. Mit solchen Hungerschlachten ist der Herr Hennig wohl instande, seine Konkurrenz zu schlagen. Die Stadt sollte hier die Augen offen halten und einer Schwabkonkurrenz, die auf solche Ausnutzung der Arbeit nicht beruht, nicht die Stange halten. Die bei Herrn Hennig beschäftigten Frauen sollten sich aber der Organisation anschließen, um sich bessere Arbeitsbedingungen zu sichern. Darum wacht auf. Ihr Matzendorfer Transportarbeiter und tretet dem Deutschen Transportarbeiterverband bei, daß auch wir an die Arbeit über herantreten können, um unsere Lage zu verbessern. Auf zum Kampf! Auf zum Sieg! Alle Mann auf Deck!

Heilbronn. In der Mitgliederversammlung am 15. März sprach ein Vorstandsmitglied über. Unternehmensgewinn und Arbeitslohn und wurde der Vortrag mit großer Begeisterung aufgenommen. In der Diskussion wurde das Vorgehen der hiesigen Polizei gegen Besucher der vorigen Versammlung sehrig beleuchtet. Die Polizei hat die Versammlungsbefürcher wegen Massenverzugs mit je 15 M. Geldstrafe bedroht. Es ist, als ob die Polizei es den Kollegen mit Gewalt einzusperren versucht, wo sie ihr Recht zu suchen haben. Uns kann solche Taktik recht sein, sie rüttelt die Geister auf und bringt unsere Organisation auch bei den Indifferenten zu Auseinander.

Verantwortl. Redakteur: Franz Nettig, Berlin. Verlag der Buchhdg. "Courier", O. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dörr, Berlin, Albrechtstr. 37.



Wir machen unseren Mitgliedern zur Pflicht, jede Wohnungsumänderung dem Bureau oder dem Bezirks- oder Betriebsklasser sofort unter Angabe der alten Wohnung, der Ortsnummer und Eintrittsdaten zu melden, damit durch die unliebsame Unterbrechung der Beitragsklassierung keine Schmälerung der statutarischen Rechte eintrete.

Älteren geben wir hiermit bekannt, daß das Werk: **Dreher-Schumann**  
**Die ökonomischen Voraussetzungen und das Werden unserer Organisation**  
zum Preise von 3 Mr. im Bureau durch die Kollegen Bergens und Haertling zu haben ist. Um auch allen Kollegen dieses zugänglich zu machen, haben die Betriebe uns angezeigt, durch Zahlungen à 1 Mr. Beistellungen entgegen nehmen zu können.

## Galanterie-, Kurz-, Lederwaren- und Exportbranche.

Die Kollegen vorstehender Branche ersuchen wir, ihre Adresse mit Angabe der Mitgliedsnummer und des Betriebes schriftlich dem Bureau, Adlerstr. 5, zu übermitteln.  
Mit kollegialem Gruß  
Die Agitationskommission.

## Verwaltung Berlin II.

Telephon: Amt IV, 4747.

### Achtung! Mitglieder aus allen Branchen!

Mit der Fertigstellung des Erweiterungsbau des Gewerkschaftshauses haben die bisherigen Büro-Zimmer eine andere Nummerierung erhalten. Die Zimmer unseres Verwaltungsbüros sind jetzt wie folgt nummeriert worden:

Kranken-Abschaffung bisher Nr. 17 jetzt Nr. 31,  
Klassierer bisher Nr. 16 jetzt Nr. 32,  
Registratur bisher Nr. 15 jetzt Nr. 33,

Bevollmächtigter, Sekretär und Auskunftszimmer  
bisher Nr. 13 jetzt Nr. 43/44.

Nebentragungszimmer bisher Nr. 14 jetzt Nr. 42.

Wir bitten die Verbandskollegen dies zu beachten und bei eventuellen Einsendungen, Briefen, Schriftstücken etc. hierauf Bezug zu nehmen.

Alle diejenigen Verbandsmitglieder, welche ihre Wohnung bei dem Frühjahrs-Umzugstermin gewechselt haben, werden dringend erachtet, ihre neue Adresse dem Verbandsbüro anzugeben. Am besten geschieht dies auf schriftlichem Wege und ist hierbei darauf zu achten, daß die Mitglieds-Nummer sowie die bisherige und die neue Adresse angegeben wird.

Bei den Wohnungsummeldungen haben diejenigen Kollegen, welche als Betriebsvertrauensleute fungieren, diese ihre Funktion auf der Meldung besonders zu vermerken.

In der letzten Zeit mohren sich die Fälle, daß bei Erkrankungen verschiedentlich die Kollegen dem Verbandsbüro hier von zu spät Mitteilung machen oder aber sich erst nach Beendigung der Krankheit melden. Wir machen daher die Kollegen dringend darauf aufmerksam, die statutarischen Vorchriften genau zu befolgen. Die unterstützungsberechtigten Mitglieder sind hierauf verpflichtet, im Erkrankungsfalle dies sofort dem Verbandsbüro, Zimmer 31, zu melden. Die Meldung kann auch durch eine Postkarte erfolgen.

Die Auszahlung von Unterstützungen erfolgt des Morgnittags von 10-12 Uhr, ebenfalls werden nur in dieser Zeit Anmeldungen entgegen genommen.

Weiter empfiehlt es sich, daß die Mitglieder bei besonderen Eingaben und Gefuchen stets ihr Verbandsbuch mit einsetzen. Bei eventuell vorkommenden Rechtsfragen gefuchten werden die Kollegen ganz besonders darauf hingewiesen, hierzu die Verwaltung so schnell wie möglich in Kenntnis zu setzen. Zu spät eingereichte Gefuche laufen Gefahr, nicht berücksichtigt werden zu können.

Angesichts der noch immer hergehenden großen Arbeitslosigkeit, ersuchen wir alle Kollegen, jeden Tag den Kollegen und Kolleginnen und jedem Betriebsvertrauensleiter oder Arbeit irgend welcher Art, sei es zur Abschaffung oder für fest, sofort unserem Arbeitsnachweis, Engel-Ufer 15, Zimmer 48, zu melden. Telephon: Amt 4, Nr. 3348. Diese Unterstützung ist die beste, welche wir unseren Arbeitslosen zuteil werden lassen können.

Älteren geben wir unseren Mitgliedern bekannt, daß das Buch Dreher-Schumann „Ein Ausdruck aus der Geschichte der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter-Bewegung“ zum Preise von 3 Mr. im Verbandsbüro zu haben ist. Auch können die Kollegen dieses Buch bei ihrem Betriebs- oder Bezirksklasser bestellen.

Wir empfehlen jedem Kollegen, welcher sich über die Geschichte und das Werden unserer Organisation unterrichten will, sich dieses Buch anzuschaffen. Das Buch ist ganz besonders geeignet, unseren Kollegen bei der Agitation erfolgreiche Dienste leisten zu können.

Die Verwaltung II.

### Mitglieder aller Branchen.

Mit Rücksicht auf die bevorstehende

Wahl zum preußischen Landtag am 3. Juni und der damit verbundenen Wahlagituation richten wir an alle Verbandsfunktionäre und Mitglieder das dringende Ersuchen, die Abhaltung von Versammlungen, Versprechungen, sowie sonstige Veranstaltungen während dieser Zeit möglichst einzuschränken.

Es ist notwendig, daß jedem Kollegen und besonders den agitatorisch tätigen die Möglichkeit gegeben wird, sich eingehend und nachhaltig an der Wahlagituation beteiligen zu können.

Die Verwaltung II.

### Mitglieder aller Branchen.

Am Donnerstag, den 14. Mai, abends 8½ Uhr,

## Ordentliche General-Versammlung

in den Musiksaal, Kaiser-Wilhelmstr. 18 m.

Tages-Ordnung:

1. Mittellung. 2. Kassenbericht. 3. Anträge und Geschäftliches.

Kollegen! Wir erwarten einen zahlreichen Besuch. Zutritt ist nur gegen Vorzeigung des Verbandsbuches gestattet. Wer mit seinen Beiträgen über 10 Wochen im Rückstand ist, hat keinen Zutritt.

Anträge zur General-Versammlung sind möglichst 8 Tage vor stattfinden derselben an die Verwaltung einzureichen.

Die Verwaltung II. J. A.: Albert Nthes.

### Kollegen-Kutscher aller Branchen

Am Dienstag, den 12. Mai, abends 8 Uhr,

## Große Versammlung

im Lokal von Schäffer, Siemensstr. 28.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.

Um guten Besuch bittet

Die Bezirksleitung.

## Verwaltungsstelle Berlin II.

Sonntag, den 7. Juni 1908 (1. Wiederaufstellung):

## Früh-Konzert

in der Brauerei Friedrichshain (früher Lips).

am Königstor.

### Großes Konzert

ausgeführt von der 30 Mann starken Kapelle des „Neuen Berliner Konzert-Orchesters“ unter Leitung des Herrn Rud. Dieg und unter Mitwirkung des Gesangvereins „Männerchor der Berliner Handels- und Transportarbeiter“ (Mitgl. des Kreis-Sängerbundes.)

Die Kasse ist von 5 Uhr an geöffnet.

1. Kasselerlohn auch in Portionstassen. 2. Kasseneröffnung früh 4 Uhr. Aufgang des Konzerts früh 5 Uhr. Billet 20 Pf., an der Kasse 25 Pf.

Bei ungünstiger Witterung findet Konzert und Gesang im großen Saale statt.

Einen recht zahlreichen Besuch erwartet

Das Komitee.

## 2 Sommer-Feste.

Sonntag, den 21. Juni 1908:

### Grosses Sommerfest

in Meutes Volksgarten, Lichtenberg, Roederstraße 25/35.

Sonntag, den 9. August 1908:

### Großes Sommerfest

in der Brauerei Friedrichshain, Konzert u. Gesangsvorläufe, Spezialitätenvorstellung.

Billet 20 Pf., an der Kasse 25 Pf.

Das Komitee.

### Kollegen und Kolleginnen aus der Elektroindustrie, sowie aus allen Bezirken u. Betrieben von Gesundbrunn und Wedding.

Am Dienstag, den 12. Mai, abends 8 Uhr, im Hotel „Zur Stadt“, 3. Ober Stock, Wilhelmstraße, eine

### Große Versammlung mit Frauen

statt. — Die Tages-Ordnung wird in der nächsten Mitteilung bekannt gegeben.

Ein recht zahlreiches Gescheine erwarten

Die Bezirksführer und Betriebsvertrauensleute.

J. A.: Karl Fromke, Gustav Hoffmann,

## Verwaltung Berlin IV.

### Automobilführer!

Am Freitag, den 15. Mai 1908, abends 9 Uhr, findet im „Gesellschaftshaus Berliner Musiker“, Kaiser-Wilhelmstr. 18 m, unsere nächste

### Monats-Versammlung

statt.

Tages-Ordnung:

1. Welche Bedeutung hat der preußische Landtag für die Automobilführer? (Referent wird in der Versammlung bekannt gegeben.) 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Kollegen! Sorgt wieder für einen guten Besuch dieser Versammlung und bringt alle unserer Organisation noch fernstehenden Automobilführer mit.

Alle haben Zutritt!

Verein der Droschkenführer Berlins u. Umgegend. Mitgliedschaft IV des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Am Freitag, den 22. Mai d. J., abends 9 Uhr, findet im Restaurant „Zur Lebensquelle“, Kommandantenstr. 20, die

### Mitglieder-Versammlung

pro 1. Quartal 1908 statt.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht pro 1. Quartal 1907. 2. Wahl eines Vorstandsmitgliedes. 3. Geschäftliches.

Sämtliche Kollegen, Pferde- sowie Automobilführer, sind hierzu eingeladen und wird ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

### Bezirk Wedding III.

Am Donnerstag, den 7. d. Mts., abends 9 Uhr, findet im Lokal Liezmann, Kieferstr. 1, eine

### Sitzung

genannten Bezirks statt.

Da Neuwahl des Bezirksführers stattfindet, ist es notwendig, daß die Kollegen vollständig und pünktlich erscheinen.

Der Bezirksführer.